P R O T O K O L L

über die 13. außerordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 19. März 1981, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Festsaal

Beginn der Sitzung: 15 Uhr
ÖFFENTLICHE SITZUNG

VORSITZENDER:

Bürgermeister Franz Weiss

VIZEBÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz
Karl Fritsch

STADTRÄTE:

Anna Kaltenbrunner
Konrad Kinzelhofer
Manfred Wallner
Leopold Wippersberger
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner
Ingrid Ehrenhuber
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Karl Feuerhuber
Walter Heumann
Karl Hochrathner
Karl Holub
Wilhelm Kern
Walter Köhler
Herbert Lang
Hermann Leithenmayr
Otilie Liebl
Johann Manetsgruber
Winfried Mausz
Franz Mayr
Rudolf Pimsl
Josef Radler
Friedrich Reisner

Erich Sablik

Erwin Schuster
Herbert Schwarz
Ernst Seidl
Rudolf Steinmassl
Franz Steinparzer
Otto Tremel
Helmut Zagler

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat
Dr. Johann Eder
Magistratsdirektor-Stellvertreter
Senatsrat Dr. Franz Knapp
Präsidialdirektor Oberamtsrat
Roland Postler
Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat
Alfred Eckl
Rechnungsdirektor Oberamtsrat
Ludwig Stary
Stadtbaudirektor OSR. Dipl. Ing.
Otto Ehler
OBR. Dipl. Ing. Helmut Vorderwinkler
TAR. Ing. Wolfgang Grassnigg
OAR. Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser
VB Gerda Gugenberger

ca. 60 Besucher

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 StS.

Verhandlungsgegenstand

Aktuelle Stunde

BESCHLÜSSE DES STADTSENATES:

Bau5-3550/77	Theaterkeller; Änderung der Beleuchtung
San-6847/80	Arztpraxen und eine Behindertenwohnung im Resthof; Deckung der Baukostenbeiträge bzw. des Mietenentfalles.
Pol-4662/80	Sammelschutzraumkonzept - Strahlenschutzwerterhebung; Kostenerersatz an den Öst. Zivilschutzverband, Landesverband Oberösterreich.
Bau6-5699/77	Neubau Zwischenbrücken; Herstellung des Kanales in der Berggasse und Zwischenbrücken; Ergänzung der Gemeinderatsbeschlüsse vom 5. 12. 1978 und 1. 3. 1979.

VERHANDLUNGSGEGENSTAND

Bau2-6566/76	WEHRGRABEN - Beschlußfassung über die weitere Vorgangsweise.
--------------	--

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Besucher, ich begrüße Sie zur heutigen Gemeinderatsitzung, die ausnahmsweise im Festsaal des Rathauses auf Grund der Aktualität der Themen stattfindet.

Entschuldigt hat sich Stadtrat Fürst, der sich auf Urlaub im Ausland befindet. Als Protokollprüfer für heute wird vorgeschlagen Herr Gemeinderat Manetsgruber und Herr Gemeinderat Hochrathner. Ich sehe, daß beide Herren mit dieser Funktion einverstanden sind. Danke.

Ich freue mich, daß die heutige Sitzung so großen Anklang gefunden hat, daß ich außer den Besuchern auch die Vertreter der Presse, der Medien von Rundfunk und Fernsehen willkommen heißen darf, die sich von dieser Sitzung Aufzeichnungen machen werden. Darüber hinaus begrüße ich die anwesende Beamtschaft, die fallweise - nach Aufforderung - bereit sein wird, zu bestimmten Sachgebieten aus Ihrem Wissen und aus Ihrer Kenntnis heraus Stellung zu nehmen.

Gleichzeitig stelle ich fest, daß die Anwesenheit der großen Zahl von Gemeinderatsmitgliedern in jeder Hinsicht die Beschlußfähigkeit gewährleistet und damit einem ordentlichen Verlauf und einer Entscheidung nichts mehr im Wege steht.

Anfragen sind bei mir keine eingelangt, ich habe auch keine Mitteilungen zu verlautbaren. Ich darf nunmehr zur Kenntnis bringen, daß bei mir zwei Anträge vorliegen seitens der Sozialistischen Gemeinderatsfraktion. Der eine behandelt den Bau der Schnellstraße S 37, es ist ein Dringlichkeitsantrag, adressiert an den Gemeinderat der Stadt Steyr. Der zweite Antrag, ebenfalls an den Gemeinderat gerichtet, behandelt das Problem der Katzenwaldgasse, es ist ebenfalls ein Dringlichkeitsantrag.

Gemäß Statut ist zur sofortigen Behandlung eines Dringlichkeitsantrages eine Zweidrittel-Mehrheit des Gemeinderates zur sofortigen Behandlung erforderlich. Soweit ich aus der Anwesenheit ersehen kann, sind 35 Mitglieder des Gemeinderates anwesend, und damit ist eine ordnungsgemäße Beschlußfassung ermöglicht. Beide Anträge werden nunmehr ausgeteilt und ich richte an die Damen und Herren des Gemeinderates die Frage, ob sie den beiden vorgelegten Anträgen die Dringlichkeit zur sofortigen Behandlung zuerkennen. Wenn ja, bitte ich, dies mit einem Zeichen der Hand zu bekunden? Gegenprobe? Ich stelle fest, daß mit überwiegender Mehrheit beide Dringlichkeitsanträge zur sofortigen Behandlung zugelassen sind.

Ich bitte nunmehr namens der Sozialistischen Fraktion den ersten Berichterstatter, Stadtrat Wippersberger, vorzutreten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Verehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, meine Damen und Herren!

Dem Rundfunk und Presseausendungen mußten wir entnehmen, daß am vergangenen Dienstag dieser Woche bei Landeshauptmann Dr. Ratzenböck eine Protestkundgebung künftiger Anrainer der geplanten Schnellstraße S 37, gegen den Bau dieser S 37 stattgefunden hat. Wir mußten weiters daraus entnehmen, daß Landeshauptmann Dr. Ratzenböck dabei zum Ausdruck brachte, die Frage des Baues der S 37 zur neuerlichen Prüfung dem Ministerium zu unterbreiten. Der Bau dieser Schnellstraße ist seit Jahren eine unabdingbare Forderung des gesamten Gemeinderates unserer Stadt. Wir müssen daher verlangen, daß der Bau dieser für unsere Stadt und darüber hinaus für unsere Region so dringend notwendigen Straße nicht neuerlich verzögert oder gar verhindert wird. Schon einmal ist unserer Stadt und unserer Region von einer Minderheit, in Form einer Bürgerinitiative großer, nicht mehr gut zu machender Schaden zugefügt worden. Ich meine jene Bürgerinitiative, die seinerzeit den Bau der Westbahnlinie Wien - Linz, über Steyr führend, verhindert hat. Wir müssen daher mit großem Nachdruck verlangen, daß unsere auch von Land und Bund bisher stets anerkannte berechnete Forderung raschmöglichst verwirklicht wird und daß die uns gemachten Zusagen eingehalten werden. Aus diesem Grund legt die Sozialistische Gemeinderatsfraktion einen Initiativantrag vor, mit dem Appell an den gesamten Gemeinderat, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Ich darf Ihnen nunmehr den Antrag vollinhaltlich zur Verlesung bringen:

Seit Jahren wird von allen verantwortlichen Stellen des Bundes, des Landes und der Stadt auf die Notwendigkeit der Errichtung der S 37 hingewiesen. Resolutionen wurden einstimmig hier im Gemeinderat gefaßt. Zu den Vorbringen einzelner Initiativgruppen gegen die S 37 wurden jedes Mal ausführliche Stellungnahmen abgegeben, die die Wertigkeit der Argumente ins richtige Licht setzten.

Auf der einen Seite handelt es sich um landwirtschaftlichen Grundbesitz von sicherlich hervorragender Qualität, der durch den Bau der S 37 beeinflußt wird. Die volkswirtschaftliche Bedeutung ist zweifellos geringer als die Beeinträchtigung, die der Wirtschaftsraum Steyr durch das Fehlen einer modernen Straßenverbindung erleidet. Die Region Steyr zählt zu den produktivsten Gebieten Österreichs. Es liegt prozentuell an vierter Stelle und bringt auch im Bereiche Oberösterreichs die zweitgrößte Wertschöpfung. Dieser Region und der Stadt Steyr hält man aber eine moderne Straßenverbindung vor, wie sie ansonsten im übrigen Bundesgebiet jedem Dorf zugebilligt wird. Zahlreiche Ortsdurchfahrten, unübersichtliche und gefährliche Straßenstellen hindern das weitere Wirtschaftswachstum dieser Gegend und stellen auch für die Ein- und Auspendler eine tägliche akute Gefährdung dar. Mit allem Nachdruck muß daher der Gemeinderat der Stadt Steyr verlangen, daß von allen verantwortlichen Stellen eine eindeutige, positive Aussage zur S 37 abgegeben wird. Dies gilt für das Land Oberösterreich ebenso wie für das Bundesministerium für Bauten und Technik.

Es soll nochmals betont werden, daß die berechtigten Interessen von Grundbesitzern unter allen Umständen geschützt, Nachteile finanziell abgegolten und Schadenersatzansprüche geleistet werden sollen. Gegenüber den berechtigten Forderungen der Region und Stadt Steyr allerdings kann eine weitere Verzögerung des Baues der S 37 nicht mehr hingenommen werden. Es ergeht daher der Antrag:

Bau3-6661/71

Bau der Schnellstraße 37 - Dringlichkeitsantrag

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Gemäß § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat ist dem Antrag die sofortige Dringlichkeit zuzuerkennen und vor Eingang in die Tagesordnung dieser Tagesordnungspunkt abzuwickeln.
2. Im Interesse der Stadt Steyr und des Enns- und Steyrtales muß mit allem Nachdruck die Forderung erhoben werden, daß alle verantwortlichen Stellen des Bundes und des Landes eindeutig die rasche Errichtung der S 37 betreiben. Die sicherlich berechtigten Interessen von Grundbesitzern sind nach den gesetzlichen Möglichkeiten abzusichern. Eine Verzögerung des Baues allerdings kann nicht mehr vom Steyrer Gemeinderat akzeptiert werden, zumal dadurch der Weiterbestand und die kommende Entwicklung des Wirtschaftslebens dieser Region nachträglich beeinflußt wird. Der Bürgermeister und der Magistrat Steyr werden aufgefordert, alle erdenklichen Schritte auf Grund dieses Dringlichkeitsbeschlusses des Gemeinderates umgehend in die Wege zu leiten.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Vorlage dieses Antrages. Ich habe zu diesem Antrag einige Wortmeldungen vorgemerkt, und zwar die Herren Gemeinderäte Sablik, Holub, Leithenmayr. Ich bitte Herrn Gemeinderat Sablik, das Wort zu ergreifen!

GEMEINDERAT ERICH SABLİK:

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach den Richtlinien des Landes Oberösterreich gelte ich als Fernpendler, weil meine ständige Arbeitsstätte in Linz ist. Mit Erstaunen habe ich gestern im Radio gehört gestern, daß die von uns Pendlern schon so lange gewünschte und schon in greifbare Nähe gerückte Fernstraße S 37 plötzlich, mit Zustimmung des Landeshauptmannes, wiederum zurückgeht an das Bundesministerium zur weiteren Überprüfung eventuell der Trassenführung und der Grundeinlösen.

Ich möchte mir hier erlauben, für die Pendler zu sprechen, und zwar deswegen, weil nach den statistischen Unterlagen 8600 Pendler nach Steyr hereinpendeln. Nach den bisherigen Erhebungen der Planung der Landesregierung werden es in den nächsten drei Jahren um 1.600 Personen mehr werden. Außerdem gibt es 1600 Hinauspendler. Nach

den Angaben in den Erhebungsblättern fahren ca. 80 % in Richtung Enns bzw. in Richtung Linz. Ein Großteil dieser Personen benützt natürlich die Bundesstraße in Richtung Enns, in Richtung Autobahn. Wer täglich oder mehrmals wöchentlich diese Straße befahren muß, kann ermessen, was eine weitere Verzögerung für uns bedeutet. Diese quälende Langsamkeit, dieses dauernde Angespantsein und die dauernde Gefahr, in der wir uns durch eine solche Verkehrsentwicklung befinden, sind unübersehbar. Was nützt uns eine Verringerung der Arbeitszeit, wenn wir täglich eine, zwei oder gar drei Stunden auf den Straßen verbringen müssen?

Wenn ich heute zu den Regioplanungen Stellung nehme, dann gibt es auch andere Plannungen, die genau so die S 37 als vordringlich einstufen und diese unbedingt bejahen. Ich darf ganz kurz zitieren die Studie zur Planung des unteren Ennstales, die Untersuchung des öö. Zentralraumes durch die Landesregierung, das Entwicklungskonzept der Stadt Steyr, die Raumordnungspläne des Amtes der OÖ. Landesregierung, die kritische Untersuchung der Kammer der Gewerblichen Wirtschaft der Region Steyr und die Regioplanung der Landesregierung. Heute sieht es plötzlich so aus, als würden die Einsprüche der ca. 50 davon Betroffenen die Interessen von 40.000 – wenn man das Steyr- und Ennstal mitrechnet von 60.000 – 70.000 Menschen – entscheidend beeinflussen können. Ich will hier keineswegs die Interessen dieser ca. 50 Landwirte in Frage stellen. Sie wissen selbst, daß wir hier in der Stadt Steyr in den letzten Jahrzehnten keinen einzigen Enteignungsfall, sondern immer Grundabtretungen im Einvernehmen zur Zufriedenheit der davon Betroffenen gelöst haben. Sie wissen aber auch, daß eben im öffentlichen Interesse schon so mancher ein Stück seines Eigentumes opfern mußte. Es sitzen einige hier, die ich namentlich zitieren könnte, die ihren südseitig gelegenen Grünstreifen verloren haben und heute eine vielbefahrene Straße vor der Nase vorfinden und Angst haben müssen, wenn ihre Kinder die Schwelle überschreiten. Alle diese Dinge gibt es eben in einer zivilisierten Gesellschaft und das Eisenbahn-Enteignungsgesetz aus der k. k-Monarchie, das in Teilen heute noch Gültigkeit hat, zeigt ja, daß die Probleme damals schon bestanden haben und daß sie heute noch Gültigkeit haben.

Die betroffenen 50 Landwirte im Raum Hergelsberg haben Grundflächen zur Bewirtschaftung zwischen 50 und 280 ha, also keine kleinen Landwirtschaften, wo durch Abtretung eines geringen Anteiles die Existenz in Frage gestellt wird. Wenn ich eine Aussendung der Bauernkammer zitieren darf, die den Bauern im Ennstal eine Größe von 12 – 20 ha zu mißt, wobei die Bonität des Ackerbodens oder der sonstigen Grundflächen hier nicht zur Debatte stehen kann. Dabei sind die im Ennstal sehr im Nachteil. Ich glaube, der ökonomische Verlust ist zu verschmerzen, noch dazu, wo in letzter Zeit Aussendungen des Getreidewirtschaftsfonds eingelangt sind, wobei sinkender Anbaufläche 12 % mehr Ertrag in den letzten beiden Jahren erwirtschaftet werden konnte. Österreich ist vom Getreideimporteur zum Getreideexporteur aufgestiegen und hat im Vorjahr hunderttausende Tonnen mit Unterstützung des Staates exportiert. Ich glaube, daß aus dieser Sicht doch Verständnis gefunden werden kann. Das Ausmaß jener Grundfläche, das die Bauern dort verlieren ist sehr unterschiedlich angegeben. Nach den Plänen ist es ein Viertel dessen, was bei der Demonstration behauptet wurde. Wenn Sie die Länge der Straße umrechnen, würde – ohne Straßenböschung – eine Straßenbreite von 80 m herauskommen. Es wird hier mit sehr unrichtigen Zahlen operiert.

Wenn Sie unsere Argumente als Stadt Steyr betrachten, und die entscheidenden Nachteile berücksichtigen, die für die Wirtschaft und die Bevölkerung entstehen durch die dauernde Verschleppung der Baumaßnahmen, dann brauchen wir nicht zu demonstrieren, sondern hier können unsere Argumente allein schon überzeugen.

Wir ersuchen in diesem Zusammenhang den Landeshauptmann, seine Entscheidung nochmals zu überdenken. Er ist ja nach seinen Aussagen der "Pendlervater" in Oberösterreich. Ich möchte den dringenden Appell an ihn richten zu überlegen, ob die Interessen der Bevölkerung in weitesten Kreisen oder eine kleine Minderheit im Vordergrund stehen. Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Sprecher zu diesem Thema ist Herr Gemeinderat Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Es ist durchaus möglich, daß von meinem Äußeren, mit meinen roten Haaren, nicht glattweg darauf zu schließen ist, daß ich ein "Schwarzer" bin. Sie haben aber erfahren, daß ich es bin. Des Schicksals Fügungen haben mich, wie Kollegen Sablik, zum Fernpendler gemacht. Auch ich bin ein "Linz-Geschädigter". Seit Jänner fahre auch ich täglich nach Linz, um dort meiner Arbeit nachzugehen. So wie Kollegen Sablik betrifft natürlich auch mich das Problem des Transportrisikos, der Schnelligkeit usw. Kein Wort gegen das, was Du Erich gesagt hast. Es ist zweifellos alles richtig. Nur zwei Dinge möchte ich in Frage stellen. Erstens sind, um eine Landwirtschaftsdebatte abzuhalten, und daß es nicht so relevant ist, wieviel Quadratmeter Grünfläche extrem nutzbaren oder minder nutzbaren landwirtschaftlichen Gutes sich im Ennstal oder in der Gegend um Harzelsberg befindet. Das tut aber der Sache im wesentlichen keinen Abbruch und im wesentlichen muß ich natürlich auch sagen, daß ich durchaus unterstreiche, daß die Schnellstraße S 37 für die Stadt Steyr von hoher Notwendigkeit ist. Wenn unser Landeshauptmann Dr. Ratzenböck eine Delegation von Landwirten empfängt, so ist das wohl sein gutes Recht und kein Mensch dieser Erde kann, will und darf ihm dieses Recht nehmen. Wenn er die Probleme, die dort aufgezeigt werden, dem dafür einzig zuständigen, nämlich dem Minister – es ist eine Bundesstraßenprojekt – zuleitet, so ist das auch sein gutes Recht. Das heißt aber noch lange nicht, daß die Stadt verraten wurde in einer Form, daß die Probleme in Form eines Dringlichkeitsantrages überfallsartig hier in diesem Raum behandelt werden müssen.

Zweifellos haben Sie recht mit dem Antrag, es wäre halt schön, wenn wir gemeinsam – dieses Wort wird so oft gebraucht, zwar nicht hier in diesem Raum, hier ist ja Premiere, sondern nebenan in dem etwas kleineren Rahmen hat man das schon oft gesagt das Wort "Gemeinsamkeit". Offensichtlich findet aber diese Gemeinsamkeit doch nie statt. Wenn es dann so wertfreie Anträge und Dringlichkeiten einer Fraktion gibt, so stelle ich mir die Frage nach der Ernsthaftigkeit, was ist wichtiger, das eigentliche Anliegen der Stadt oder der Gag vor dem Publikum? Meine Fraktion wird sicher nicht ...

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Kann ich das nochmals hören, hier ist die Akustik so schlecht, ich habe das nicht verstanden?

Die Situation zu Ihrem Antrag: meine Fraktion wird Ihrem Antrag zustimmen, wenngleich die Einschränkung natürlich durch meine Fraktion aufrecht erhalten bleibt, daß die Sache mit der Dringlichkeit doch eher ein Spektakulum ist als eine Ernsthaftigkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nächster Redner ist Gemeinderat Leithenmayr.

GEMEINDERAT HERMANN LEITHEMAYR:

Sehr geschätztes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Wenn mein Vorredner gesagt hat, daß es sich um ein Spektakulum handelt, so kann ich ihm nicht ganz beipflichten aus einem ganz einfachen Grund. Man beschäftigt sich ja schon seit mit vielen Jahren mit der Errichtung dieser Schnellstraße. Es liegt uns ferne, hier eine Landwirtschaftsdebatte abzuwickeln, dazu sind wir wahrscheinlich auch nicht in der Lage. Es geht ja auch nicht um die Grünfläche, die dort verloren oder nicht verloren geht, wie Herr Gemeinderat Holub das erwähnt hat. Es geht doch darum, daß es sehr aktuell ist und daß dieser Straßenbau unter Umständen durch diese Demonstration von 200 Menschen aus diesem Bereich wiederum bedroht erscheinen könnte. Der Herr Landeshauptmann hat doch klar gesagt im Radio, daß er im Sinne der Demonstranten neuerlich ein Prüfungsverfahren bei der Bundesregierung und beim Bautenministerium einleiten wird. Man sollte sich darüber im klaren sein, daß es dabei um kein Politikum gehen kann, sondern daß es eine Sachfrage ist, die für den Raum Steyr von außerordentlicher Bedeutung ist. Es liegt mir ferne, gegen die Bauern in diesem Bereich in eine Polemik auszubrechen. Es ist für uns selbstverständlich, daß, wenn bei einem landwirtschaftlichen Boden eine Wertverminderung eintreten sollte, eine entsprechende Abgeltung erfolgen muß.

Es ist auch selbstverständlich für uns, daß diese Bauern für ihre Interessen demonstrieren. Dafür sind wir in der Mehrheitsfraktion dieses Hauses immer wieder eingetreten, und zwar für das Demonstrationsrecht. Ich glaube aber, daß es um die Interessensabwägung in der Vergangenheit schon immer gegangen ist und es sind dort laut Kollegen Sablik rund 50 Bauern betroffen. Hier in der Region Steyr sind eben 60.000 - 70.000 Menschen betroffen. Es muß diese Interessensabwägung einmal abgeschlossen sein. Tut man das nicht, so nennt man das Handlungsunfähigkeit und dem können wir uns nicht anschließen. Noch dazu dann, wenn in allen Planungsunterlagen übereinstimmend festgestellt wird - die Auftraggeber dieser Planungsunterlagen waren ja größtenteils die führenden Herren der Landesregierung - daß diese Straße gebaut werden soll. Letzten Endes hat ja die Landesbaudirektion sowie das Bautenministerium die Entscheidung getroffen, daß diese S 37 dringend notwendig ist. Ihr wurde die Dringlichkeitsstufe 1 eingeräumt. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates sind die Fakten, die nach langwierigen und mühseligen Entscheidungsprozessen vorhanden sind. An diesen Fakten sollte niemand rütteln, der Wert auf Glaubwürdigkeit legt.

Ich glaube, daß diese Feststellung auch auf den Landeshauptmann zu beziehen ist. Die Hauptbetriebe in unserem Bereich sind die Steyr-Werke und die GFM. Das sind die tragenden Industriebetriebe, beide sind über 70 % exportorientiert. Steyr ist in seiner Entwicklung von diesen Betrieben weitgehendst abhängig. Durch die weltwirtschaftlichen Entwicklungen hat es sich ergeben, daß Kooperationen eingegangen wurden, mit Daimler-Benz, mit BMW, mit Nigerien, mit Griechenland und Polen. Die GFM hat eine Tochtergesellschaft in Amerika und ist auch von diesem Betrieb im Ausland sehr wesentlich abhängig. Es ist ein Trend in der Wirtschaft, in der Industrie zu geringerer Fertigungstiefe. Nur mehr 50 % werden in der Regel im eigenen Betrieb erzeugt, der Rest wird zugeliefert. Dieser Trend verstärkt sich immer mehr. Das bedeutet aber natürlich auch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen auf unseren Straßen. Eine der wesentlichsten Planungsgrundlagen für das so oft zitierte BMW-STEYR-Motorenwerk, wo ein Investitionsaufwand von fast 7 Milliarden S betrieben wird, war ebenfalls eine leistungsfähige Straße, eine Anbindung an das europäische Verkehrsnetz. Alle Beteiligten, die am Zustandekommen dieses Motorenwerkes beteiligt waren, haben hier sehr deutlich bei den Eröffnungsfeiern zustimmende Erklärungen abgegeben. Auch der Herr Landeshauptmann!

Wir glauben, daß eine Version, wie sie uns in der Vergangenheit angedichtet worden wäre, nämlich Steyr zu einer Schlaf- und Wohnstadt zu machen, für uns keine Alternative sein kann. Wir haben festgestellt als Gewerkschafter und Betriebsräte, daß wirtschaftliche Rückschläge in erster Linie auf dem Rücken der sozial Schwächeren ausgetragen werden. Ich glaube nicht, daß wir uns mit philosophischen Betrachtungen und mit einer Flucht vor Entscheidungen den wirtschaftlichen Wohlstand, den wir gemeinsam erreicht haben, absichern können oder gar ausbauen können.

Aus diesem Grund möchte ich Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, doch ersuchen, im Interesse der Steyrer Bevölkerung geschlossen und einmütig für den Bau der S 37 einzutreten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke. Herr Gemeinderat Leithenmayr sprach für die Sozialistische Gemeinderatsfraktion. Nächster ist Herr Gemeinderat Treml, Sprecher der Kommunistischen Partei.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren!

Für mich als Vertreter der Kommunistischen Partei war es verwunderlich, daß unser Landeshauptmann und gleichzeitiger Ehrenbürger unserer Stadt Steyr vorgestern eine Erklärung abgegeben hat gegenüber den demonstrierenden Bauern in Linz, man müßte dieses Projekt der Schnellstraße S 37 neu überdenken.

Meine Damen und Herren, es ist auch nicht verwunderlich, wenn heute die Sozialistische Fraktion auch mit meiner Stimme diesen Dringlichkeitsantrag einbringt, weil eben diese Frage vorgestern neu aufgerollt wurde. Für uns, meine Damen und Herren Gemeinderäte, ganz gleich welcher Fraktion Sie angehören, war eines klar. Steyr braucht eine Schnellverbindung. Wenn Sie sich vielleicht erinnern, wir haben schon in der Vorwahlzeit 1979

- fast jede Partei - diese Frage zu einem wichtigen Wahlprogrammpunkt gemacht. Alle sind dafür eingetreten. Ich für meine Person habe auch damals erklärt und erkläre es heute nochmals, alles, was ein Kommunist verspricht, das hält er auch nach der Wahl. Daher werde ich mit aller Konsequenz auch dafür eintreten, daß dieses wichtige Problem für unsere Region nicht mehr von der Tagesordnung wegkommt und wenn es versucht wird, durch Verzögerungstaktiken, so wie es unser Landeshauptmann vor hat, hinauszuschieben, dann glaube ich, ist es notwendig, heute von dieser GR-Sitzung aus gemeinsam zu beschließen, hier neuerdings vorstellig zu werden bei den zuständigen Referenten und auch bei Landeshauptmann Ratzenböck und unsere Stellungnahme zum Bau der S 37 neuerdings zu urgieren.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Sprecher ist Stadtrat Kinzelhofer für die Sozialistische Fraktion.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, verehrte Anwesende!

Wenn uns Kollege Holub hier einen Vorwurf macht, daß wir als Sozialistische Fraktion einen Dringlichkeitsantrag gestellt haben, so sagt er aber auf der anderen Seite, daß er diesem Antrag beitrifft. Auch wir waren überrascht, als wir vorgestern im Rundfunk die Meldung gehört haben über die Aussage des Herrn Landeshauptmannes. Wir wissen, daß bei einigen Anlässen - das ist bereits ausgeführt worden - immer wieder gesagt und ausdrücklich festgestellt wurde von Herrn Landeshauptmann, daß es unbedingt notwendig ist, diese Schnellstraße zu errichten, um eben für das Gebiet Steyr die notwendige Straßenverbindung zu haben, welche die Industrie benötigt. Das wurde in verschiedenen Zusammenhängen erklärt und besonders bei den Verhandlungsgesprächen über das Motorenwerk, wo von Seiten der Firmenvertreter diese Frage ausdrücklich angesprochen wurde. Dort wurde immer erklärt, daß diese Schnellstraße gebaut wird. Man hat damals versucht, das dem Ministerium zuzuschreiben. Ich glaube, daß es richtig war, diesen Antrag zu stellen, denn es ist nicht möglich, diesen Ausspruch des Landeshauptmannes unwidersprochen zur Kenntnis zu nehmen. Das Problem der S 37 ist ausreichend geprüft worden.

Seit längerem versuchen gewisse bäuerliche Grundbesitzer, dieses Vorhaben durch immer neue Anträge zu verzögern. Es wurde lange genug dieses Projekt von der Landesbaudirektion geplant und Varianten ausgearbeitet. Nun muß endlich entschieden werden! Wir glauben daher, daß der Herr Landeshauptmann der Stadt, die diese S 37 unbedingt braucht, dabei hilft. Und aus diesem Grund hat die Sozialistische Fraktion diesen Antrag gestellt mit der Bitte an alle Gemeinderatsmitglieder, hier eine einmütige Erklärung abzugeben. Ein anderes Verhalten würde von der Steyrer Bevölkerung, von unseren Wirtschaftstreibenden, aber auch von den Arbeitnehmern und den vielen Ein- und Auspendlern, die unsere Stadt besuchen, nicht verstanden werden. Jedes Dorf in Österreich verlangt mir Recht eine vernünftige Straßenzufahrt. Steyr wird das anscheinend vorenthalten, obwohl wir das bereits seit langem versprochen bekommen haben. Eine Schnellstraße ist zweifellos keine Unbilligkeit, wenn man bedenkt, welche großen Wirtschafts- und Gewerbezentren wie im gesamtösterreichischen, aber auch im oberösterreichischen Raume sind. Es ist selbstverständlich, daß die Sozialistische Fraktion diesen Dringlichkeitsantrag unterstützt.

Ich ersuche den gesamten Gemeinderat, diesen Antrag einhellig zu beschließen und zur Weiterleitung an die zuständigen Stellen zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Letzter bei mir vorgemerkter Redner ist Gemeinderat Zagler von der SPÖ.

GEMEINDERAT Dkfm. HELMUT ZAGLER:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geschätzte Mitbürger.

Zurück zur Natur war die Devise von Jean Jaque Rousseau, die er 1749 den Aufklärern entgegen setzte. Er hat damit der Kultur und der Technik und ihren negativen Erscheinungen den Kampf angesagt. Der Ruf nach mehr Natur wird auch heute wieder laut.

Mit Recht, wie wir meinen. Wir brauchen die Erholungslandschaft, wir brauchen die Erholung, weil uns der Alltag mit Streß zunehmend belastet. Daher muß ein zweites Ziel sein, die Streßfaktoren zu verkleinern. Die S 37 bietet dazu – wir wissen das – die Möglichkeit, durch die kürzere Entfernung in den öö. Zentralraum, durch die dabei zu erzielende Zeitersparnis, durch mehr Fahrsicherheit, durch geringere Bruttoarbeitszeit. Aber nicht nur für die Fernpendler im herkömmlichen Sinn aus diesem Raum, sondern dazu zähle ich auch die Absolventen aller mittleren und höheren Schulen, die ihre Ausbildung in Linz an den Akademien und an der Johannes Kepler-Universität fortsetzen. Das alles will der "Fernpendlerfreund" Ratzenböck verzögern. Daß von den über 8000 Schülern an den mittleren und höheren Schulen Steyrs mehr als 5.500 auswärtige sind, daß von diesen der Großteil mit Straßenverkehrsmitteln pendelt, und daß von diesen ein beträchtlicher Teil über ein Straßennetz, das durch die S 37 entlastet werden könnte, einpendelt, freut mich für sie, sollte die S 37 endlich bestehen. Daß diese günstige Entwicklung aber auch für die Arbeiter und Angestellten, die täglich aus dem Norden Steyrs einpendeln, angenehm spürbar werden wird, verstärkt mein Bewußtsein, für den raschen und unverzügerten Ausbau dieser für Steyr so wichtigen Verkehrsader, einzutreten.

Ratzenböck streute am Dienstag den Hargelsberger Agrarmillionären Brosamen. Wann wird er die Anliegen der Mehrheit einsehen?

Ich bitte Sie, dem Antrag der Sozialistischen Fraktion die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Ich sehe keine Wortmeldung mehr. Doch? Herr Vizebürgermeister Fritsch seitens der ÖVP.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren alle mitsammen hier im Raum!

Nachdem Kollege Zagler mit dem Ruf "zurück zur Natur" begonnen hat, gestatten Sie auch mir, meine kurzen Erklärungen mit dem Ruf "zurück zur Realität" einzuleiten.

Wenn heute der Dringlichkeitsantrag der Sozialistischen Fraktion vorgelegt wurde aus Gründen, die ich nicht mehr länger untermauern und erklären möchte, so war das ihr gutes Recht. Es war aber auch gleichzeitig nicht eine unbedingte Notwendigkeit, warum? Aus der einfachen Erklärung heraus, daß alles, was bisher von Seiten der Stadt, von ihrer Verwaltung und ihrem beschlußfähigen Organ, eben dem Gemeinderat, getan werden konnte, auch getan war. Meine Fraktion und alle anderen hier im Gemeinderat haben einstimmig alle Beschlüsse in der Angelegenheit S 37, haben einstimmig auch eine Resolution in der genannten Angelegenheit gefordert und wenn heute versucht wird, die Aktualität dieses Themas – sie ist für die Stadt Steyr und den Wirtschaftsraum Steyr unbestritten – aus einem gewissen Geltungsstreben heraus neu aufzuwärmen, so verstehe ich das aus der Warte der politischen Effekthascherei heraus als geglückt, weil ja heute das erste Mal so viele Zuhörer hier sind.

Allgemeine Unruhe

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Da Sie sich auf den Schlipps getreten fühlen zeigt mir, daß ich richtig liege in der Behauptung.

Jetzt aber ein paar Dinge dazu. 60.000 bis 70.000 Menschen sind in der Region betroffen. Diese Zahl mag stimmen und wird stimmen im Bezug auf die hier Lebenden, keinesfalls im Bezug auf die durch die S 37 verzögert oder schneller gebaute Einbindung in den Zentralraum nach Linz. Die Pendler, wie Kollege Zagler und vor ihm andere bereits erwähnt haben, sind sicherlich auch von einer schnellen Straßenverbindung in erster Linie angetan. Nur gehen wir – das wird sich heute im Laufe der gesamten Debatte innerhalb der Tagesordnungspunkte beweisen – von einer vollkommen falschen Voraus-

setzung aus. Für uns Menschen des 20. Jahrhunderts ist scheinbar nur mehr der Moloch Verkehr das einzig Treibende, die einzig bewegende Ursache für unser ganzes Handeln und Denken. Wenn gleichzeitig erklärt wird – jetzt komme ich gleich auf den Einwurf Wirtschaft zurück – es sind nur 50 Bauern betroffen, meine Herren, die Sie diese Vorrede gebracht haben, ich will weder eine Wirtschafts-, weder eine Landwirtschaftsdebatte entfachen, aber Sie müssen sich gefallen lassen, daß diese nur 50 betroffenen Bauern genau so wie viele andere ihres Berufsstandes dazu aber überhaupt verhalten sind, unsere Ernährung, auf die wir so stolz sind, auch wirklich zu sichern und auf billige Rechnung, Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es heute heißt, es sind so und so viele Quadratmeter Fläche dort genannt und da genannt, verlustig geraten. Das mag von der reinen Flächenberechnung aus stimmen. Es stimmt aber dann weiter nicht, und wenn ich schon dabei bleibe, muß ich es vollinhaltlich sagen, daß landwirtschaftlicher Nutzgrund durch die Straße sicherlich verloren geht. Wenn Kollege Sablik am Anfang von einem 80 m breiten Streifen sprach, so mag ihm vielleicht in seinen Überlegungen entgangen sein, daß das der Freistellungsraum für die S 37 ist. Die Straße ist nicht so breit. Es sei denn, Du Kollege Sablik, willst auf der noch so breiten Straße noch etwas schneller nach Linz kommen, das könnte auch der Fall sein.

GEMEINDERAT ERICH SABLIK:

Du hast leicht reden!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Eine zweite Überlegung. Sie sprechen heute immer wieder Herrn Landeshauptmann Dr. Ratzenböck an. Aus unserer Sicht, meine Damen und Herren, die wir nur Steyr und unsere Region im Auge haben können, war aller unser Beschluß, an dem wir mitwirken werden, völlig richtig. Daß der Landeshauptmann auch noch andere Argumente und Überlegungen einzuplanen hat, wird jedem politisch Interessierten dort oder ja sicherlich bekannt sein. Aber eines freut mich, daß Sie heute von unserem Landeshauptmann fordern ein Umdenken, daß Sie von unserem Landeshauptmann fordern, er möge eine Entscheidung in unserem Sinne treffen, er möge mobil sein. Meine Damen und Herren,

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Umgekehrt, er war ja dafür!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine Damen und Herren, wenn Sie diese Entscheidungen nach Mobilsein, nach Umdenken fordern, haben Sie gleich heute in diesem Raum, in unserem ureigensten Bereich, die Möglichkeit, die gleiche Forderung an die gleichen Personen zu stellen. Nur ein abschließender Satz noch. Glauben Sie nicht, meine Damen und Herren, daß aus der Sicht der Stadt Steyr diese Schnellstraße gefordert, ihre Bedeutung, ihre Wichtigkeit und ihre Richtigkeit hat. Bedenken Sie bitte aber auch weiter, daß die Verhandlungen diesbezüglich lange dauerten, daß aber auch von Seiten der zuständigen ministeriellen Stellen nicht unbedingt eitel Glück und Wonne darüber herrschte. Wenn heute der Landeshauptmann ein Gespräch mit Bautenminister Sekanina diesbezüglich angekündigt hat, so glaube ich, ist das sein gutes Recht als Landeshauptmann, genau so wie das des Herrn Bürgermeister Weiss für die Stadt Steyr bezogen. Wir sind uns aber, und da bin ich persönlich sicher, daß das, was ich sage, bar ist jeder politischen Realität. Wir bekennen uns zur S 37 als Gemeinderat unisono. Wie die Realität weiters aussehen wird, das möge bitte in erster Linie in Wien zur Entscheidung vorgelegt werden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Noch eine weitere Wortmeldung zu diesem Thema? Wenn nicht, kommen wir zur Abstimmung. Zuvor sei es mir erlaubt, zu dieser Sache die Bemerkung zu machen, daß ich vor wenigen Wochen ein Telefonat von Herrn Landesrat Winetzhammer als den zuständigen Ressortchef erhalten habe. In dem er mir mitteilte, daß die Grundablösen an der Strecke Steyr – Asang planmäßig vor sich gehen und daß es sogar Grundstückseigentümer gibt, Bewerber, die vorgezogen werden möchten bei der Behandlung ihrer Ablösen. Ich habe gestern vormittags, vermutlich als Folge dieser Demonstration der 200 Vertreter

der Bauernschaft, erfahren, daß diese S 37 ein Prestigefall nur für die Steyrer sei. Bautenminister Sekanina rief mich an und erbat meine Meinung dazu. Ich habe es daher auch für wichtig und richtig erhalten die Mehrheit des Hauses davon in Kenntnis zu setzen. Diese hat sich entschieden, mit dem heutigen Dringlichkeitsantrag den gesamten Gemeinderat zu beschäftigen. Ich wäre sehr froh, wenn ich Bundesminister Sekanina, der für Bauten zuständig ist, sagen könnte der gesamte Gemeinderat stellt sich auf die gleiche Ebene wie die sozialistische Fraktion im Steyrer Gemeinderat.

Aus diesem Grund bitte ich Sie, die Zustimmung in dieser Richtung zu geben.

Wer für den eingebrachten Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Gegenprobe? Ich stelle fest, daß der Dringlichkeitsantrag der sozialistischen Fraktion einstimmig von allen Parteien beschlossen wurde. Somit ist dieser Sachantrag erledigt.

Wir kommen zum zweiten Dringlichkeitsantrag, der ebenfalls die genügende Zahl von Unterschriften trägt und der das Problem der Katzenwaldgasse behandelt. Berichterstatter dazu ist Stadtrat Kinzelhofer.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Werte Damen und Herren, ich darf Ihnen einen Dringlichkeitsantrag über das Problem Katzenwaldgasse stellen. Ich glaube, daß sehr viele Steyrer das Problem der Katzenwaldgasse, oder überhaupt der Märzenkellerumfahrung bei den Steyr-Werken, kennen. Bevor ich den Antrag stelle, darf ich einige Worte zum Antrag kundtun. Die Stadt Steyr hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um bestehende Verkehrsverbindungen dem wachsenden Verkehrsaufkommen anzupassen. Die Bevölkerung hat mit großem Verständnis und Geduld die im Zusammenhang mit den Bauarbeiten auftretenden Behinderungen hingenommen. Umso ernster muß die Empörung der Anrainer und der tausenden Verkehrsteilnehmer bei sichtbaren Fehlplanungen genommen werden. Die Sozialistische Gemeinderatsfraktion ist sich dabei im klaren, daß die Errichtung der Märzenkellerumfahrung und natürlich auch die Neuherstellung unterbrochener Verkehrsverbindungen eine Angelegenheit der Bundesstraßenverwaltung im allgemeinen, im besonderen jedoch der Landesbaudirektion für Oberösterreich als Auftragsverwaltung ist. Dies enthebt aber den Steyrer Gemeinderat nicht, die Anliegen betroffener Mitbürger mit allem Nachdruck zu vertreten.

Im Laufe der jahrzehntelangen Planungen und Bauarbeiten an der Märzenkellerumfahrung stellt sich nun heraus, daß die Neuerrichtung von unterbrochenen Straßenverbindungen mit sehr wenig Rücksicht für die betroffenen Anrainer geplant wurde. Dies gilt in erster Linie für den Bereich der Katzenwaldgasse.

Es ist klar, daß ein Werk wie das der Steyr-Daimler-Puch AG und daß ein Stadtteil wie die Ennsleite eine funktionierende Straßenverbindung haben müssen. Dies kann aber nicht auf Kosten einzelner Anrainer in Form einer Billiglösung durchgeführt werden. Es ist daher mit allem Nachdruck zu verlangen, daß im Zuge der Straßenverwaltung des Bundes die Landesbaudirektion nochmals eine genaue Untersuchung und allenfalls eine Umplanung der Zu- und Abfahrt zu den Steyr-Werken von der Märzenkellerumfahrung vornimmt. Dabei ist aber nicht nur auf einen klaglosen Verkehrsablauf sondern auch auf die dortigen Bewohner mit großer Rücksicht vorzugehen. Wichtig ist es auch, niveaufreie Fußgängerzugänge zum Hauptwerk der Steyr-Daimler-Puch AG und allenfalls auch zu den Straßen auf der Ennsleite zu schaffen. Auch hier handelt es sich um unterbrochene Verkehrsverbindungen, weil bislang in sehr wenig frequentierten Straßen der Fußgängerverkehr dieser Art möglich war. Es ergeht daher der Dringlichkeitsantrag an den Gemeinderat:

Problem Katzenwaldgasse - Dringlichkeitsantrag

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Gemäß § 6 Abs. 3 im Hinblick auf die betroffenen Mitbürger sofort diesen Antrag noch vor Eingang in die Tagesordnung in Behandlung zu nehmen.
2. Mit allem Nachdruck wird verlangt, daß von der Landesbaudirektion im Rahmen der Bundesstraßenverwaltung ehestens eine eingehende Überprüfung der unterbrochenen Verkehrsverbindungen von der Märzenkellerumfahrung zu den Steyr-Werken bzw. zur Hohen Ennsleite vorgenommen wird. Eine allfällige Umplanung, die einen größtmöglichen Verkehrsfluß ohne übertriebene Beeinträchtigung der Anrainer zum Ziele hat, ist vorzunehmen. In diesem Zusammenhang ist auch für einen niveaugleichen Fußgängerweg von und zum Hauptwerk der Steyr-Werke vorzusorgen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, diesen Beschluß des Gemeinderates unverzüglich der Bundesstraßenverwaltung im Rahmen der Landesbaudirektion zu übermitteln.

Ich ersuche den Gemeinderat, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Als erster Sprecher hat sich Frau Gemeinderat Ehrenhuber seitens der Sozialistischen Fraktion gemeldet.

GEMEINDERAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Anwesende! Zum eingebrachten Dringlichkeitsantrag und den Ausführungen des Berichterstatters

möchte ich vor allem im Interesse der Bewohner des Stadtteiles Ennsleite und der Werksangehörigen unterstreichen, daß es unbedingt notwendig ist, dafür zu sorgen, daß sowohl Fußgänger als auch Autofahrer gefahrlos vom Wohngebiet Ennsleite über den Knoten Katzenwaldgasse zum Stadtzentrum, Hauptwerk, Bahnhof und zu den Stadtteilen Tabor und Münichholz gelangen können. Die Zufahrt zum Hauptwerk Steyr aus Richtung Kreisverkehr, aus der bekanntlich der überwiegende Teil der Werksangehörigen kommt, wird bei Ausführung des Projektes, wie es jetzt von der Bundesstraßenverwaltung vorgesehen ist, wesentlich komplizierter, weil zumindest eine unübersichtliche Kreuzung mehr überfahren werden muß. Es handelt sich dabei um die Ausfahrt von der Katzenwaldgasse in die Damberggasse, an der durch die bestehende Bebauung äußerst schlechte Sichtverhältnisse bestehen. Dazu wird noch durch die neu eingebaute Steigung in der Damberggasse, besonders im Winter, mit erheblichen Verkehrsbehinderungen zu rechnen sein. Die erwähnte Fehlplanung des Knotens Katzenwaldgasse, läßt daher den berechtigten Schluß zu, daß diese Verkehrsverbindung nach Fertigstellung von der Bevölkerung nicht angenommen werden wird, wodurch nicht nur mit einer Verdichtung des Schwerverkehrs im Wohngebiet Ennsleite zu rechnen ist, sondern darüber hinaus die Ennsleite zum Einzugsgebiet für die Pendler, die vor allem aus dem Enns- oder Steyrtal zum Hauptwerk unterwegs sind, wird, daß die Wohnqualität auf der Ennsleite durch erhöhte Lärm- und Abgasentwicklung verschlechtert wird und darüber hinaus eine entsprechende Verkehrssicherheit vor allem für die älteren Mitbürger und Kinder nicht mehr gewährleistet ist, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Die Arbeiterstraße, die mitten durch das Wohngebiet führt, und von den Kindern des Gebietes Steinbrecherring und aus der dortigen Siedlung häufig überquert wird, wird dadurch zur Durchzugsstraße. Im Interesse der Bevölkerung und der Arbeitnehmer der Steyr-Werke wird daher die Umplanung des Knotens Katzenwaldgasse verlangt.

Aber auch die Möglichkeit, zur Fuß zur Arbeit zu gelangen, wird gegenüber den bisherigen Verhältnissen keineswegs gebessert. Es ist viel mehr so, daß die kürzeste Verbindung zwischen Werk und Bahnhof über die Altgasse nicht mehr zur Verfügung stünde und daher erhebliche Umwege gemacht werden müßten. Ich glaube daher, daß gerade für die Fußgänger als die schwächsten Verkehrsteilnehmer unbedingt durch entsprechende Fußverbindungen sichere Verhältnisse geschaffen werden sollten.

Außerdem sollte die Katzenwaldgasse wieder in den Zustand versetzt werden, der einigermaßen den ursprünglichen Verkehrsverhältnissen entspricht. Im Interesse der betroffenen Mitbürger und Pendler ersuche ich Sie daher um Unterstützung des eingebrachten Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Sprecher ist Gemeinderat Eichhübl von der FPÖ.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich ziehe meine Wortmeldung zurück, um den Verlauf der Sitzung nicht weiter hinauszuzögern.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich glaube, daß dieses Thema für viele tausend Steyrer von äußerster Bedeutung sein kann. Wir werden das dem Protokoll einverleiben. Danke. Gemeinderat Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr verehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren.

Ich habe selbstverständlich auch diesen Dringlichkeitsantrag der Mehrheitsfraktion heute unterzeichnet. Ich möchte aber doch gleich zu Beginn meiner Ausführungen feststellen, daß dieser Dringlichkeitsantrag eigentlich gar nicht notwendig gewesen wäre, wenn die Mehrheit – damit meine ich die Sozialistische Fraktion einschließlich der ÖVP und der FPÖ – meine Anregungen im Bezug auf den Ausbau der Märzenkellerumfahrung, nämlich eine Fußgängerüberführung für die Steyrer Arbeiter und Pendler zu installieren, befolgt hätte. Es war bereits im Monat Oktober, als man gesehen hat, – auch die Arbeiter und Angestellten haben die Baumaßnahmen verfolgt – daß hier ein Niveauunterschied entsteht

und dadurch die unmittelbar gefahrlose Überquerung der Straße überhaupt nicht mehr möglich ist und ein Umweg zu machen sei. Dieses Projekt sei im Kreuzungsbereich der Dr. Klotz-Straße - Altgasse unbedingt erforderlich, erklärte ich damals, und betonte, daß die Märzenkellerumfahrung den Fußgängerverkehr stark beeinflusse. Besonders Arbeiter des Hauptwerkes Steyr und auch Pendler, die zum Bahnhof oder in die Stadt wollen, sind davon stark betroffen. Nach Fertigstellung der Umfahrungsstraße im Bereich der Dr. Klotz-Straße müssen die Arbeiter und Angestellten des Hauptwerkes einen zeitraubenden Umweg machen, da eine Überquerung dieses Kreuzungsbereiches auf Grund von Terrainverschiebungen unmöglich ist. Diese Aussage finde ich im heutigen Dringlichkeitsantrag drinnen, was ich besonders begrüße im Interesse der vielen tausend Arbeiter und Angestellten.

Nun zum zweiten Problem, das sich bei diesem Dringlichkeitsantrag ebenfalls stellt, das ist die Frage der Katzenwaldgasse. Hier, meine Damen und Herren, zeigt sich - wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt - dieser Slogan hat auch in Steyr Bedeutung. Jahrelang - der Dringlichkeitsantrag sagt das aus - wird geplant und es wird bereits viele Monate daran gearbeitet. Aber daß heute dieser Antrag steht, die Katzenwaldgasse wieder dem ursprünglichen Zustand zuzuführen, nämlich, daß es sich dort um eine Sackgasse und um ein verhältnismäßig ruhiges Wohngebiet handelt, ist nur dadurch zustande gekommen, daß Bürgermeister Weiss, der in der letzten Zeit immer wieder angefeindet wird, aber in dieser konkreten Frage es war, der die Bevölkerung, die Anrainer, zu einem Stadtteilgespräch eingeladen hat. Das heißt, diese Forderung, daß hier nicht nur der Gemeinderat entscheiden soll, sondern daß auch der Bevölkerung ein Mitspracherecht eingeräumt wird, daß sie mitreden können bei der Gestaltung ihrer Umwelt, hat dazu geführt, daß bei diesem Stadtteilgespräch, wo allerdings als Vertreter der ÖVP nur Kollege Schwarz und ich als Vertreter meiner Partei anwesend waren. Die übrigen

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Wir sind nicht geladen gewesen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das war aber öffentlich bekannt und ausgeschrieben, daß der Bürgermeister alle einlädt. Ich glaube also, daß auch der Vizebürgermeister

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Andere sind direkt geladen gewesen. Kollege Treml, daß die Kommunistische Partei in diesem Bereich

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Bitte keine Zwischenrufe!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich glaube, daß meiner Meinung nach ein sehr geringes Interesse von den Mandataren geherrscht hat, wohl aber von der Bevölkerung. An diesem Abend kamen über 300 Menschen in die Arbeiterkammer und haben dem Herrn Bürgermeister anständig zugesetzt. Ich glaube, er hat auch dort ad hoc eine Zusage gemacht, daß er sich an Ort und Stelle überzeugen wird von den Umständen, also von der Belästigung der Anrainer. Es war glaube ich auch mit ein Grund, daß sich dort die Bevölkerung zur Wehr setzt, daß heute dieser sehr wesentliche Punkt diskutiert wird und es sicherlich zu einem einstimmigen Beschluß kommt, daß man beim Umbau der Märzenkellerumfahrung diese Anregungen der Bevölkerung - nicht nur der Katzenwaldgasse, sondern auch in anderen Bereichen - berücksichtigt. Ich möchte, weil ja der Großteil nicht anwesend war, in Erinnerung bringen, daß es dort auch Vertreter der Bundesstraßenverwaltung gab, also der Landesbaudirektion. Meine Damen und Herren, wenn Sie dort gewesen wären, mit welcher Katschnäuzigkeit dieser Vertreter die Einwohner dort abgekanzelt hat, das war haarsträubend. Kollege Schwarz und ich konnten nur den Kopf schütteln darüber. Es war eine Zumutung, was sich dort die Bevölkerung von diesem Mann sagen lassen mußte. Unter anderem - das ist bezeichnend für seine Aussage - erwähnte er: "ihr Herrschaften von der Katzenwald-

gasse, ihr müßt euch darüber im klaren sein, daß die Ruhe, die ihr jetzt hier vorgefunden habt, vorbei ist. Ihr habt ja gar nicht gewußt, daß ihr in der Stadt Steyr wohnt, jetzt wißt ihr es wenigstens, wenn der ganze Schwerverkehr da vorbeifährt und ihr die ganzen Abgase einatmet."

Ich glaube, es ist vollkommen richtig, daß wir heute diese Frage stellen im Interesse der Anrainer, aber auch im Interesse der großen Masse der Arbeiter und Angestellten das einer positiven Lösung zuführen und hier einen besonderen Nachdruck ausüben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke. Eine weitere Wortmeldung liegt vor von Herrn Gemeinderat Holub namens der ÖVP. Anschließend Gemeinderat Pimsl.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

An sich, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium und liebe Zuhörer hier im Saal wäre es sinnvoll, sich dem Beispiel des Kollegen Eichhübl anzuschließen und den eigentlichen Tagesordnungspunkt Wehrgraben, der das heute das Interesse findet und der der eigentliche Gegenstand dieser "Sondersitzung" ist, nicht noch mehr hinauszuzögern, wie es öffentlichlich die Absicht ist. Aber das "Aufglühen" des – wie Kollege Mausz in der vorletzten Sitzung gesagt hat – des dunkelroten Dolderls auf der roten Mütze, die diese Stadt zudeckt, macht es schon notwendig, ein paar Worte dazu zu sagen.

Meine Damen und Herren, insbesondere liebe Gemeinde- und Stadträte, Sie wissen, daß wir hier spiegelfechten, Sie wissen das ja. Sie wissen ja, wer der eigentliche Schöpfer dieses Projektes ist, Sie wissen doch, daß ursprünglich das Land – mir scheint das liegt 20 Jahre zurück und ich weiß, daß ich erst seit 19 Jahren in Steyr bin, Sie brauchen mir das also nicht im nachhinein vorsagen – eine Planung aus dem Büro Satorius vorlegte, die ganz anders ausgeschaut hätte. Das wurde, wie Sie wissen, von der Stadt beansprucht und es wurde aus den Büros der Stadt ein neuer Vorschlag gemacht. Soviel ich mich erkundigt habe, hieß damals der Stadtbaudirektor Piffli. Der hat dieses Projekt eingereicht, das bei der Landesregierung gar nicht die ursprüngliche Billigung gefunden hat. Das wissen Sie. Dieses Projekt wurde dann über Intervention des Herrn Bürgermeisters – es war damals Fellinger – und des Herrn Magistratsdirektors – es war Dr. Enzelmüller – bei der Landesregierung durchgesetzt. Das ist das nunmehr vorliegende Projekt, das über Intervention der Stadt durchgesetzt wurde. Jetzt führen wir eine Diskussion über dieses Projekt. Das, meine Damen und Herren, verstehe ich nicht. Sehr wohl verstehe ich aber den Inhalt Ihres Antrages, daß die Situation in der Katzenwaldgasse verbessert werden muß. Ich gebe Ihnen dabei völligem recht und meine Fraktion wird diesem Antrag auch zustimmen.

Nicht recht kann ich Kollegen Tremml geben, wenn er nur abqualifiziert, und zwar den Vertreter der Landesbaudirektion

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Du warst ja gar nicht dabei!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

... und völlig vergißt zu erwähnen, daß ein anderer Herr genau solche Stellungnahmen abgegeben hat. ...

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Lese doch die Steyrer-Zeitung, der hat einen ausführlichen Bericht über diese Kalt-schnäuzigkeit

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das ist ein Zwiespruch

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Gerade weil ich die Steyrer-Zeitung gelesen habe

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Halten Sie sich selbst daran, dann wird sich auch Kollege Tremel daran halten.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Gerade weil ich die Zeitungen gelesen habe und gerade weil wir in unserer Fraktion, in der Österr. Volkspartei, in der glücklichen Lage sind, daß wir mehr als ein Mandatar sind, können wir auch in der Fraktion reden über die Dinge. Und ich habe sicher die Erzählung der dort Anwesenden – es war nicht nur Kollege Schwarz, sondern auch Kollege Hochrather dort – mit Interesse verfolgt. Das, Otto, kannst Du mir schon zubilligen. Ich konnte mir aus dieser Erzählung eine Meinung bilden, wer dort aller kaltschnäzig war. Ich möchte den abwesenden Stadtrat Fürst nicht erwähnen. Meine Damen und Herren, ich würde sagen, hören wir bitte auf mit dieser Verzögerungsdebatte. Wir werden dieser Initiative zustimmen, die Sache in der Katzenwaldgasse bedrängt alle Bürger und es ist uns vollkommen klar, und ich möchte auch keine längere Verzögerung mehr herbeiführen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Es scheint mir aber doch zwingend, daß ich hier gemäß § 19 Abs. 2 Herrn Baudirektor bitte, zu den gemachten Äußerungen des Herrn Gemeinderates Holub eine Aufklärung zu geben. Ich bitte darum.

BAUDIREKTOR OSR DIPL. ING. EHLER:

Wertes Präsidium, sehr verehrte Damen und Herren, werte Zuhörer!
Die gewünschte Aufklärung geht dahin. Die Stadt hat nach Zunahme des Motorverkehrs in den fünfziger Jahren sich mit einer Umfahrung oder Durchzugsstraße beschäftigt, und zwar von Nord nach Süd. Die hat sich bei der damaligen Verkehrsfrequenz und dem Stand der Motorisierung ursprünglich über die Ennsleite angeboten. Das Ing.-Büro Fieber hat Mitte der fünfziger Jahre das Projekt einer Umfahrungsstraße ausgearbeitet, welche vom Kreisverkehr über die Klotzstraße, schleifend am Verwaltungsgebäude II der Steyr-Werke vorbeigeführt hätte, – ungefähr in der Höhe des ersten Stockes – über den Arbeiterberg, die Arbeiterstraße – Hubergutstraße in die Eisenbundesstraße eingebunden worden wäre. Der damalige Ansatz des Siedlungsgebietes Ennsleite, es sind 1955 die ersten Wohnblocks dort entstanden, und die Arbeiterstraße war noch nicht beidseitig bebaut, außer im Bereich der Kühbergsiedlung. Die Stadtgemeinde hat sich dann von sich aus überlegt, daß man durch ein geplantes Siedlungsgebiet nicht eine zweispurige Straße mit noch zwei Nebenfahrbahnen führen kann. Parallel dazu sind Untersuchungen gelaufen, wie man das Hauptwerk der Steyr-Werke in diese Straße mit einbinden kann. Diese Untersuchungen waren für das Projekt, das von Ing. Fieber verfertigt wurde, nicht zielführend. Im Schlagabtausch haben sich dann die Steyr-Werke herbeigelassen, oder bemüßigt gesehen, Dr. Sartorius – ebenfalls ein Zivilingenieurbüro für Straßenbauwesen – einzuladen, eine Variante auszuarbeiten. Die Forderung dieser Variante war, die Steyr-Werke günstiger einzubinden, also nicht im ersten Stock vorbeizufahren, und das Wohngebiet der Ennsleite zu vermeiden. Den Erfolg haben wir gesehen im Projekt von Sartorius, das etwa das erste Mal in den späten fünfziger Jahren zur Diskussion gestanden ist und das dann im Schlagabtausch zur Bau-reife gediehen ist und 1972 verhandelt wurde im Bezug auf die Grundeinlösen, und am 1. Februar 1978 begonnen wurde. Das ist der zeitliche Ablauf.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diese Aufklärung. Als nächster Sprecher Gemeinderat Pimsl von der SPÖ zu diesem Thema.

GEMEINDERAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geschätzte Besucher.

Der Berichterstatter dieses Dringlichkeitsantrages und auch die Diskussionsredner haben sehr sachlich das Thema begründet und behandelt. Es blieb der Freiheitlichen Fraktion

vorbehalten, durch die Zurückziehung ihrer Wortmeldung und der dazu gemachten Bemerkung, daß die Anliegen von 9.000 Bewohnern der Ennsleite und von 7.500 Mitarbeitern der Steyr-Daimler-Puch AG im Hauptwerk offenbar zu wenig Interesse Ihrer Partei finden. Man begründet das mit dem Argument, daß man versucht, andere Themen dabei zu verzögern. Ich weiß nicht, welchen Stellenwert diese Fraktion den einzelnen Themen zumißt, aber ich glaube, Sie können es eher kaum erwarten, zu Ihrem Auftritt zu kommen und daher die Zurücknahme der Wortmeldung. Wir von der Sozialistischen Fraktion glauben, daß es nicht erst zu Demonstrationen kommen muß, um Mängel aufzuzeigen und verlangen, daß sie abgestellt werden. Es ist beides in diesem Fall geschehen. Mehr als 300 Bewohner, Anrainer und Verkehrsteilnehmer haben sich in einer Diskussion an den Bürgermeister der Stadt gewendet und von ihm verlangt und erwartet, daß gegen diese Maßnahme, gegen die geplante Verkehrsknotenlösung entsprechende Maßnahmen gesetzt werden.

Wenn Sie, sehr geehrte Herren der Freiheitlichen Fraktion, es als nicht nötig betrachten, dann ist es Ihr Anliegen. Die Bevölkerung, die Verkehrsteilnehmer werden es zu würdigen wissen.

Ich darf Ihnen aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, vorschlagen, dem Dringlichkeitsantrag der Sozialistischen Fraktion Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Ich habe keine Wortmeldung mehr vorliegen. Doch, Herr Gemeinderat Eichhübl will die Sitzung doch noch verzögern.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich hatte wie gesagt ursprünglich nicht die Absicht, mich zu den beiden positiven Anträgen zu äußern, aber der Frontalangriff des Kollegen Pimsl zwingt mich dazu. Uns sind sicherlich die Anliegen jener, die Sie hier aufgezählt haben, sehr wertvoll, sonst hätten wir nicht für andere tausende Bewohner bereits gesprochen. Aber darüber werden wir noch reden. Es scheint mir doch sehr eigenartig zu sein, daß heute so viele sozialistische Gemeinderäte sich zu Wort gemeldet haben. Es ist sehr eigenartig, daß man von Ehrlichkeit redet, von der Bereitschaft offensichtlich zur Zusammenarbeit, dann frage ich mich, warum war es notwendig, zwei derartige Anträge so kurz vor der Sitzung bekannt zu geben. Warum hat man nicht früher darüber sprechen können? Warum, das scheint mir doch offensichtlich zu sein, man wollte jenen Sprechern der Mehrheitsfraktion, die sich wohl vorbereitet haben, die Möglichkeit geben, vor so großem Publikum zu sprechen. Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Diese Wortmeldung ist erfüllt. Eine weitere ist mir nicht mehr bekannt. Wie sich in der Debatte gezeigt hat, scheint es doch ein interessantes Stück unserer eigenen Tätigkeit zu sein.

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Dringlichkeitsantrag. Ich frage Sie, wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Ich stelle von vornherein fest, daß alle Gemeinderäte positiv abgestimmt haben. Es gibt keine Enthaltung und keine Gegenstimme. Der Antrag ist angenommen und wird widmungsgemäß weitergeleitet.

Meine Damen und Herren, im Zuge dieser Eingabe von Dringlichkeitsanträgen habe ich noch vorzubringen einen Punkt, und zwar die Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 des Stadtstatutes. Die Unterlagen dieser Beschlüsse sind Ihnen zu den jeweiligen Sitzungen zeitgerecht zugegangen. Sie sind in Ablichtung auch den Unterlagen zur heutigen Sitzung beigelegt. Eine Beschlußfassung dazu ist nicht erforderlich, weil es sich um bereits vollzogene Beschlüsse handelt.

Wir kommen nun zu Punkt 5) der heutigen Tagesordnung. Es handelt sich um den Wehrgraben, die Beschlußfassung über die weitere Vorgangsweise. Dazu habe ich mich selbst als Berichterstatter vormerken lassen. Es wird mein Stellvertreter, Herr Vizebürgermeister Schwarz den Vorsitz führen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz. Bevor ich Herrn Bürgermeister das Wort erteile und die Debatte eröffne, möchte ich in meiner Verantwortung als Vizebürgermeister und als Mitglied dieses Gemeinderates einen kurzen Hinweis anlässlich der heutigen Sitzung geben.

Es gab in der letzten Zeit sehr viel Gelegenheit, mit anderen Gemeinderäten zu sprechen, Versammlungen – vor allem eben im Wehrgraben – zu besuchen, und in viele Unterlagen Einsicht nehmen zu können. Ich habe überall, meine Damen und Herren, die Erkenntnis gewonnen, daß Sie eine vertretbare Lösung, unter Beachtung der Gegebenheiten, der finanziellen Möglichkeiten und der Interessen der Bewohner dieses Stadtteiles nur in einer sachlichen Atmosphäre und bei objektiver Beurteilung aller Fakten finden können. Wir haben hier über Mitbürger, über deren Eigentum, deren Wohnungen, Lebensqualität, deren Zukunft in materieller aber auch ideeller Hinsicht zu befinden und zu entscheiden. Es ist dies kein Problem einer der hier im Gemeinderat vertretenen Parteien allein. Es ist dies auch keine Angelegenheit nur einzelner Gruppierungen in unserer Stadt oder auch außerhalb, sondern es ist das das Schicksal eines Stadtteiles und dessen Bewohner. Diese sind ebenso unsere Mitbürger und es ist unser aller Lebensraum, der unsere ganze Sorgfalt, Objektivität und unser Verantwortungsbewußtsein verdient.

Sachfragen, meine Damen und Herren, können aber nicht in einer Situation persönlicher Angriffe, Diffamierungen und Verdächtigungen, die mit dem Stadtteil Wehrgraben überhaupt nichts zu tun haben oder durch parteitaktische Initiativen, die eine verantwortungslose Vereinfachung der Sachverhalte beinhalten, gelöst werden. Je sorgfältiger wir die Materie von allen Gesichtspunkten her beraten, je überlegter wir mit Toleranz die Meinungen prüfen, je wirklichkeitsbezogener wir vom Sach- und Rechtsstand, den ein früherer Gemeinderat akzeptiert hat, ausgehen je konkreter wir die finanziellen Auswirkungen erheben und einschätzen, desto besser wird schließlich das Ergebnis unserer Beschlüsse sein, gleichgültig wie sie lauten werden. Wir müssen das gemeinsam durchführen und die finanziellen Mittel heute und in Zukunft aufbringen. Sicherlich werden andere kommunale Aufgaben zurückgestellt werden müssen, und vor unseren Mitbürgern aber auch vor den nachfolgenden Generationen haben wir die Verantwortung zu tragen. Das Leben und die Arbeit in diesem Gemeinderat werden weitergehen. Wir sollten uns eingedenk sein, daß wir die Basis für diese gemeinsame Arbeit erhalten sollten. Die Zeiten werden sicher nicht leichter werden. Vielleicht müssen wir bald Situationen für unsere ganze Stadt, für alle unsere Mitbürger gemeinsam entscheiden und meistern, denen gegenüber das Wehrgrabenproblem eine relativ untergeordnete oder kleine Rolle spielt. Ich bin sicher, daß alle Gemeinderäte in diesem Saal, diejenigen, die wie ich schon 1972 dabei waren, und die, die erst später in dieses Gremium berufen worden sind, stets nach bestem Wissen und Gewissen entschieden haben und auch in Zukunft entscheiden werden. Es wird uns aber niemand diese Entscheidung abnehmen. Dazu sind wir letztlich von unseren Mitbürgern gewählt und berufen. Wenn wir aber dessen eingedenk an die Frage des Wehrgrabens herangehen, werden wir sicher letztlich eine gute und vertretbare Lösung finden.

Die anwesenden Vertreter der Massenmedien bitte ich um eine umfassende Berichterstattung über diese Beratungen. Es sollen nicht vorgefaßte Meinungen, sondern alle Beweggründe entsprechend dargestellt werden, sie verdienen es, daß sie veröffentlicht werden. Erleichtern Sie uns, den verantwortlichen Gemeinderäten, unsere Tätigkeit, indem Sie unser Bemühen sachlich darstellen. Sie können nicht für uns entscheiden, Sie können aber helfen, richtig zu entscheiden. Darum bitten wir Sie heute.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß ich mit diesen kurzen Hinweisen mich zum Sprecher aller Gemeinderäte, aller Fraktionen, gemacht habe. Ich ersuche nun den Herrn Bürgermeister um seinen Bericht.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, entgegen meiner sonstigen Gewohnheit, frei zu sprechen, habe ich mir heute ein Manuskript zurecht gelegt, um den Verlauf der Sitzung auch von der Chronologie her zu beleuchten, von den Abläufen her, beleuchten zu können. Das seit Jahrzehnten im Raum stehende Problem einer notwendigen Sanierung und Erneuerung des Wehrgrabens hat durch den voranschreitenden Verfall der Gerinnestrecke mit den Hauslandschaften einerseits und mit dem zunehmenden Bau von Abwasserbeseitigungsanlagen zur Sauberhaltung unserer Gewässer andererseits, besondere Aktualität erlangt. Waren es zunächst kleine Gruppen, deren Ziele nicht immer durchschaubar waren, haben sich dieses Problems nun die politischen Parteien angenommen, gewiß in der Absicht, daraus auch politischen Parteierfolg zu ziehen. Damit ist ein sehr wichtiges Sachproblem verpolitisiert worden, weshalb ich mich veranlaßt sah, eine Sondersitzung des Gemeinderates einzuberufen. In dieser Situation reicht die Palette von sachkundiger, damit unrichtiger Berichterstattung in den Medien, ohne Prüfung der dokumentarisch belegbaren Schriftstücke, über persönliche Beschuldigung meiner Person, die selbst meine Familie mit einbeziehen, bis zur bewußten Falschinformation der Steyrer Bürger fern jeder Wahrheit und Sachlichkeit.

Diese Vorgänge veranlaßten mich als Bürgermeister, die bisherigen Abhandlungen mit amtlichen Schriftstücken belegt, versehen mit Hinweisen und Kommentaren der Magistratsdirektion, allen Mitgliedern des Gemeinderates zugleich mit der zeitgerecht zugestellten Einladung zu übermitteln. Es kann also jeder Entscheidungsberechtigte von einer Vollinformation reden, da ihm auch jene einstimmigen Gemeinderatsbeschlüsse in Erinnerung gerufen werden, die er mit der eigenen Zustimmung traf.

In der Sitzung am 17. Februar 1972 die Gemeinderatsmitglieder und Stadträte Rudolf Fürst, Konrad Kinzelhofer, der damalige Planungs- und Baureferent Manfred Wallner, Leopold Wippersberger, Franz Enöckl, Karl Feuerhuber, der damalige Gemeinderat Karl Fritsch, Franz Mayr, Erich Sablik, Heinrich Schwarz und Otto Tremel.

Es ergab sich dann eine kleine Veränderung bis zur Sitzung am 29. 6. 1972. Da waren anwesend ich selbst, Konrad Kinzelhofer, Manfred Wallner, Leopold Wippersberger, Franz Enöckl, Karl Feuerhuber, Karl Fritsch, Anna Kaltenbrunner, Franz Mayr, Erich Sablik, Heinrich Schwarz, Otto Tremel und Johann Zöchling.

Ich wiederhole also, daß diese Beschlüsse von allen vier im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Parteien, sogar ohne Diskussion, aber nach eingehender vorheriger Gemeinderatsinformation, in einer eigenen Sitzung, gut geheißten wurden. Es mag nun persönliche Moral oder Geschmackssache sein, ob sich diese oder später eingetretenen Mitglieder des Gemeinderates im Sinne ihres Gelöbnisses an Beschlüsse - zumal einstimmig - gebunden fühlen. Für mich als Bürgermeister steht ohne Zögern fest, daß ich Gemeinderatsbeschlüsse solange als gültig zu betrachten habe, als keine gegenteilige Gremialentscheidung getroffen wird. Dazu stelle ich fest, nie einen Antrag vorgelegt bekommen zu haben, den ich dem Gemeinderat zuleiten hätte können, weshalb der Beschluß vom 29. Juni 1972 bzw. vom 17. Februar 1972 heute noch seine volle Gültigkeit hat.

Ich werde mir daher in dieser Sitzung erlauben, mögliche Vorschläge zu formulieren und ein Teil davon wird sicher zur Beschlußfassung beantragt werden, wozu ich Herrn Gemeinderat Rudolf Pimsl ersuche, nach meinem Vortrag den Antrag der SPÖ vorzulegen.

Zuvor erlauben Sie mir auch zum Verständnis für die erschienenen Zuhörer einige generelle Hinweise auf die europäische Situation in Fragen Denkmalschutz, Stadterneuerung und mögliche Grenzen dieser Auffassungen. Im Sinne der Auffassungen des Europarates, der 1981 zum Jahr des Denkmalschutzes erklärt hat, ist es mir geradezu ein Vergnügen, die Leistungen der Stadt Steyr auf diesem Gebiet zu erwähnen und dazu Anerkennungsschreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich Dr. Josef Ratzenböck und des Bundesdankmalamtes zu zitieren. In diesem Zusammenhang zähle ich es zu einer hohen Ehre, aus der Hand von Frau Bundesminister Dr. Herta Firnberg im Jahr 1980 eine persönliche Auszeichnung für meinen Einsatz um eine weitreichende und umfassende Altstadterneuerung erhalten zu haben. Ich betrachte diese Anerkennung als für alle meine Mitarbeiter bei diesem anspruchsvollen Werk ausgesprochen. Unsere Leistungen wurden

also weithin anerkannt, ein Verdienst, das gleichzeitig den Hauseigentümern ebenso wie den befaßten Künstlern und Beamten gezollt werden muß. Die in letzter Zeit in Aktion getretenen Gruppen haben an dieser wertvollen und mit viel Verstand und Sinn für Ästhetik sicher geleisteten Arbeit kaum Anteil. Soweit dazu.

Daß auch daneben den Gegenwartsbedürfnissen Rechnung getragen wurde, beweist der Bau zweier neuer Brücken, die Einrichtung von Fußgeherbereichen in der Altstadt, eine wesentliche Belebung des Handels, die Erneuerung zweier Theater und die Errichtung eines Kulturzentrums. Der Ausbau des innerstädtischen Verkehrsrings sei neben den gestiegenen Wohlfahrts- und Kulturleistungen nur nebenbei erwähnt. Markant unbestreitbar ist die Standortsicherung des BMW-Steyr-Motorenwerkes, zu dessen Ansiedlung ein großes Engagement der Stadt und ein intensiver persönlicher Einsatz eine Voraussetzung war. Zu diesen für uns alle so lebenswichtigen Strukturentscheidungen zugunsten tausender Menschen und deren Familien kam es stets einvernehmlich genau so wie zum Gemeinderatsbeschuß eines "Entwicklungskonzeptes für die Stadt Steyr und deren Umlandregion", das ich im Jahre 1977 dem Gemeinderat vorlegen konnte.

Warum ging es also hier? Warum scheidet nun ein funktionsloses Wassergebinne alle Geister? Ich denke deshalb, weil die Inspiratoren im Hintergrund bleiben und andere an diese Front schicken. Zieht man also einen Vergleich von den bisher so erfolgreichen, in sehr kurzer Zeit erzielten Ergebnissen zur gesamten Stadterhaltung und Stadtentwicklung, so hätten ja, gemessen an jetzt, politische Kriege entstehen müssen, nur geschehen wäre dann gar nichts. Bezieht man sich auf die Aussage des Europarates "Städte zum Leben", herausgegeben von der Europäischen Kampagne für Stadterneuerung, so ergeben sich daraus ganz bedeutende Hinweise, daß nicht mit allen Mitteln und um alle Kosten Verfallenes gerettet werden kann und besonders keine Museumstädte geschaffen werden sollen. Umstände, die die Stadt Steyr bei den bisherigen Bemühungen zur Erhaltung historischen Baugutes weitestgehend berücksichtigt hat. Dieselbe Aussage besagt, "daß Anregungen wohlmeinender Außenseiter selten das Interesse und die Bereitschaft zur eigenen Mitarbeit hervorrufen". Weil sie ja nicht mit gutem Beispiel vorangehen. Eigentümlicherweise haben sich die Mitglieder der Ursprungsaktionsgruppen ihre Eigenheime im ländlichen Raum errichtet, nach modernsten architektonischen Bauformen, nach außen und innen mit hervorragender Wohnqualität und sanitären Verhältnissen ausgestattet.

Wo ist also das Leitbeispiel für den Wehrgraben? Geht man von den Vorschlägen der Enquete aus, stößt man auf Bemerkungen, daß es denkbar und hinderlich ist, wenn Aktionsgruppen einen unverantwortlichen Druck auf die Bevölkerung ausüben. Dies ist im Fall der Bürgerinitiative durch wahrhaftig falsche Aussagen wie "wir betonieren den Wehrgraben zu", "wir legen große Parkplätze an", "wir zerstören die Schrebergärten und bauen dort Häuser", usw. geschehen. Das sind lauter Aussagen, die von der Gemeinde nie getroffen wurden, die lediglich in den Expertisen der Wissenschaftler allerdings teilweise vorkommen. Wenn also alles dafür sprechen sollte, das Wehrgrabengebinne in seine bisherigen Form zu erhalten, kostet dies für die Erneuerung und Instandsetzung von Brücken und Stegen mehr als 16 Millionen Schilling, ohne daß nur ein weiterer Schilling zur Verbesserung der Struktur, der sanitären Umstände, einer Vergrößerung der Wohnräume oder der Verbesserung der Qualität in diesem Gebiet zugeführt wird. Von einer Denkmalschutzaktion kann bei solchen Verhältnissen überhaupt nicht gesprochen werden. Die gleiche Broschüre verweist auch darauf, daß die Wirtschaftswissenschaftler und Unternehmer schweigen, wie die Stadtwirtschaft funktionieren soll, denn dies hat die Wirtschaftsfachleute niemals sonderlich interessiert und dafür bezahlen wir jetzt. Als Beweis mag die Absiedlung von vielen Gewerbebetrieben am Wehrgrabengebinne und zuletzt der Konkurs der Firma Hack gelten. Steyr ist eine lebendige Industriestadt, eine Arbeitsstadt, in der sich auch wohnen läßt und die aus eigenem viel leistete. Dennoch wurden die Grundzüge der Stadterneuerung im Sinne der erst jetzt ergriffenen Europäischen Kampagne schon vor 17 Jahren begonnen.

Und nun zum Thema: Die Sozialisten, und zu denen zähle ich mich seit meiner Kindheit, haben bei allen ihren Überlegungen und Entscheidungen die Besserstellung des Menschen im Auge. Soweit sich diese gesteigerte Lebensqualität mit historischen und traditionellen Aspekten verbinden läßt, werden wir dies auch stets beachten. Der Wehrgrabenkanal war jedoch früher ein Energieträger für viele Kleingewerbebetriebe, die mit Wasserkraft

ihre Maschinen antrieben. Er ist etwa 500 Jahre alt, verlor im Laufe der Zeit allmählich seine Ursprungsfunktion und dient heute nur mehr als Träger für Fäkalien und sonstige Abwässer. Selbst die bis vor Jahrzehnten noch in Betrieb stehenden E-Werke der Steyr-Werke wurden abgestellt und verfallen. In dieser Situation wollte sich die Wehrgrabenkommune von dem wirtschaftlich nutzlos gewordenen Gerinne trennen und betrieb daher die ersatzlose Zuschüttung. Gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 17. 2. 1972 wurde ein diesbezüglicher Vertrag zwischen der Wehrgrabenkommune und der Stadt Steyr vom Gemeinderat einstimmig verabschiedet. In der nächsten Sitzung am 29. Juni 1972 gab der Gemeinderat ebenfalls einstimmig einen Betrag von S 775.000,- frei, der in 4 Wochen an die Wehrgrabenkommune ausbezahlt werden sollte. Verhandler der Wehrgrabenkommune waren damals die Herren Ing. Josef Hack als Obmann für die Fa. Hack, für die Steyr-Werke der damalige Prokurist Dr. Konstantin Breitenfeld als Obmann-Stellvertreter, für die Fa. Mayr Herr Heinrich Ebner-Liedlbauer als Schriftführer der Kommune. Die Beträge sind längst überwiesen und verbraucht. Eine Aufhebung der damaligen Beschlüsse ist deswegen nicht mehr möglich, weil durch die Auflösung der Wehrgrabenkommune kein Vertragspartner mehr existiert und andererseits die später beschlossenen S 775.000,- unter den Mitgliedern der Kommune aufgeteilt wurden. So kann man also nur mehr von neuen Entscheidungen ausgehen, die allerdings in ihrer technischen Durchführbarkeit und in ihrer Kostenabwicklung selbst heute durch die nötigen Planerstellungen, Wasserrechtsbescheide und Mittelzusicherungen durchgeführt werden könnten.

Eine realistische Beschreibung von Revitalisierungsmaßnahmen im Stadtteil Wehrgraben verlangt aber Maßnahmen, die unter bestimmten Gesichtspunkten ergriffen werden können und einer raschen Zug-um-Zug-Regelung zuzuführen sind. Die ungenügenden Wohn- und Lebensumstände unserer Mitbürger im historischen Wehrgrabenbereich lassen von vornherein die Bedeutung des Gerinnes in diesem Teil nur zweitrangig erscheinen. Diese Reihung ergibt sich automatisch, wenn man die Bedürfnisse der Menschen und deren Wunsch nach verbesserter Lebensqualität bei allen Entscheidungen in den Vordergrund stellt. Der Rechtsstand ermöglicht sofort die Einleitung der nötigen Ausschreibungen zur baulichen Verrohrung und Auffüllung des Teiles von der Ausmündung des Wehrgrabenkanales bei den Hackwerken bis herauf zur ehemaligen zweiten Zeugstätte, d. h. bis zum aufgelassenen E-Werk der Steyr-Werke. Das von oberhalb zufließende Wasser kann über den bestehenden Oberwasserkanal in das Mitterwasser abgeleitet werden. Durch die Zusicherung des Wasserwirtschaftsfonds vom 18. 11. 1980 in Höhe von 25 Mill. Schilling ist die Finanzierung dieses ersten Bauabschnittes in ausreichendem Maße gewährleistet. Die Planung ist seit Jahren fertig gestellt. Diese erste Kanalstrecke erfordert inklusive der Kanalverbindung bis zum unteren Ennskai eine Bausumme von mindestens 12 Mill. Schilling. Die Verwirklichung des ersten Bauabschnittes verkürzt die Länge des Wehrgrabenkanales nur um 500 m. Rechnet man jedoch den Überwasserkanal als neues Fließgerinne, tritt eine Verkürzung um etwa 299 m ein, wobei die gesamte Strecke sich mit über 2 km ergibt. Die Gesamtwasserfläche im Wehrgraben vom St. Anna-Wehr bis zur Steyr-Mündung beträgt 147.000 m². Diese Wasserfläche verringert sich durch den ersten Bauabschnitt um 6.000 m² oder etwa 4 %. Von einer Beeinträchtigung des Wasserangebotes oder einer Veränderung des Klimas kann wahrhaftig keine Rede sein. Die Offenhaltung des Gerinnes und die Verlegung von Abwasserkanälen an beiden Ufern kann derzeit überhaupt nicht in Erwägung gezogen werden, da dafür weder ein Projekt noch eine wasserrechtliche Genehmigung und auch keine Zusicherung für Förderungsmittel durch den Wasserwirtschaftsfonds vorliegt. Im Hinblick auf die bescheidenmäßig erteilten und rechtskräftigen Löschungsvorkehrungen ist auch in den nächsten Jahren mit keiner Änderung des bestehenden Zustandes zu rechnen. Geht man von den vorher erwähnten Kosten von 12 Mill. Schilling für die Durchführung des ersten Projektabschnittes der Kanalisierung aus, erhöhen sich diese Kosten bei Offenhaltung des Gerinnes um nachstehende Beträge:

Für die beidseitige Kanalisierung zusätzlich 6.000.000,-; der Hack-Steg müßte erneuert werden um 100.000,-, die Elba-Brücke kostet 100.000,-S, die innere Reiterbrücke müßte neu errichtet werden mit 3.000.000,-, die Schlager-Brücke würde S 100.000,- kosten. Die 12 Mill. S erhöhen sich allein im ersten Abschnitt dieser Kanalbaustrecke um 9,3 Mill. Schilling.

Zu diesen Kosten müssen jene Mittel gerechnet werden, die im zugesendeten Amtsbericht

der MA III vom 12. 2. 1981 aufscheinen und bei Offenhaltung der oberen zweiten Gerinnestrecke für Brücken- und Stegneubauten bzw. Reparaturen aufzuwenden sind. Die Auffüllung im ersten Bauabschnitt der Kanalisation ist also um nahezu 10 Mill. S billiger als die Offenhaltung des Gerinnes, ein Umstand, der letzten Endes auch alle übrigen Steyrer Bürger und nicht nur den Gemeinderat oder die Wehrgrabenbewohner berühren wird. Neben der Erreichung vertretbarer gesundheitlicher und sanitärer Zustände entlang der Verrohrungstrecke scheint es daher auch wünschenswerter, nach einem Maßnahmenkatalog unter bestimmten Voraussetzungen zusätzliche Leistungen spezifiziert auf den historischen Teil des Wehrgrabens anzubieten. Zu diesem Angebot sind folgende Leitlinien zu beachten:

1. Als vorrangig gelten die Interessen der Bewohner der anrainenden Häuser. Diese haben ebenso wie andere Bürger unserer Stadt Anspruch auf gesunde, zeitgemäße Wohnungen mit einwandfreien Sanitärverhältnissen, einer geregelten Abwasserbeseitigung, sowie auf geordnete Umweltbedingungen durch flankierende Maßnahmen.
2. Dazu ist eine gezielte Förderungsaktion zu starten, die die gegenwärtige Finanzkraft der Stadt Steyr brücksichtigt.
3. Die bereits von der öffentlichen Hand (Wasserwirtschaftsfonds) zugesicherten Mittel und Darlehen sind ehestens zu beanspruchen und nach Sanierungsfortschritt abzufordern.
4. Dem sichtbaren Verfall der Gebäudelandschaft und der Absiedlung von Bewohnern ist durch Zielstrebigkeit mit nachstehend genannten Maßnahmen zu begegnen. Auch hier ist vom derzeitigen Rechts- und Bewilligungsstand auszugehen.

Diesen Leitlinien folgend wird der zitierte Maßnahmenkatalog dem Gemeinderat zur Information vorgelegt, in der Annahme, dadurch die überwiegend privaten Besitzer der betroffenen Gebäude oder die Einmieter für eine realistische und gezielte Rettungsaktion des historischen Wehrgrabengebietes zu gewinnen.

Mit dem Maßnahmenkatalog sind auch die Vorhaben des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung in keiner Weise behindert, weshalb die Bemühungen um die Reinhaltung des Gewässers durch eine einwandfreie Abwasserbeseitigung besser gewährleistet ist.

Ich darf Ihnen noch kurz eine Gegenüberstellung der finanziellen Verhältnisse geben: Wenn wir, so wie es seit vielen Jahren geplant, beschlossen und zugesichert ist, vorgehen, werden wir diese genannten 12 Mill. Schilling mit einer 1 %igen Verzinsung vom Wasserwirtschaftsfonds – hier teilen sich die Mittel etwas unter – in 50 Halbjahresraten zurückzahlen haben, also in 25 Jahren. Der Zinsaufwand wird inklusive der 12 Mill. einen Rückzahlungsbetrag von 13,5 Mill. erfordern. Wenn wir also unsere Entscheidung so treffen, daß offen bleibt und nichts getan wird in diesem Wehrgrabengerinne, wird es später notwendig sein, zu einem Zeitpunkt, wo die Zusicherung des Wasserwirtschaftsfonds nicht mehr existiert, das Geld am freien Kapitalmarkt zu beziehen. Dieser freie Kapitalmarkt, den können wir gegenwärtig noch günstig, mit 10,5 % Verzinsung, annehmen mit einer Laufzeit von 25 Jahren. Während dieser Zeit würden sich die 12 Mill. S auf 33,7 Mill. S erhöhen. Es würde also eine Steigerung um fast 50 % der ursprünglichen Bausumme eintreten. Das immer unter der Voraussetzung der Auffüllung und der Einlage eines Großkanalrohres.

Gehen wir davon ab, planen wir neu, nehmen wir heute andere Maßstäbe als Entscheidungsgrundlage, so wird es zu einer Neuplanung kommen müssen und es wird bei einer beidseitigen Verlegung jenes Stranges eine geschätzte Kostensumme – die vom Bauamt angegeben wird – von 21,3 Mill. Schilling auftreten. Bei der gleichen Verzinsung von 10,5 % und einer Laufzeit von 25 Jahren wird die Steyrer Bevölkerung durch den Gemeinderat veranlaßt, eine Rückzahlung von 59,9 Mill. Schilling leisten zu müssen. Es ist also hier von mir mit vollem Recht behauptet worden, wenn es sich um derlei Maßnahmen handelt, kann es nicht nur beschränkt werden auf einen Teil der Stadt. Das sind Entscheidungen, die alle Steyrer betreffen, weil sie in irgend einer Form die Mittel ja übernehmen müssen. Entweder durch Verzicht oder auf anderen Wegen.

Man darf auch nicht glauben, daß vielleicht der Reinhaltungsverband in Steyr und Umgebung diese Mehrkosten tragen wird. Abgesehen davon, daß wir auch diesem Verband mit 61 % angehören, werden die übrigen Gemeinden nicht bereit sein, diese Mehrkosten auf sich zu nehmen. Ich glaube daher, daß auch dieser Teil unter Umständen von der Stadt Steyr zu tragen sein wird.

Meine Damen und Herren, dazu möchte ich Ihnen anstelle eines Antrages – ich formuliere das ganz bewußt – nur informativ einen Vorschlag unterbreiten, den ich bewußt nicht zum Antrag erheben kann.

Er betitelt sich "Wehrgraben aktiv – Positivkatalog der Stadt Steyr zur Sanierung des historischen Teiles im Wehrgrabengebiet für einen Zeitraum von fünf Jahren, ab 1. Juli 1981". Sie mögen daraus ersehen, daß wir uns sehr wohl überlegt haben, mit gezielten und schnellgreifenden Maßnahmen vorzugehen.

1. Räumlicher Umfang. Die Aktion bezieht sich auf das Gebiet des unteren Wehrgrabens und umfaßt die Liegenschaften zwischen Badgasse Nr. 1 und Nr. 1 und 3, dem Steyrfluß bis zum Überwasser bei der Direktionsbrücke, die Nordgrenze der Liegenschaften an der Fabrikstraße vom Haus Nr. 48 abwärts bis zum Haus Nr. 10 unter Einschluß der Frauenstiege Nr. 6 und die Badgasse bis zur Grenze zwischen Badgasse Nr. 1 und 3. Damit soll klar und deutlich jener historische Gebäudeteil umrissen werden, der einer dringenden Sanierung bedarf, um vor dem Verfall gerettet zu werden. Wenn hier immer nur vom rinnenden Wasser die Rede ist, ich spreche hier von der Rettung einer Gebäude-landschaft.

2. Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse: Dazu gewährt die Stadt Steyr Beihilfen bis zur Höhe von einem Drittel der aufgewendeten Eigenmittel, sofern damit zweckmäßiger Wohnraum mit einwandfreien sanitären Verhältnissen geschaffen und eine Substanzsicherung der Gebäude erreicht wird. Entsprechende Mindestanforderungen sind festzulegen. Finanzhilfen der öffentlichen Wohnbauförderung sollen durch die Zuschüsse der Stadt nicht beeinträchtigt werden.

3) Verbesserung der Liegenschaftsstrukturen: Die durch die Auffüllung des Wehrgrabengerinnes und durch allfällige Neutrassierung von Wohnstraßen gewonnenen Grundflächen sind vorrangig den Anrainern zu einem Anerkennungspreis zu verkaufen. Verbleibendes öffentliches Gut, sofern es nicht für andere Zwecke benötigt wird, ist nach Beendigung der Bauarbeiten als Erholungsraum zu gestalten.

4) Fassadenaktion: Die Fassadenaktion der Stadt Steyr mit Unterstützung des Landes und Bundes ist schwerpunktmäßig auf diesen historischen Teil des Wehrgrabens auszudehnen.

5) Verbesserung der Infrastruktur: In den kommenden Budgets der Stadt sind (während dieser Aktionszeit) zur Verbesserung und Erneuerung der Infrastruktur, insbesondere der Straßen und der Beleuchtung, erhöhte Mittel einzusetzen.

6) Gewerbestruktur: Die Ansiedlungen von Geschäften des täglichen Bedarfes und von umweltfreundlichen Gewerbebetrieben ist im Rahmen der Gewerbebeförderungsaktion der Stadt verstärkt zu unterstützen. Als Grundlage für die Förderung können die erhöhten Investitionskosten gegenüber anderen Standorten herangezogen werden.

7) Ankauf von Liegenschaften für Wohn- und Gewerbebezwecke: Um die Ansiedlung von neuen Bewohnern und Gewerbebetrieben zu fördern, wird bei einem Liegenschaftsankauf die jährlich zu leistende Grundsteuer für die ersten fünf Jahre in Form einer außerordentlichen Subvention rückerstattet. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß die Liegenschaft bestimmungsgemäß genutzt wird. Bei zur Gänze oder teilweise leerstehenden Häusern entfällt diese Förderung.

8) Anliegerleistungen und Anschlußgebühren: Fallen diese aufgrund von Baumaßnahmen im Rahmen dieser Aktion an, werden sie innerhalb der Aktionsfrist auf 50 % im Subventionswege ermäßigt.

9) Bürgernahe Verwaltung: Im Sinne einer bürgernahen Verwaltung richtet der Magistrat im Wehrgrabenein Beratungsbüro ein, wo sowohl Hilfestellung in Fragen der Wohnbauförderung als auch eine unmittelbare bautechnische Beratung der Revitalisierungsarbeiten durch Fachleute kostenlos erfolgt.

10) Finanzierung von Grundankäufen der Stadtgemeinde Steyr: Während des Aktionszeitraumes sind alle der Stadtgemeinde Steyr aus dem Verkauf von Siedlungspartellen zufließenden Mittel überwiegend für Grundankäufe im Wehrgrabengebiet zu verwenden. Auf diese Weise kann die finanzielle Basis für die von den Wissenschaftlern empfohlene Umstrukturierung zur Hebung der Lebensqualität geschaffen werden.

Den 11. Punkt wird sicherlich im Antrag der Sozialistischen Fraktion Gemeinderat Pimsl näher behandeln, er betrifft die Ausarbeitung eines Teilbebauungsplanes für das gesamte Wehrgrabengebiet.

Die SPÖ hätte also Vorschläge für den Menschen, nutzbare Vorschläge, formuliert,

hoffentlich bekennen auch Sie sich dazu. Ich bin leider auf Grund der Aussagen des ÖVP-Parteibeamten von Steyr, Vizebürgermeister Fritsch, im Radio und im Fernsehen nicht mehr in der Lage, diese Anträge in dieser Form zu unterbreiten, denn wenn es zu einem Bau von OKA-Kraftwerken kommt, worüber der Magistrat offiziell keinerlei Nachricht besitzt, sondern lediglich darauf angewiesen ist, auf Pressenachrichten, in denen Kollege Fritsch versichert hat, er wird uns darüber noch am gleichen Tag informieren. Er hat mit der FPÖ darüber gesprochen, mir ist aber kein Mitglied der Sozialistischen Fraktion des Gemeinderates bekannt – auch nicht Vizebürgermeister Schwarz oder ich – welches gestern oder bis zu dieser Stunde eine Information über die Kraftwerksbauten der OKA, wie sie unter der Bürgerschaft des Kollegen Fritsch errichtet werden sollen, durch die ÖVP erhalten hat.

Dazu muß ich, wie gesagt, meine Bedenken insofern äußern, es wäre unter diesen neuen Aspekten, unter diesen völlig veränderten Verhältnissen, geradezu ein Schildbürgerstreich, wenn die OKA bereit ist, in zwei Varianten ihrer Projektion, einmal 260 Mill. S einzusetzen, ein anderes Mal 300 Mill. zu verwenden zum Bau dieser Kraftwerke und hier tiefe einschneidende Maßnahmen im Gebiet des Wehrgrabens Platz greifen. Es wäre also in der heutigen Zeit jeder Schilling bewußt verlorenes Geld, das der Gemeinderat durch einen Beschluß dort investiert.

Ich muß mich daher, so leid es mir tut, von den gemachten Vorschlägen zurückziehen, die dazu angetan gewesen wären, um bei einer einvernehmlichen Vorgangsweise im Sinne der bisherigen Entscheidungen wirklich den Menschen, den Gebäuden, der Landschaft, ein Gesicht zu geben, das im Sinne des Europarates einer echten Stadterneuerung zuzuführen gewesen wäre.

Unter diesem Aspekt, muß ich es beim Vorschlag bewenden lassen. Es wird Gemeinderat Pimpl vorbehalten sein, im Antrag der Sozialistischen Fraktion noch einiges zu bringen. Meine Damen und Herren, wie triste die Situation im Wehrgraben ist, möchte ich an einem Beispiel beleuchten. Das Haus Nr. 19 hat nach dem Personenstandsausweis von 1979 8 Wohnungen ausgewiesen. Noch vorher waren dort lediglich 3 Wohnungen gemeldet. Der Hauseigentümer hat also aus 3 Wohnungen 8 gemacht, ein Vermehrungsbeispiel ohne Gleichen. Das Betrübliche daran, daß in diesem Haus nach der letzten Aufnahme von 25 Ausländern, davon 7 Kindern, bewohnt wird. Jetzt leben dort 20 Ausländer, davon 4 Kinder. Dieses Haus hat in letzter Zeit mehrmals den Besitzer gewechselt, es ist daher unverfroren, zu behaupten, wenn "Retter" des Wehrgrabens behaupten, sie hätten sich gerne dort angesiedelt, wenn sie ein Haus kaufen hätten können. Dieses eine Haus allein ist in den letzten Jahren mehrmals verkauft worden. Damit möchte ich das widerlegen. Ich möchte auch noch hinzufügen, daß ein Unterfertiger, der damalige Schriftführer der Wehrgrabenkommune Heinrich Ebner, der vermutlich auch die Bürgerinitiative unterzeichnet hat seinerzeit für die Zuschüttung war, bevor er – so wie auch andere – das Geld der Gemeinde genommen hat. Gerade von diesem Herrn wurde nunmehr die Anzeige erstattet gegen die unzumutbaren Verhältnisse im Haus Wehrgrabengasse 19. Ob ich will oder nicht, muß ich das sagen und kann auch ein Foto zeigen. Alle im Wehrgraben brauchen menschenwürdige Wohnungen und dieses Bild haben wir am Dienstag bei der Begehung gesehen, es ist das Haus Wehrgrabengasse 19. Wie man sich das in der heutigen Zeit, beim heutigen Umstand, vorstellt, das ist mir unerklärlich. Für mich stellt sich die Frage – und auch für viele andere – was hat mein Kollege, ÖVP-Obmann von Steyr, Vizebürgermeister Fritsch in seiner Funktion als Gesundheitsreferent der Stadt Steyr – er ist es seit Herbst 1979 – jemals unternommen, um diese von uns am Dienstag festgestellten menschenunwürdigen Zustände zu beseitigen, oder Maßnahmen einzuleiten, um diesen Zuständen begegnen zu können?

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Was haben Sie unternommen?

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich möchte auch wissen, ob hier jemals Besuche stattgefunden haben und was dort in der Eigenverantwortung als zuständiges Stadtsenatsmitglied und ressortzuständig bis dato dort gemacht wurde. Man kann sich nicht immer auf den Bürgermeister ausreden, auch dann nicht, wenn man eine auf sich getrimmte Presse zur Verfügung hat, die sich

nicht auf die Sachunterlagen bezieht, die beim Magistrat jederzeit einsehbar gewesen wären. Ich kann auch verstehen, daß hier gerade die Gemeinderäte der FPÖ sich so verhalten haben, denn seit Mai 1980 – also nicht einmal 1 Jahr – ist Gemeinderat Mausz in unserem Gremium und Gemeinderat Eichhübl vertritt seine Partei seit Oktober 1979. Ich bestätige Ihnen hier, Herr Gemeinderat Eichhübl, Sie haben ein außerordentliches Geschick, Ihre Bedeutungslosigkeit bei vielen Anlässen zu unterstreichen.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Herrn Bürgermeister

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Es ist normalerweise

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Herrn Bürgermeister für seinen Bericht.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich werde mich von Euch dauernd beschimpfen lassen!

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich ersuche nun Kollegen Pimsl, den entsprechenden Vorschlag der Sozialistischen Fraktion zu unterbreiten.

GEMEINDERAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Besucher!

Die Sozialistische Gemeinderatsfraktion beschäftigt sich seit langem mit den Problemen des Stadtteiles Wehrgraben, was nicht nur durch Gemeinderatsbeschlüsse aus dem Jahre 1972 und später sondern auch durch eine rege Bautätigkeit der GWG, durch Projektierung eines neuen Bundesschulbaues, durch Einrichtung eines Pensionistenhauses und anderer infrastruktureller Maßnahmen eindeutig zum Ausdruck kommt. Darüberhinaus sind der Bürgermeister und die Personalvertretung der Steyr-Werke, die wiederum teilweise hier im Gemeinderat vertreten ist, bemüht, mit den Eigentümern vieler Projekte im Wehrgraben darüber eine Einigung herbeizuführen, wie und ob durch Neubauten, durch Revitalisierung bestehender Wohneinheiten eine Verbesserung erreicht werden kann. Es ist auch das Anliegen sowohl der Gemeinderäte als auch der Betriebsräte, die dort bestehende Schwimmschule zu erhalten und sie auf einen modernen Stand zu bringen.

Immer stand jedoch im Mittelpunkt aller Entscheidungen das Bemühen, unseren Mitbürgern in diesem Stadtteil bessere und moderne Lebensbedingungen zu bieten. Das war auch ausschließlich der Grund, daß die Sozialistische Fraktion die Initiative ergriff, um auf Grund der Rechts- und Sachlage und nach Vorhandensein der bewilligten Fördermittel des Wasserwirtschaftsfonds ein Sanierungskonzept für den unteren Teil des Wehrgrabens, also für den gefährdeten Bereich, auszuarbeiten, um gleichzeitig auch die Bebauungsrichtlinien für den gesamten Stadtteil, nämlich vom Gsangswasser bis zum Wehrgrabenkanal und von St. Anna bis zur Fa. Hack, festzulegen.

Ungeachtet der vorhandenen rechtlichen und bescheidmäßigen Voraussetzungen, haben in einseitiger Einschätzung von Konzepten verschiedene Einzelpersonen und Gruppierungen, später auch die FPÖ, unter Außerachtlassung amtsbekannter und gemeinderatsbekannter Tatsachen Aktionen eingeleitet, die eine zielstrebige Revitalisierung des Wehrgrabengebietes lediglich an die Frage der Zuschüttung oder Offenlassung des Kanalgerinnes binden. Das ist eine Vereinfachung der Probleme, ausschließlich auf das rinnende Wasser konzentriert.

Als wir, meine Damen und Herren, am vergangenen Dienstag eine Begehung des Wehrgrabens durchführten, war es nicht nur das Anliegen, sich am Gerinne zu delectieren, sondern gleichzeitig uns über den Zustand der Häuser, Brücken, Stege und der Gewer-

beobjekte zu informieren. Es war für mich bestürzend, festzustellen, wie sehr der Zahn der Zeit dort in diesem Gebiet bereits genagt hat. Es war auch sichtbar, daß dort zum Teil noch primitivste sanitäre Zustände herrschen, speziell in den Quartieren, die an Gastarbeiter vermietet wurden, soweit wir das in der Kürze der Zeit sahen und soweit sie uns zugänglich waren. Das wäre sicher ein Anlaß, daß der zuständige Gesundheitsreferent dort sein wachsames Auge hinrichtet. Es war auch bemerkbar und für uns etwas überraschend – speziell für mich – festzustellen, daß Befürworter des Offenhaltens des Wehrgrabenkanales offenbar ihren Blickwinkel auf ein kleines Gebiet gerichtet haben. Sogar Unterschreibende und Unterstützende dieser Wehrgrabenaktion mißbrauchen dieses Gerinne offenbar dazu, um ihre Abfälle aus einem Gewerbebetrieb – ich meine die Firma Mayr – an das Ufer zu tragen mit der festen Absicht, daß das nächste Hochwasser den Schmutz hinunterschwemmt. Sind das jene Wehrgrabenschützer, die nicht ganz uneigennützig darauf abzielen, dieses Gerinne nur deswegen offen zu lassen, um ihren Abfall billig anzubringen? Wir müssen zusehen, daß das in Steyr völlig ungestraft möglich ist.

Die Sozialistische Fraktion hat jedoch den Menschen, dessen Lebens- und Wohnverhältnisse, seinen sanitären und hygienischen Status, seine sozialen Bedürfnisse in den Vordergrund ihrer Überlegungen gestellt. Ein bis in Detailfragen ausgearbeiteter Positivkatalog, dessen Durchführung rechtlich und finanziell abgesichert war, lag zur Beschlußfassung vor. Er wäre von keinen weiteren Projekten, von keinen zusätzlichen Maßnahmen oder allenfalls noch offenen oder, wie im Falle des Landesrates Winetzhammer, versprochenen Subventionen des Landes oder des Bundes abhängig gewesen. Seine Durchführung wäre ausschließlich in den Händen der Stadt Steyr gelegen.

Aus ORF und Zeitungsmeldungen konnte nun die Sozialistische Fraktion entnehmen, daß Vizebürgermeister Fritsch "offiziell" – ich entnehme das der Steyrer Zeitung – ein OKA-Projekt bekannt gab, das der Stadt Steyr keine Mehrkosten, unter Umständen sogar Einsparungen bringen wird, wenn das Gerinne des Wehrgrabens erhalten bleibt. Eine Information des Magistrates Steyr liegt nicht vor, ebenso fehlt zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichtes die von Vizebürgermeister Fritsch angekündigte Verbindungsaufnahme mit der sozialistischen Gemeinderatsfraktion. Den sozialistischen Gemeinderäten war daher eine Überprüfung der zitierten Aussendungen von Vizebürgermeister Fritsch nicht möglich. Sie verschließen sich aber auf keinen Fall diesem von ihm zur Diskussion gebrachten Alternativvorschlag. In dieser neuen, allerdings unübersichtlichen Situation soll es nicht zu Beschlüssen kommen, die unter Umständen Fehlinvestitionen in Millionenhöhe bedeuten könnten. Solche müssen schließlich der gesamte Gemeinderat und nicht nur die ÖVP-Fraktion allein verantworten.

Es bleiben allerdings, meine Damen und Herren und insbesondere meine Damen und Herren der ÖVP, einige Fragen an Ihren Parteiobmann Fritsch offen:

1. Welche landschaftlichen Veränderungen bringen diese beiden Kraftwerke mit ihren Einlauf- und Auslaufbauten mit sich? Welche Liegenschaften und Erholungsflächen werdendadurch reduziert? Wie steht es mit jenen Schrebergartenbesitzern, die heute schon durch diese Bürgerinitiative verunsichert sind und nunmehr durch Ihre Bekanntgabe neuerlich in Unruhe versetzt werden?
2. Um wieviel wird die Wassermenge und dadurch auch das Gerinne des Wehrgrabens nach Errichtung dieser Kraftwerke verringert? Zweifellos wird es nicht mehr der historische Kanal mit seinen vier Zeugstätten, seinem natürlichen Bett, seinen Ufern und seiner normalen Wasserführung sein, wenn laut Presseaussendung von Vizebürgermeister Fritsch nur mehr eine beträchtlich verringerte Wassermenge zur Verfügung steht. Was wird, wenn nur mehr eine Wasserführung von künftig 1/2 m³/sek. anstelle von jetzt ca. 10 m³ durchgelassen werden? Was wird aus dem dortigen Grundwasser werden? Fragen, die wie ich hoffe, Herr Vizebürgermeister Fritsch beantworten wird können.
3. Wer erhält in Zukunft die veränderten Uferstrecken und neuen Sohlstufen in diesem Gerinne? Werden hier auch die privaten Grundanrainer herangezogen?
4. Wo, Herr Vizebürgermeister, kann im Rahmen der Abwasserbeseitigung der Verbands-sammler und die Ortskanalisation verlegt werden? Gerade der Lokalausweis durch den Gemeinderat hat ergeben, wie wichtig und schwierig eine geregelte Abwasserbeseitigung für die Sanierung des unteren Teiles, also des eng verbauten Gebietes des Wehrgrabens, ist.

5. Wird, Herr Vizebürgermeister Fritsch, die OKA rechtzeitig die Wasserrechts-genehmigung vom Landeshauptmann als Wasserrechtsbehörde erhalten? In weiterer Folge, wann werden die neuen Kanalprojekte fertiggestellt und ebenfalls vom Landes-hauptmann als Wasserrechtsbehörde genehmigt sein? Wann erfolgt der Baubeschluß der OKA und wann ist mit der Durchführung dieser Kraftwerksbauten zu rechnen?
6. Werden die jahresweise zugezählten Mittel des Wasserwirtschaftsfonds ausgenützt werden? Wenn sie verfallen, gehen Darlehen zu den günstigen Bedingungen von 1 % Verzinsung bei 50 Halbjahresraten verloren. Was sagen dazu die übrigen Mitglieds-gemeinden des Reinhaltungsverbandes, die mit zur Kasse gebeten werden müssen? Steyr muß nach dieser Vereinbarung 61 %, meine Damen und Herren, der Kosten tragen und sechs weitere Gemeinden werden rund 39 % der Kosten unter sich aufteilen müssen.
7. In welcher Höhe und wann werden die versprochenen Subventionen des Landesrates Winetzhammer zur Verfügung stehen? Diese Summen sind sehr wichtig, da sie zur Entlastung des städtischen Haushaltes beitragen werden, aus dem dafür andere kommunale Vorhaben im Wehrgraben und in den übrigen Stadtteilen finanziert werden können.
8. Können die fast unzumutbaren – Sie konnten sich davon selbst überzeugen – sanitären Zustände in einzelnen Häusern im unmittelbaren Gerinnebereich noch länger verant-wortet werden? Diese Frage richtet sich vorwiegend an den stadträtlichen Gesundheits-referenten Vizebürgermeister Fritsch.
9. Können dringende Brückenreparaturen noch bis zur endgültigen Klärung aller die-ser Fragen hinausgeschoben werden?

Die Sozialistische Fraktion spricht diese Probleme offen aus. Unsere Bevölkerung soll über die Zusammenhänge aufgeklärt werden. Zum Unterschied allerdings ist die Infor-mation durch Vizebürgermeister Fritsch sehr einseitig und lückenhaft gewesen. Nega-tive Auswirkungen durch Hinausschieben einer endgültigen Entscheidung wurden nicht erwähnt. Trotzdem hat sich die Sozialistische Gemeinderatsfraktion entschlossen, um jeden Alternativvorschlag sorgfältig prüfen zu können, einen entsprechenden Gemein-deratsantrag einzubringen, der allerdings Vizebürgermeister Fritsch und seine ÖVP-Gemeinderatsfraktion von der Verantwortung für die Folgen ihres Alternativvorschla-ges nicht enthebt.

Für den übrigen Bereich des Stadtteiles Wehrgraben sollen die bereits vorgesehenen Maßnahmen ungehindert beginnen, um nicht die dringende Revitalisierung außerhalb des Gerinnebereiches noch weiter zu verzögern.

Es ergeht daher der Antrag an den Gemeinderat:

Bau2-6566/76

Wehrgraben – Beschlußfassung über die weitere Vorgangsweise.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die durch rechtskräftige Wasserrechtsbescheide des Landeshauptmannes von Ober-österreich vorgeschriebene und durch Zusicherungen des Wasserwirtschaftsfonds ge-förderte Verlegung des Verbandskanalsammlers im Wehrgrabengerinne, verbunden mit dessen Aufschüttung, wird bis zur Konkretisierung des von der ÖVP-Gemeinderats-fraktion bekanntgegebenen Alternativvorschlages der Errichtung von OKA-Kraftwerken nicht durchgeführt. Der Gemeinderat verlangt jedoch von der diesen Alternativvorschlag vertretenden ÖVP-Gemeinderatsfraktion mit Vizebürgermeister Fritsch an der Spitze, daß sie binnen einer vertretbaren Frist rechtlich verbindliche Unterlagen nachweist. Das sind:

- wasserrechtliche Genehmigungen und Baubeschlüsse für die OKA-Kraftwerke;
- planerische Unterlagen für die Kanalumprojektierung und Genehmigung der neuen Trassen einschließlich Ortskanalisation;
- Abänderung der letztmaligen Löschungsvorkehrungen;
- künftige Erhaltungspflicht am Gerinne;
- Ermittlung der Mehr- oder Minderkosten für die Stadtgemeinde Steyr und den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung;
- Höhe der von Landesrat Winetzhammer versprochenen Subventionen des Landes;
- Zusicherungserklärungen für die in der Zwischenzeit nicht ausnutzbaren Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds auf einen späteren Zeitraum.

2. Der von der Sozialistischen Fraktion geforderte umfassende Teilbebauungsplan für den gesamten Stadtteil Wehrgraben einschließlich Eysnfeld ist sofort zu erarbeiten und so weit in den Grundzügen fertigzustellen, daß mit Ausnahme des Wehrgrabengerinnes und seiner unmittelbaren Umgebung sofort mit der Revitalisierung, vorrangig mit der Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen der Bewohner, begonnen werden kann. Bezüglich des Wehrgrabengerinnes und seiner unmittelbaren Umgebung müssen die grundlegenden Veränderungen, die sich allenfalls aus dem ÖVP-Alternativvorschlag ergeben könnten, bewertet werden.

Für die Ausarbeitung dieses umfassenden Teilbebauungsplanes sind die vorhandenen wissenschaftlichen Studien und Modellösungen im Rahmen der praktischen und finanziellen Möglichkeiten zu berücksichtigen.

3. In dem unter Punkt 2 erwähnten Gebiet ist nach Auffassung der Sozialistischen Gemeinderatsfraktion unverzüglich mit der Revitalisierung zu beginnen. Dazu zählt:

- die Errichtung stadtteilgerechter Neubauten unter Beachtung eines erhöhten Hochwasserschutzes;
- Erhaltung und Neuplanung verkehrsarmer Zonen mit Grünanlagen und Erholungsräumen;
- Bau von Fußwanderwegen;
- Verbesserung der Lebens- und Sanitärsituation in den bestehenden Altbauten in Zusammenarbeit mit den Eigentümern und Mietern und
- Ausgestaltung der kommunalen Infrastruktur;
- Wünsche zur Ansiedlung von Geschäften des täglichen Bedarfs und umweltfreundlicher Gewerbebetriebe sind zu berücksichtigen.

4. Zur Verwirklichung von vollziehbaren Gemeinderatsbeschlüssen ist nach dem Statut die Anwesenheit der Hälfte aller Gemeinderatsmitglieder notwendig. Die ÖVP-Fraktion muß daran erinnert werden, daß sie zur Erledigung von Alternativvorschlägen stets die Mitwirkung anderer Fraktionen, insbesondere der Sozialistischen Gemeinderatsfraktion, benötigt. Dieser daher unbedingt notwendigen, konstruktiven Zusammenarbeit im Gemeinderat entspricht es nicht, wenn Alternativvorschläge lediglich in den Massenmedien, ohne die anderen Fraktionen entsprechend zu verständigen, bekanntgegeben werden. Die ÖVP-Fraktion wird daher auch aufgefordert, den Steyrer Gemeinderat über den Erfolg ihrer Bemühungen nach Punkt 1 dieses Gemeinderatsbeschlusses auf dem laufenden zu halten.

5. Die Sozialistische Fraktion eröffnet mit diesem Antrag, der zur Beschlußfassung steht, die realistische Verwirklichung jener Ziele, die im Sinne der "Europäischen Kampagne zur Stadterneuerung", einer Organisation des Europarates, liegen; dieser Europarat warnt eindringlich davor, Museumsstädte zu schaffen, sondern stellt diese Kampagne unter den Titel "Städte zum Leben".

Meine Damen und Herren, ich darf Sie aus Überzeugung bitten, diesen von der Sozialistischen Fraktion eingebrachten Antrag nicht nur zu unterstützen, sondern ihn auch zu beschließen. Ich danke.

Applaus.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch Kollegen Pimsl recht herzlich für seinen Vortrag und Bericht. Als erster Redner hat sich Kollege Fritsch zu Wort gemeldet. Bevor ich ihm aber das Wort erteile, darf ich auf allgemeinen Wunsch die Sitzung bis 17.45 Uhr unterbrechen.

Pause von 17.20 - 17.45 Uhr.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, nach dieser für alle sicher erholsamen Pause, setzen wir unsere Beratungen fort. Als erster Diskussionsredner hat sich Kollege Fritsch gemeldet und ich erteile ihm das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Werte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Die heutige Sitzung ist von einer für unsere Stadt schwerwiegenden Thematik und umfassenden Problematik. Wir stehen nicht an, daß nur eine umfassende Diskussion, von Emotionen frei, und waren auch der Meinung, so wie es Kollege Schwarz in seinem Vorwort sagte, frei von persönlichen Angriffen und auf sachlicher Basis sich bewegen soll und auch zweckvoll erschiene. Meine Fraktion wird oder würde sich danach halten, wenn nicht von Herrn Bürgermeister Weiss der Startschuß zu einigen persönlichen Bemerkungen gegeben wurde.

Sie werden mir heute sicher etwas mehr Zeit einräumen für meine Stellungnahme, daher darf ich gleich mit dem Anfang beginnen. Kein Problem der Jetztzeit beriet unsere Bevölkerung mehr, ebenso weite Kreise Oberösterreichs, ja sogar Österreichs, stärker als jenes des Wehrgrabens und dessen weiteres Schicksal. Im Vordergrund aller Überlegungen, meine Damen und Herren, hat, glaube ich, – das ist unbestritten – und darüber erübrigt sich jede Diskussion – hat die Kanalisierung dieses Gebietes, sowie die Verlegung des Hauptsammlers zu stehen. Über das Wie aber haben sich die Meinungen und die Ansichten seit dem Jahre 1972 grundlegend geändert. Weite Kreise der Bevölkerung, Fachleute auf historischem, künstlerischem, technischem und städteplanerischem Gebiet, aber auch viele Gemeinderäte, und da kann ich ohne weiteres sagen aller Fraktionen, hegen gegen die Verlegung der Kanalstränge unter Zuschüttung der Gerinne ernste Bedenken. Dies nicht erst seit der letzten Zeit, sondern schon seit langem. Das war auch mit ein Grund – und sind wir ehrlich, meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat, – den Forschungsauftrag zu vergeben. Er wurde nämlich letztlich unter dem Gedanken erteilt, einen Ausweg aus dem Dilemma B eschluß Verrohrung und Einsicht und Meinungsumschwung aus der Jetztzeit zu finden, und um uns damit einen "Stein der Weisen" in die Hand zu geben. Das Ergebnis ist zumindest allen Gemeinderäten bekannt. Eine allerdings zu kurze Informationssitzung mit den beiden Wissenschaftlern Semsroth/Sackmayer hat stattgefunden. Hierbei zeigte sich erstmals, daß zur Causa Wehrgraben vorgefaßte Meinungen, insbesondere die des Herrn Bürgermeisters, bestehen. Meinungen, die scheinbar keinen Gesprächs- bzw. Verhandlungsspielraum mehr zulassen. Ich darf hier festhalten, daß sich die Österr. Volkspartei, wenn auch nicht vollinhaltlich, aber doch in den wesentlichsten Grundzügen, mit dem Ergebnis des Forschungsauftrages identifiziert. Insbesondere was den Gehalt und Erhalt der Gerinne und den Wohn- und Lebenswert des Wassers betrifft. Das sind unter anderem auch Maximen dieser Studien. Eine Information aber über diese Studie für alle interessierten Kreise ist bis dato nicht erfolgt. Keine umfassende Mitteilung im Bezug auf die Informationspflicht, die uns ja bekanntlich von unserem eigenen Statut auferlegt ist, ist erfolgt. Ich zitiere aus § 63 c unseres Statutes. Plant die Stadt im eigenen Wirkungsbereich oder plant eine wirtschaftliche Unternehmung im Sinne des § 58 die Durchführung eines Vorhabens, durch das, wegen seines Umfanges, wegen seiner Art, wegen des dafür notwendigen finanziellen Aufwandes oder aus anderen Gründen Interessen der Gemeindemitglieder im allgemeinen, oder Interessen eines bestimmten Teiles der Gemeindemitglieder besonders berührt würden, so hat die Stadt, insoweit dem nicht gesetzliche Verschwiegenheitspflichten oder die für die Durchführung des betreffenden Vorhabens maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften entgegenstehen oder aus sonstigen Gründen eine Geheimhaltung geboten ist, die Gemeindemitglieder bzw. den in Betracht kommenden Teil der Gemeindemitglieder über das Vorhaben ausreichend und zeitgerecht, möglichst noch im Planungsstadium, zu informieren.

Meine Damen und Herren, es ist Tatsache, daß der interessierte Teil der Bevölkerung über dieses die Gemeinde betreffende und von ihr initiierte Vorhaben nicht ausreichend, nicht zeitgerecht, informiert wurde. Nur die Mitglieder des Gemeinderates, die mit der Problematik seit langem beschäftigten Beamten und die Presse wurden zum Teil einer Information unterzogen. Der Gemeindegänger, so glaube ich, hat aber ein Anrecht, von seinem obersten Organ – in dem Fall ist das der Gemeinderat – die entsprechenden Kenntnisse rechtzeitig über dieses breite Problem zu bekommen. Es wäre also unbedingt vonnöten, eine entsprechende Podiumsdiskussion vor der Beschlußfassung mit international anerkannten Städteplanern, im Bezug auf die breite öffentliche Wirksamkeit dieser Diskussion, in die Wege zu leiten. Es ist vermessen, – und ich sage es geht an die Grenze des

Größenwahns, - zu glauben, daß 36 Gemeinderäte, wenn sie auch durch das Vertrauen der Bevölkerung in dieses Gremium entsandt wurden, über ein solches, die ganze Stadt Steyr und darüber hinaus, weittragendes Problem alleine und vielleicht sogar auch übereilt entscheiden können.

Nun darf ich mich mit einigen Gedanken beschäftigen. Die Sache Wehrgraben geht zurück zumindestens, was Beschlüsse anbelangt, in das Jahr 1972. Es ist aber bis zum Jahre 1980, wenn wir ganz ehrlich sind, kaum etwas an die Öffentlichkeit gedrungen, kaum etwas geschehen. Es werden unter Garantie wieder Kollegen der Sozialistischen Fraktion mir vorhalten, daß dort oder da folgende Schlüsse, ex 1972, gefaßt wurden. Es ist aber auch unbestreitbar, daß - auch das wird mir vorgehalten werden - der Wasserwirtschaftsfonds uns nicht früher Geld in Anspruch nehmen ließ, und wir daher die gesetzten Vorhaben nicht zu realisieren beginnen konnten. Wenn ich sage Wasserwirtschaftsfonds und Gelder, dann komme ich gleich auf ein Problem zu sprechen, meine geschätzten Damen und Herren. Wer hat von Ihnen als Gemeinderat bis vor Aussendung der Unterlagen zu dieser außerordentlichen Sitzung eine ungefähre Kostenschätzung überhaupt gewußt? Der Beweis dafür liegt am Datum des zur Verfügung gestellten Berichtes seitens des Bauamtes. Das heißt also, man hat erst dann, als der Zug zu fahren begann, versucht, eine Kostenschätzung überhaupt in die Wege zu leiten. Jetzt komme ich gleich auf die Kosten. Herr Bürgermeister Weiss hat in seinem Vortrag entsprechende Zahlen genannt. Zahlen, die uns sagen, daß die Kanalverlegung unter Zuschüttung des Gerinnes rund 30 - 40 Mill. Schilling kosten werden. Zahlen, die weiters sagen, daß die Kanalisation unter Offenhaltung des Gerinnes 60 - 70 Mill. S ausmachen wird. Gleichzeitig treten Baumaßnahmen für Brücken in einer Größenordnung von rund 16 Mill. Schilling auf. Das sind Summen des Bauamtes. Ich stehe aber nicht an zu erklären, daß erstens einmal die Kosten nicht von heute auf morgen, sondern verteilt auf einen wesentlich längeren Zeitraum anfallen werden. Ich stehe auch nicht an zu erklären, daß man in der heutigen, materialistisch eingestellten Zeit, sich nicht einzig und allein an Geld, an Kosten zu orientieren hat, sondern daß es, glaube ich, für eine Stadt in der Bedeutung Steyrs, die voriges Jahr mit Prunk und Pomp - wir haben alle dafür gestimmt - ihr tausendjähriges Bestehen feierte, daß für diese tausendjährige Stadt und die Erhaltung eines für diese Stadt so charakteristischen Stadtteiles unbedingt finanzielle Mittel eingesetzt werden müßten, die der Größenordnung der geschichtlichen Tat, die man begehren würde, auch adäquat wären. Bedenken Sie, meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat, daß im Wehrgraben rund 500 Jahre lang der kulturelle, der technische, der finanzielle Aufschwung unserer Stadt daheim war und von dort ausgegangen ist. Es ist, glaube ich, eine Verpflichtung für uns als Vertreter dieser Stadt, auch jene Bereiche zu erhalten, die derzeit, wirtschaftlich gesehen, sicherlich nicht unbedingt den Stadtsäckel füllen könnten. Man hat nicht nur eine Verpflichtung der Zukunft, sondern man hat auch eine Verpflichtung der Vergangenheit gegenüber. Der, glaube ich, könnten wir uns doch nicht entziehen.

Ich komme aber jetzt noch zu etwas. Nachdem es sich um Größenordnungen handelt, die auch auf mehrere Jahre verteilt, den Stadtsäckel sicherlich belasten, hätte meine Fraktion auch einen Bedeckungsvorschlag dahingehend, daß der im Budgetrahmen auch vorgesehene Beginn der Hundsrabenumfahrung, wenn auch schweren Herzens, kostenmäßig umgewidmet werden könnte für den Wehrgraben. Auf der einen Seite, meine Damen und Herren, - ich weiß nicht, wie sich die Sozialistische Fraktion diesbezüglich entschieden hat, - würden wir 53 - 83 Mill. Schilling für einen Verkehrsbau ausgeben, der sicherlich vonnöten ist, der aber aus der Sicht meiner Fraktion zurückzureihen wäre im Bezug auf die Erhaltung eines historischen Gebietes in unserer Stadt. Sicherlich scheiden sich über die Prioritäten der einzelnen Fakten die Geister. Sicherlich ist heute schon mehrmals von der Gemeinsamkeit gesprochen worden, ich habe bis jetzt dieses gemeinsame Vorgehen nicht unbedingt feststellen können.

Ich beginne beim Beginn der heutigen Sitzung, der mit zwei Initiativanträgen eingeleitet wurde, ich beginne weiters mit der Aufzählung des Maßnahmenkataloges im Bezug auf den Wehrgraben, den Herr Bürgermeister Weiss gebracht hat. Ich fahre weiter fort im Bezug auf weitere Anträge. Jetzt muß ich zu etwas Stellung nehmen, meine Damen und Herren, die wir aus dem Gemeinderatsjahr 1972 noch stammen, das mich zutiefst betroffen hat. Ein Wort des Herrn Bürgermeisters in der letzten Gemeinderatsitzung bei

der Abwicklung der Aktuellen Stunde, als er jene Gemeinderäte, die den Beschluß des Jahres 1972 jetzt aus geänderten Situation nicht unbedingt vertreten zu müssen glauben, des Meineides geziehen hat. Herr Bürgermeister, ein solches Wort, offen ausgesprochen, kann nur erfolgt sein dann, wenn man die Bedeutung dieses Wortes nicht erkannt hat und die Tragweite dieser Erklärung. Wir wissen, daß das ein kriminelles Delikt ist. Leichtfertig hingesprochene Worte, Herr Bürgermeister, sind nicht dazu angetan, das Verständnis, so es immer wieder erheischt wird, dort oder da zu finden. Damit aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, Sie des Meineides entbunden werden, gestatte ich mir, Ihnen namens meiner Fraktion – mit den entsprechenden Unterschriften versehen – folgenden Abänderungsantrag zu stellen zum Antrag, der heute hier vom Kollegen Pimsl dargelegt wurde. Der Abänderungsantrag hat folgenden Wortlaut:

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 17. 2. 1972, ÖAG-3104/71 wird in allen seinen Bestimmungen infolge geänderter Verhältnisse aufgehoben.
2. Der Magistrat wird beauftragt, alle jene rechtlichen Schritte einzuleiten, welche die Kanalisation unter Beibehaltung der Wehrgrabengerinne ermöglichen.
3. Mit dem Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung als Wasserberechtigten ist ehestens Fühlung aufzunehmen, um über die Wasserrechtsbehörde eine Abänderung der ergangenen bescheidmäßigen Bewilligung zu erreichen.

Ich bitte Sie, diesen Antrag in Ihre Beratungen, in Ihre Diskussionen einzubeziehen, ich bitte Sie auch, diesem Antrag beizutreten.

Damit schaffen wir rechtlich in diesem Bereich eine neue Grundlage, auf der wir dann aufbauen können. Ich darf auch den Antrag, wie es ordnungsgemäß vorgesehen ist, dem Herrn Vorsitzenden überreichen.

Nun, meine Damen und Herren, gäbe es sehr viel, für verschiedene andere Dinge vorgesehen, zu sagen. Ich beziehe mich auch auf einen Teil der der Aussendung beigefügten Amtsberichte, Anträge rechtlicher Natur. Nur können sich auch Bürgermeister irren, das stelle ich hiemit fest, daß laut Protokoll von 1972 Kollege Sablik, wie in Deinem Vortrag, Herr Bürgermeister, angeführt, nicht dabei war. Laut Protokoll hat Kollege Sablik diese Sitzung vor Beschlußfassung verlassen.

GEMEINDERAT ERICH SABLIK:

Ich fühle mich aber genau so mitbeteiligt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ist in Ordnung, aber ich bin immer für Genauigkeit, daher erwähne ich das. Das war ein spaßiger Detailbeitrag, ich verweise aber bitte darauf, daß in verschiedenen wasserrechtlichen Verordnungen und Beschlüssen es heißt, daß die Stadtgemeinde Steyr allenfalls die Gerinne zuzuschütten beabsichtigt. Wer das Wort allenfalls auslegen kann wird daraufkommen, daß sowohl als auch damit in Verbindung steht. Jetzt komme ich zu etwas anderem und das sind zuerst die finanziellen Belange. Gehen wir, meine Damen und Herren, von der Voraussetzung aus, daß die Gerinne, wie es der Wunsch der Bevölkerung ist, – ich habe bisher keine negativen Äußerungen gehört – offen gehalten werden. Das würde also laut Bauamtsschätzungen rund 30 Mill. Mehrkosten verursachen. Die Brückenbauten, das sagte ich schon vorhin, sind mit 16 Mill. einzusetzen. Da beginnt es bereits. Wieso sind die Brücken nach wie vor noch in diesem Zustand? Hat man sie bereits absichtlich im Bezug auf die Beschlüsse aus vorhergehender Zeit nicht mehr renoviert? Hat man also damit begonnen, eine entsprechend sicherlich realistische Zahl dafür einzusetzen. Ich gehe aber noch weiter, ich müßte auch sagen, daß es der Stadt Steyr auch wert sein müßte, ein geschichtlich so bedeutsames Areal wie den Wehrgraben, wie es als europaweites Unikat von den Fachleuten bezeichnet wird, auch mit entsprechenden Kosten zu erhalten. Wir haben auch unsere Möglichkeiten, bei der Fassadenaktion, bei der Renovierung unserer Bauten für das Jahr 1980 ausgenützt. Nützen wir das bitte auch aus. Das ist kein Wunsch einer Partei, Herr Bürgermeister, das ist kein Wunsch parteipolitischer Denkweise, sondern das ist ein Wunsch, den alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, mit Ausnahme der Sozialistischen, bis jetzt vertreten.

Es wird mir sicher niemand nachsagen können, daß man parteipolitisch konform geht mit den völlig konträren Parteivertretern. Aber hier ist die Denkweise im Sinne der Stadt Steyr, im Sinne ihrer historischen Gegebenheiten, glaube ich doch auf die Priorität zu beziehen.

Nun habe ich doch einige Stellungnahmen einstweilen zum vom Kollegen Pimsl vorgebrachten Antrag abzugeben, wobei ich sicherlich auch die Ausführungen des Herrn Bürgermeister Weiss darin inkludiere.

Ich gehe zuerst einmal von einem Faktum aus, betreffend des OKA-Vorhabens. Ich verstehe die künstliche Erregung der Sozialistischen Fraktion, warum? Weil fast zugleich, wie die ÖVP über dieses OKA-Vorhaben, auch der Herr Bürgermeister von ein und demselben Mann in der gleichen umfassenden, dieses Projekt betreffenden Art und Weise, informiert wurde. Ich mache aufmerksam, daß zum Beispiel aus dem Beitrag vorhin von Herrn Bürgermeister Weiss aber dann auch von Kollegen Pimsl Zahlen genannt wurden, die in keiner Presseaussendung, die keinesfalls im Rundfunk geäußert wurden. Das heißt also, der Beweis erbracht ist, daß die Sozialistische Fraktion zumindestens durch den Bürgermeister die gleiche Information erhalten hat. Ich habe diese meine Informationen, die kurzfristigst kamen, mit meinen Kollegen besprochen. Ich habe sie ihnen mitgeteilt, in der Annahme, daß dies Herr Bürgermeister Weiss bei seiner Fraktion ebenso tut. Wenn er dies nicht getan hat, dann ist das nicht Schuld von mir, nicht Schuld meiner Fraktion, sondern die Beweggründe liegen bei ihm. Dieses OKA-Projekt, auf das ich nur kurz eingehe – ich bin nicht Vertreter der OKA, im Vergleich zum Bürgermeister, der auch Vertreter der Ennskraftwerke ist, sondern ich bin in dem Fall nur Mitglied des Gemeinderates und spreche daher auch unabhängig. Dieses Projekt der OKA wurde schon vor gut einem Jahr – so wie es mir gesagt wurde – ausgearbeitet und jetzt vor kurzem neu überarbeitet, und sieht die Nutzung der Steyr im mittelbaren Bereich des Wehrgrabens zu Kraftwerksbauten vor. Ersparen Sie mir technische Details, ich bin dazu kein Fachmann, ich könnte nur Zahlen wiedergeben, die ich auf Grund meiner wenigen technischen Kenntnisse auf diesem Gebiet nicht beweisen kann. Das Wasser der OKA, das Restwasser, würde nach Aussagen derer Fachleute und Plan- bzw. Projektverfasser völlig ausreichen, um den Wehrgraben mit der genau der gleichen Breite, mit genau der gleichen Wassertiefe so wie bisher, nur mit reduzierter Fließgeschwindigkeit versehen, füllen. Jetzt gehe ich gleich auf etwas ein. Wenn der Wehrgraben so verschmutzt ist, wie er jetzt immer wieder geschildert wurde, dann ist das nicht unbedingt die Schuld der Wehrgrabenleute alleine, dann ist es nicht unbedingt die Schuld, daß wir dort noch keinen Kanal haben, da kann die Schuld unter Umständen woanders zu suchen sein, daß man eben mit der Abfuhr des Sperrmülls dort unter Umständen etwas säumig war. Wenn aber nun die OKA diese Restwassermenge abgäbe, wäre auch laut Aussage der Techniker, die Kanalverlegung in das Gerinnebett möglich, so wie es ja geplant ist, aber nach der Verlegung der Kanalstränge würde wiederum das Wasser darüber fließen. Jetzt komme ich gleich auf den Begriff Kostenersparnis zu sprechen. Die Kostenersparnis sehe ich darin, daß – das sehe ich aus der Sicht meiner Fraktion, der Österr. Volkspartei – ich die Ersparung der Kanalverlegung beiderseits des Gerinnes, so wie von uns gefordert, nicht durchführen muß, ich daher also Mehrkosten im Bezug auf diese unsere Pläne von 30 Mill. einsparen könnte. Daß weiters – Herr Bürgermeister, da muß ich fast lachen – der Herr Landesrat Winetzhammer als Subventionsgeber angesprochen wurde. Er hat Ihnen ja, Herr Bürgermeister, geschrieben, aber ich habe noch nie gehört, daß gleich von vornherein, ob das von Herrn Landesrat Reichl, von Landeshauptmann-Stellvertreter Hartl usw. ist, sofort die entsprechenden Subventionssummen genannt werden. Normalerweise ist es so, die Vertreter der kulturellen, der sportlichen Vereinigungen hier im Gemeinderat werden das wissen, daß ich zuerst einmal mein Vorhaben deklariere, daß ich zuerst einmal die entsprechenden Kostenermittlungen betreibe, und dann erst ist die Subventionshöhe festzulegen. Nicht aber umgekehrt. Man zäumt sicherlich das Subventionspferd wunschgemäß vom Schwanz auf.

Eine weitere Überlegung nun, meine Damen und Herren, zu diesem Ihrem Antrag. Ich will nicht auf alles eingehen. Die Art und Weise, wie man heute etwas umzufunktionieren beginnt, und jetzt das "Bummer!", wenn ich es so nennen möchte, jemandem anderen zuspielen will, ist frapierend. Es sind hier in diesen Ihren Forderungen Dinge bein-

haltet, die keiner hier herinnen sagen kann. Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, daß ich den Aufsichtsratspräsidenten der Ennskraftwerke fragen könnte, welche landschaftlichen Veränderungen würden sich unter Umständen durch die eventuelle Ausleitung des Steyrwassers ergeben? Er würde mir dafür keine Antwort geben können. Sie verlangen das von mir? Bin ich, meine Damen und Herren, der OKA-Fachmann? Ist es einer aus dem Bereiche der Beamtenschaft? Ist es der Herr Magistratsdirektor? Da müssen Sie sicherlich jene befragen, ich habe auch der Vollständigkeit halber in der Aufzählung nicht den Herrn Magistratsdirektor zu erwähnen vergessen.

Meine Damen und Herren noch etwas. Unzumutbare sanitäre Zustände im Bereich des Wehrgrabengerinnes, das kann nicht länger verantwortet werden. Das ging an mich als Gesundheitsreferent. Meine Damen und Herren, wer hat den Gesundheitsreferenten, meinen Vorgänger, Stadtrat Fürst einmal darum gefragt. Meine Damen und Herren, wissen Sie, daß bis jetzt noch, obwohl im Jahre 1979 beschlossen, es keine Geschäftsverteilung für den Stadtsenat gibt? Jetzt auf einmal wird die Verantwortlichkeit herausgespielt. Da gehe ich aber gleich weiter, denn wenn ich angeschossen werde, dann schieße ich zurück. Es ist vor kurzem im Bereich des Wehrgrabens in jenem Haus, das vorhin so drastisch geschildert und beschrieben wurde, ein Kanal übergeflossen. Drücken wir es sehr vorsichtig aus. Es war kein schönes Bild, weder von der visuellen als auch von der geruchsintensiven Seite her. Wer hat denn von den dafür Verantwortlichen, in dem Fall muß ich sagen diejenigen, die es festgestellt haben, den Gesundheitsreferenten informiert. Wo ist bitte da die Informationspflicht laut Statut?. Auf der einen Seite soll man für etwas verantwortlich sein und auf der anderen Seite weiß man nicht einmal etwas davon. Da finde ich, ist das Argument an den Haaren herbeigezogen.

Noch ein Hinweis, Herr Kollege Pimsl, es ist natürlich auch die Frage gegangen im Bezug auf das Grundwasser bei Veränderungen. Ist untersucht worden, wie die Veränderung des Grundwasserspiegels sich ergeben würde, wenn, so wie geplant, der ganze Wehrgraben zugeschüttet werden würde? Sind diesbezüglich Aussagen da, sind da konkrete Fakten da?

Jetzt, meine Damen und Herren, ich nehme einstweilen zu diesem Antrag noch keine Stellung in genauerer Form. Das werden Mitglieder meiner Fraktion tun. Eines, glaube ich, ist doch wesentlich. Abgesehen von jeder parteipolitischen Überlegung ist es doch eine unabdingbare Notwendigkeit, sich mit dem Problem dort eingehend zu beschäftigen. Eingehend aber nicht wie ich schon anfangs einmal sagte, nur im Kreise des Gemeinderates, sondern im Kreise der gesamten interessierten Bevölkerung unserer Stadt. Um wirklich ein klares Bild über die Meinung der Steyrer zu diesem Problem zu erhalten, bitte ich Sie, folgendes in Ihre Beschlußfassung positiv einzubauen:

Um die Entscheidung über das künftige Schicksal des Wehrgrabens auf eine breite demokratische Willensäußerung zu stellen und die Mitentscheidung aller Steyrer Wahlberechtigten zu ermöglichen, stellen die Unterzeichneten gemäß § 7 GOG nachstehenden Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Über das künftige Schicksal des Wehrgrabens ist gemäß § 63 a Abs. 1 Stadtstatut eine Volksbefragung durchzuführen.
2. Entsprechend § 63 a Abs. 3 des Stadtstatutes wird der 26. 4. 1981 als Tag der Volksbefragung festgesetzt.
3. Als Gegenstand der Volksbefragung wird gemäß § 63 a Abs. 4 des Stadtstatutes festgelegt: "Soll die unbedingt notwendige Kanalisierung des Wehrgrabengebietes unter Erhaltung der derzeitigen Gerinne erfolgen?"

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß damit nicht ein Abwälzen der Verantwortung auf die Bevölkerung, sondern ein echtes Mitredenkönnen im Sinne einer direkten Demokratie gewährleistet wäre. Ich bitte Sie, diesem Antrag auf Volksbefragung beitreten zu wollen. Dann beweist man, daß das demokratische Empfinden nicht unbedingt nur von mancher Seite aus gesehen als Lippenbekenntnis zu werten wäre.

Ich darf auch noch eine Erläuterung hinzufügen, daß das Statut gewisse Fristen für ein Volksbefragen vorsieht. Ich bin aber überzeugt davon, daß bei einer positiven Grundtendenz auf Grund von Gegebenheiten, stadtinterner, magistratsinterner Natur über den Zeitpunkt man reden wird können, aber eine Entscheidung, meine Damen und Herren,

was mit dem Gerinne passiert, was mit dem Charakter dieses für uns Steyrer bedeuten Stadtteiles geschieht, wie es verändert wird, ob dort Wohnstraßen, ob dort, wie ich hörte, Aulandschaften etabliert werden. Eine solche Entscheidung kann man nicht ad hoc fällen und kann man nicht ad hoc treffen. Auch keinesfalls im Bezug auf alle jene Äußerungen, die im Maßnahmenkatalog, von Bürgermeister Weiss dargelegt, zur Beschlußfassung kommen. Es ist unmöglich, daß man mit einer solchen großen Fülle von Ideen wird sofort eine Entscheidung in dieser oder jener Richtung fällt. Hier ist wieder etwas, was ich anprangere. Einen Überraschungseffekt in einer Sache, die angeblich uns alle angeht. Auf der einen Seite ruft man um Gemeinsamkeit, auf der anderen Seite setzt man Fakten, die diese Gemeinsamkeit a priori nicht ermöglichen.

GEMEINDERAT ERWIN SCHUSTER:

Was ist denn gestern in der Zeitung gestanden!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Es freut mich, Kollege Schuster, daß Sie ab und zu auch Zeitung lesen, ich habe schon einmal darüber gesprochen. Gestern war ja Fraktionssitzung der SPÖ, das habe ich übersehen bzw. vergessen.

Nun, meine Damen und Herren, stehe ich immer noch zu der Überzeugung, daß ein starres Festhalten an einer vorgefaßten Meinung nicht unbedingt dem Zweck, dem man dienen möchte, entgegen kommt. Sondern nur ein Überlegen, wie wir gemeinsam diese Problematik lösen, wäre zielführend dann, wenn Ehrlichkeit und dann, wenn Weitsichtigkeit in zukunftsorientierter Form uns zueinander bringt. Beschlüsse über ein Geschehnis und über eine Veränderung auf Jahrhunderte in unserer Stadt hinaus mögen nicht leichtfertig gefaßt werden. Eine Maxime aus unserer Sicht müßte uns bewegen, der Wille dazu, in diesem Wehrgraben jenen Zustand zu erhalten – da spreche ich ausdrücklich nur von der Erhaltung des Wassers – wie ihn sich die Steyrer wünschen. Die gesamten Revitalisierungsmaßnahmen, die heute hier erklärt worden sind, sind gemeinsame Forderungen aller Fraktionen hier im Gemeinderat. Wir wollen mit der Erklärung, daß etwas geschehen muß, auch endlich einmal dort beginnen. Das ist ja nicht heute auf einmal geboren. Verfallen sind nicht die Häuser von heute auf morgen, sie werden auch nicht renoviert, sie werden nicht revitalisiert, sie werden nicht mit modernen Wohnungen ausgestattet dann, wenn Sie den Beschluß auf Zuschüttung des Gerinnes fassen. Das ist ein Faktum, das parallel läuft neben Kanalisation einerseits bzw. Gerinneerhaltung andererseits. Aber gleichzeitig ist damit über die Revitalisierung noch nichts zum Ausdruck gebracht.

Schauen Sie, meine Damen und Herren, die heutige Sitzung beweist aber auch, daß das Interesse an der Problematik, aber auch an der Arbeit des Gemeinderates, an der Meinungs- und Willensfindung, den Ideen dokumentiert wird. Versuchen wir doch wirklich, gemeinsame Überlegungen zu fassen. Einer der Ausgangspunkte wäre es, zumindest einen neuen Start zu ermöglichen, die Annahme unseres Antrages, unseres Abänderungsantrages. Dann hätten wir die Möglichkeit, ohne jeden Zeitdruck, ohne Hektik, ohne Parteipolitik, ohne Taktieren, wirklich etwas zu schaffen, was eigentlich unserer Bevölkerung dort vorschwebt. Der Dienstag, an dem wir unten waren, der schöne Tag, war fast ein Symbol dafür, daß für den Wehrgraben auch neues Leben und dementsprechend gutes Leben initiiert werden möge. Lassen wir uns bitte davon in unseren Überlegungen leiten. (BEILAGEN A und B)

Applaus

VI ZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Beitrag. Gleichzeitig darf ich feststellen, daß der Abänderungsantrag ordnungsgemäß eingebracht wurde und mit der nötigen Zahl von Unterschriften versehen ist. Dieser wird in die Debatte mit einbezogen und bitte Sie, das bei Ihren Darstellungen zu berücksichtigen.

Zum zweiten Antrag bezüglich einer Volksbefragung muß ich als Vorsitzender feststellen, daß die Behandlung dieses Antrages in der heutigen Sitzung nicht möglich ist, weil behördliche Entscheidungen und Verordnungen nicht Grundlage einer Volksbefragung sein dürfen, laut § 63 a, Abs. 2 unseres Statutes. Es ist also nicht möglich, über einen Wasserrechtsbescheid, den wir zu vollziehen haben – das ist ein Gesetzesauftrag – eine Volksbefragung durchzuführen. Ich bitte Sie also, diesen Antrag in dieser Form als nicht eingebracht zu betrachten. Nun zur weiteren Rednerliste. Nächster Sprecher ist Herr Gemeinderat Mausz, dann Tremel, Zagler, Sablik, Wallner, Feuerhuber und Eichhübl. Das ist die Rednerliste, die ich bis jetzt vermerken durfte. Ich bitte nun Kollegen Mausz.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Geschätzte Damen und Herren, ich habe mich sehr gefreut, als Vizebürgermeister Schwarz die Einleitung las mit der Bemerkung, daß alles sachlich sein soll, und um der Sache willen man persönliche Angriffe nicht starten bzw. unterlassen sollte. Umsomehr hat es mich gewundert, daß der Herr Bürgermeister gerade auf uns losgegangen ist, nämlich persönlich, wo wir bis jetzt in keiner Sitzung ihn persönlich verleumdet haben, in keiner Aktion der Bürgerinitiative persönlich unsachlich angegriffen haben und uns wird die Berechtigung abgesprochen – vor allem mir, weil ich erst seit Mai vorigen Jahres im Gemeinderat bin – die Interessen der Bevölkerung als gewählter Mandatar zu vertreten. Der Bevölkerung dürfte man überhaupt dann nichts mehr zutrauen oder zu reden geben, weil sie gar nicht im Gemeinderat vertreten ist. Das Unqualifizierteste, so glaube ich, war die Bemerkung über meinen Kollegen und dessen Unbedeutlichkeit. Jeder kann nicht Bürgermeister werden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Da gebe ich Ihnen recht!

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Ich werde mich auch in Zukunft nicht hinreißen lassen, gegen Sie, Herr Bürgermeister, persönlich zu werden, auch nicht in Sachen Wehrgraben. Dazu sind wir eigentlich zu vornehm. Außerdem wollen wir Ihnen nicht alles in die Schuhe schieben, Herr Bürgermeister, denn Sie verabschieden sich in dieser Legislaturperiode und dann können Ihre Kollegen alles auf Sie schieben. Das wollen wir wirklich nicht. Daher wird immer die ganze Fraktion verantwortlich gemacht. Das war der unsachliche Teil, zu dem ich gezwungen wurde.

Jetzt kommt der sachliche Teil. Heute sollte eigentlich das Schicksal eines uns lieb gewordenen, 500jährigen Stadtteiles, entschieden werden. Aber durch einen Vorschlag der Österr. Volkspartei wurde das Programm der Sozialistischen Fraktion für heute etwas gestört. Das Schicksal des Wehrgrabens wird dadurch oder die Entscheidung über das Schicksal des Wehrgrabens wird für uns Bürgerinitiativler dadurch noch hinausgeschoben. Der Wehrgraben als Ursprung des Metallhandwerkes in Steyr stellt heute eine unvergleichliche historische Rarität dar. Die Zuschüttung würde das Typische, nämlich den engen Bezug zwischen Wasser, Bebauung und Grünflächen vollkommen zerstören. Etwas polemisch könnte man hier sagen, wie benennen wir denn, wenn der Wehrgraben zugeschüttet ist, der ja vom Gerinne den Namen erhalten hat, "Wehr-Weiss"? Die notwendige Sanierung des Stadtteiles Wehrgraben soll dazu führen, daß er ein wohnenswertes Naherholungsgebiet wird. Es ist eigentlich traurig, in dieser ganzen Sachdiskussion um den Wehrgraben, daß immer zwei Probleme miteinander verquickt werden. Es schaut immer so aus, als ob die Fraktionen, die den Wehrgraben offen halten wollen, auch die Häuser in diesem Zustand lassen wollen, die Wohnungen nicht sanieren wollen, daß die Bevölkerung dort unten in manch schlechter Bedingung weiterleben soll.

Das stimmt nicht, meine Herren von der Sozialistischen Fraktion. Wir gehen mit Ihnen vollkommen konform, mit dem Angebot, das Sie heute gemacht haben, mit der finanziellen Unterstützung. Das ist wirklich erfreulich. Vor allem den Leuten direkt dort unten wünsche ich das. Aber die Leute im Wehrgraben wollen die Erhaltung des Wassers. Hier ein Teil unserer Unterschriften. Sagen Sie bitte nicht, eine Unterschrift bekommt man leicht oder man kann leicht jemanden dazu überreden. Wir haben sicher nicht mit Angstparolen gehandelt, das, Herr Bürgermeister, kann ich Ihnen versichern. Wir haben ehrlich ein Konzept aufgelegt, wo alle unsere Vorschläge für den Wehrgraben drinnen stehen. Sie werden das sicher durch die Post zugestellt bekommen haben

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich habe das nicht bekommen!

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Bei Ihnen hat sich der Briefträger nicht getraut, das abzugeben.

Wir haben jedenfalls 400 Unterschriften von Wehrgrabenbewohnern, ca. 3.000 haben wir gesamt, und das innerhalb von 14 Tagen! Wir haben gesagt, in erster Linie kommen die Wehrgrabenbewohner, die sind davon unmittelbar betroffen. Wenn man eine Zahlenspielerie begeht, es sind etwa 940 Wahlberechtigte im Wehrgraben gemeldet. Wenn man über 400 Unterschriften hernimmt, so sind das rund 45 %. Das stimmt nicht genau, aber so kleinlich wollen wir da nicht sein. Die Kostenrechnung der Gegenüberstellung für Zuschüttung bzw. gegen Zuschüttung war, glaube ich, auch nicht sehr kleinlich mit den Zahlen. Es sind also ca. 45 % und wir haben das genau durchgesehen, daß hauptsächlich in den meisten Fällen nur ein Familienmitglied unterschrieben hat. Wenn man jetzt die anderen noch dazurechnet, dann ergibt das einen Prozentsatz von fast 90 % der Wehrgrabenbewohner. Ich glaube, das spricht eine deutliche Sprache, hier hat die Bevölkerung ihren Willen kundgetan. Sie, Herr Bürgermeister, haben gesagt, - ich habe es allerdings nach Ihren Ausführungen falsch verstanden - das ist Sache aller Steyrer. Ich habe damit geglaubt, daß die Steyrer hier mitentscheiden sollen. Wir haben uns jedenfalls eine Entscheidungsgrundlage von der Bevölkerung geholt, die etwas will. Über Kunst kann man halt nicht rechnen und Fachgutachten machen lassen. Kunst muß man eben fühlen und leben. Daher sind wahrscheinlich unsere Argumente in dieser Angelegenheit - wir haben ja keinen enormen Mitarbeiterstab - hauptsächlich auf das Menschliche bezogen.

Auch wir haben etliche Fakten gesammelt. Sie berufen sich immer auf den Gemeinderatsbeschuß 1972. Wenn ich jetzt den Antrag hernehme, den Sie heute stellen, dann machen Sie praktisch den Gemeinderatsbeschuß von 1972 rückgängig, wenn der Herr Vizebürgermeister Fritsch in der Lage ist, das OKA-Projekt vorzulegen. Das heißt, das Gerinne bleibt offen, der Beschuß, den Kanal im Gerinne des Wehrgrabens zu verlegen und zuzuschütten, wie nach Ihrer Aussage die Wasserrechtsbehörde das vorschreibt. Ich sehe das rechtlich anders. Die Stadtgemeinde Steyr hat bei der Wasserrechtsbehörde um Verlegung eines Kanales angesucht und hat die Bewilligung bekommen. Sicher wird, wenn eine Bewilligung da ist, genau vorgeschrieben, wie das Ganze zu bewerkstelligen ist. Es wurde ja ein Plan eingereicht. Daß hier natürlich die Wasserrechtsbehörde befiehlt, das ist so zu machen nach Plan, das ist klar. Jeder Häuslbauer muß nach seinen Plänen arbeiten, sonst kann man ihm den Bau einstellen. Das zu diesem Problem. Aber warum ist bis heute eigentlich im Wehrgraben nichts geschehen? Ich glaube deshalb, weil der Beschuß 1972 doch etliche Bevölkerungsteile wachgerüttelt hat und die haben die Bevölkerung aufmerksam gemacht, hier geschieht etwas, was nie wieder gutzumachen ist. Herr Prof. Mader ist ja hier und ich möchte ihn namentlich anführen, weil ich glaube, er war der erste überhaupt, der hingezigt hat und sehr viele persönliche Opfer gebracht hat, um das in die Öffentlichkeit zu bringen.

Verschiedene Zwischenrufe

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Ich möchte eines sagen, die Bewohner haben wir Ihnen vorgeführt mit ihrer Unterschrift. Daher zieht dieses Argument nicht, von dort unten oder nicht. Darf man nur Geschmack

haben, wenn man unten wohnt? Ich finde, dieses Argument ist nicht richtig. Außerdem gehen Sie immer von der falschen Voraussetzung aus. Sie sagen, dort ist es schlecht, das ist richtig, zum Teil ist es schlecht. Aber bei der Begehung am Dienstag ist mir ein Gegenteil vorgeführt worden, ein restauriertes Haus, eine Wohnung, die wirklich wohnenswert ist. Also es sind andere Bestände auch schon unten. Sie gehen immer vom Ist-Zustand aus, wir stellen uns etwas anderes vor, wir stellen und das Revitalisieren vor. Dann kann man ja nicht sagen, dort ist es schlecht, das hängt ja überhaupt nicht vom Gerinne ab. Die Bausubstanz ist schlecht, die kann hergerichtet werden. Wird die Bausubstanz besser, wenn man das zuschüttet? Ich glaube nicht. Wir von der Bürgerinitiative haben uns drei Grundlagen durchgeschaut und studiert, soweit wir die Unterlagen bekommen haben. Eine davon haben wir ausgewählt, weil sie die neueste ist, das ist die Studie von Sackmauer/Semsroth. Es läßt sich natürlich über alles diskutieren, es lassen sich Gegenargumente finden, richtig. Es gibt aber nicht nur die Studie von Sackmauer/Semsroth, sondern zwei weitere von Prof. Hierzegger und von Dr. Radler von der Universität für Bodenkultur. Dr. Radler lebte übrigens selbst 10 Jahre in Steyr. Das sind Studien über die Sanierung des Wehrgrabens. Die Ansichten, wie saniert werden soll, sind in diesen Studien unterschiedlich. Darüber kann man sicher diskutieren, ob das oder das richtig ist. Aber interessant ist eines, alle drei sprechen sich letzten Endes für die Erhaltung des Gerinnes aus, weil es doch eine sehr große historische Bedeutung hat und weil einfach das Ensemble dort unten so gestört würde, daß eigentlich das Charakteristische, das Typische in diesem Stadtteil vollkommen verloren ginge. Ich möchte auch noch einiges zu den Kosten sagen. Herr Bürgermeister, ich muß Sie wieder persönlich ansprechen, aber in einer sachlichen Art und Weise. In der letzten Gemeinderatsitzung haben Sie gesagt, daß von den Herren Semsroth/Sackmauer ein Kostenvergleich – Verlegung des Kanals unter Offenhaltung oder Zuschüttung des Gerinnes erstellt wurde. Sie haben das sogar im Amtsblatt kundgetan. Ich habe Ihnen damals vorgehalten, daß nur die Zuschüttung verlangt wird und Sie haben gesagt, nein es wird eine Gegenüberstellung. Daraus ist leider nichts geworden, diese beiden Wissenschaftler haben abgelehnt. Warum wohl? Seit der Ablehnung dieser beiden Wissenschaftler lassen Sie von der Sozialistischen Fraktion kein gutes Haar mehr an dieser Studie. Semsroth/Sackmauer haben Ihren Wünschen nicht entsprochen, daher ist ihre Studie nichts mehr wert.

Über die Kostenschätzung vom Magistrat – ich möchte nicht die Qualität der Beamten anzweifeln, sie müssen aber ihre Pflicht tun – muß ich sagen, sie ist meiner Meinung nach so ungenau und so allgemein gehalten, daß sie für eine seriöse Grundlage zur Diskussion, glaube ich, nicht herangezogen werden kann. Ich habe auch gehört, wenn das Gerinne nicht zugeschüttet wird, gibt es kein Geld vom Wasserwirtschaftsfonds. Ich habe mich mit kompetenten Leuten in Verbindung gesetzt, vom Wasserwirtschaftsfonds, die haben eindeutig gesagt, das Geld ist für die Kanalisierung des Stadtteiles Wehrgraben bzw. darüber hinaus. Wie kanalisiert wird, das ist denen vollkommen egal, ob zugeschüttet wird oder nicht. Das ist keine Voraussetzung für den Erhalt des Gerinnes. Kanalisieren wollen wir auch, darüber gibt es nichts zu reden. Ich habe auch Gelegenheit gehabt, mit zwei Architekten zu sprechen, um hier noch ein technisches Problem anzuschneiden. Ich bin kein Techniker, ich habe mir das sagen lassen und mir erscheint es logisch. Die Architekten haben mir gesagt, wenn das Wasser wegkommt aus dem Wehrgraben, dann trocknet der Boden aus, dadurch – Sie haben es wahrscheinlich schon in der Steyrer Zeitung gelesen – verliert der Boden an Festigkeit und die Folgen kann man sich ja vorstellen, denn die Grundmauern würden wahrscheinlich zu sinken beginnen. Wer bezahlt dann diese Schäden? Die Gemeinde? Außerdem sind manche Häuser auf Holzpiloten gebaut, die auch ständig Wasser brauchen, weil sie sonst verfaulen. Nun zum Antrag der Sozialistischen Gemeinderatsfraktion. Es sind in diesem Antrag leider Punkte drinnen, die ich gerne befürworten möchte, aber das Raffinierte bei solchen Anträgen ist, daß man alles mögliche verquickt, um denjenigen, der nicht der Meinung ist, doch vielleicht hinein zu zwängen, weil man dann sagen kann, der hat gegen die Revitalisierung gestimmt, gegen die Sanierung des Wehrgrabens usw. Aber ich lasse mich trotzdem nicht herbei bzw. unsere Fraktion, diesem Antrag zuzustimmen, weil eindeutig die Verquickung des Zuschüttens mit dem Offenlassen gegeben ist, noch dazu hat man das von einem Projekt abhängig gemacht, das wir überhaupt nicht kennen. Daher können wir uns

mit unseren Vorstellungen nicht an diesen Antrag anschließen.

Applaus.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Mausz für seinen Beitrag. Als Nächsten bitte ich Kollegen Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren, es ist zumindest heute eines erfreulich, daß die Problematik Wehrgraben in einer außerordentlichen Sitzung behandelt wird. Daß dies geschieht, ist vor allem ein Grund, weil es Menschen gibt, die außerhalb unseres Gemeinderates sich auch Gedanken machen über Veränderungen, die in einem Stadtteil vor sich gehen sollen. Ich möchte daher solche Initiativen begrüßen, die aus der Bevölkerung kommen, aus Arbeiterhirnen, aus Lehrern, aus Studenten, die uns zumindestens dieses Problem neu überdenken lassen. Dies geschieht heute, allerdings wiederum mit dem bitteren Beigeschmack, daß hier seitens der Sozialistischen Mehrheit taktiert wird, um ein Projekt, das mehr oder weniger von Seiten der Mehrheit durchgezogen werden sollte, da Sie auf Grund eines einstimmigen Gemeinderatsbeschlusses aus dem Jahr 1972 glauben, das durchziehen zu können. Meine Damen und Herren, der Beschluß, der von meinen Vorrednern schon einige Male zitiert wurde, ist aus ganz anderen Erwägungen im Jahre 1972 gefaßt worden. Vom Gemeinderat wurde am 17. Februar 1972 der Abschluß eines Übereinkommens zwischen der Wehrgrabenkommune Steyr und der Stadtgemeinde Steyr im Bezug auf Auflassung des Wehrgrabenkanales zur Kenntnis genommen. Dadurch wurde der Wehrgrabenkanal von der Wehrgrabenkommune, die alle Wasserrechte zurücklegte, der Stadtgemeinde zu einem bekannten Preis, der auch heute schon einige Male genannt wurde, von 775.000 Schilling übergeben. Die Stadtgemeinde Steyr beabsichtigt damit, den Wehrgrabenkanal trocken zu legen und in dessen Flußbett einen öffentlichen Kanal für die angrenzenden Stadtgebiete des Steyrdorfes und Wehrgrabens zu legen. So hieß es damals. Das wurde natürlich später ausgedehnt. Die Kosten für die Kanalverlegung nach damaligen Schätzungen hätten über 10 Mill. Schilling erfordert. Im Hinblick auf die Übernahme dieser Wasserrinne hat die Stadtgemeinde ein generelles Kanalsanierungsprojekt ausgearbeitet. Dazu, meine Damen und Herren, heißt es zum Beispiel im Amtsbericht vom 25. Jänner 1972, also vor der Beschlußfassung, auf Seite 6 unter Punkt 5. : Die Übernahme des Wehrgrabens durch die Stadt verschafft jedoch erst die Möglichkeit, ihre Konzeption auf dem Gebiet des Straßen- und Brückenbaues, der Grundverwertung, der Behebung der sanitätswidrigen Abwasserzustände und dergleichen Zug um Zug zu verwirklichen. Hier ist besonders festzuhalten ist der Punkt der Grundverwertung. Das heißt, daß damals in erster Linie die damaligen Gemeinderäte zugestimmt haben, um a) die Kanalisation in diesem Gebiet voranzutreiben und gleichzeitig damit, mit dieser Verrohrung und Zuschüttung, bestimmten Grund zu erhalten, um hier Änderungen, Verbesserungen der Wohnstruktur herbeizuführen.

Meine Damen und Herren, das war vor fast 10 Jahren die Auffassung des Gemeinderates und es wurde dazumal auch niemand von der betroffenen Bevölkerung befragt. Seither war es lange still, mit Ausnahme, daß von Seiten bestimmter Gruppen Initiativen gesetzt wurden und hier neue Akzente gesetzt wurden. Seit der Beschlußfassung der Auflassung des jahrhundertealten Wehrgrabens und des Gerinnes durch den Gemeinderat kam es, wie Sie sicherlich alle wissen auch von der Sozialistischen Fraktion, in breiten Bevölkerungsschichten unserer Stadt, zu einem Umdenken. Dies kommt auch, wenn Sie in der letzten Zeit die Presse verfolgen, deutlich zum Ausdruck, zum Beispiel "Steyrer fordern die Erhaltung des Wehrgrabens" oder "Steyrer Bürger wehren sich gegen die Zerstörung des Wehrgrabens". Meine Damen und Herren, es ist auch Ihnen nicht unbekannt, daß meine Partei und viele Steyrer seit langem schon verlangen, was auch die beiden Wissenschaftler Semsroth/Sackmauer in ihrer Studie bestätigen, daß der Altstadtbereich des Wehrgrabens mit dem Gerinne ein typisch alter historischer Stadtteil unserer Stadt ist und vom Standpunkt der Denkmalpflege und des Ensembleschutzes als Ganzes erhalten werden soll.

Die KPÖ betrachtet das Projekt Wehrgraben im Zusammenhang mit der längst fälligen Altstadterneuerung, mit der unbedingt notwendigen Sanierung der erhaltungswürdigen Bau-

substanz. Wir sind daher der Meinung, daß sowohl der Wehrgrabenkanal, wie ein Großteil der Häuser im Altstadtbereich erhaltungswürdig sind. Im Amtsbericht vom 25. Jänner 1972 wird zum Beispiel die Auffassung durch Herrn Magistratsdirektor Dr. Eder vertreten, daß durch einen Weiterbestand des Wehrgrabens die städtebauliche Entwicklung und die bereits sehr notwendige Sanierung dieses Gebietes praktisch unmöglich werde. Dazu möchte ich einiges sagen, und ich möchte mir ersparen, in diesem Zusammenhang auch einige Vorschläge der Sozialistischen Fraktion anzuführen, da das bereits Kollege Kinzelhofer gemacht hat.

1. Die notwendige Kanalisierung des Altstadtbereiches kann bautechnisch gelöst werden ohne Zuschüttung des Kanals, allerdings, wie wir wissen, mit höheren Kosten.

2. Die erhaltenswürdigen Häuser und Gebäude können bei Aufrechterhaltung des Gerinnes saniert werden. Das ist auch meine Meinung

Meine Damen und Herren, daß es solche erhaltungswürdigen Häuser im Altstadtbereich zur Genüge gibt, zeigen jedem Wehrgrabenbesucher die angebrachten Tafeln des Bundesdenkmalamtes in vier Sprachen, also in Deutsch, Englisch, Französisch und Russisch, mit der Inschrift "geschützt durch die Haager Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutze von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten". Es handelt sich dabei um Häuser zum Beispiel in der Badgasse 3 und 5, Gschaidenberg Nr. 2, Fabrikstraße Nr. 8, Fabrikstraße 44, Gaswerksgasse 1 und das gegenüberliegende Haus, Wehrgrabengasse 31, das sogenannte Josefslazarett, das im Eigentum der Stadt Steyr steht. Auf diesem Josefslazarett sind sogar zwei große Tafeln angebracht. Dazu kommen Häuser, die bereits von privater Hand saniert und renoviert wurden, und zwar trotz Bestehens des Gerinnes. Das möchte ich deutlich unterstreichen. Außerdem wissen Sie so wie ich, zumindestens jene, die doch öfter in den Wehrgraben gehen nicht nur in der letzten Zeit, daß das Haus Fabrikstraße 15 nicht außen, aber dafür innen renoviert wurde, oder das Haus Nr. 17 - Sie kennen das sicher, das ist ein Geschäftslokal mit Trafik - hat eine herrliche Fassade, Fabrikstraße 30, auch bei diesem Haus ist die Fassade bereits in einzigartigen Zustand gebracht und es wurde auch innen renoviert und außen wurde die Fassade sogar teilweise verflieset. Das Haus Fabrikstraße 32, dort kann man ebenfalls von einer guten Instandsetzung sprechen. Es hat sich trotz anderer Aussagen bereits gezeigt, daß man gewillt ist, alte Häuser auch in diesem "verluderten" Wehrgraben, wie er bezeichnet wird, herzurichten.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, bei der Begehung des Wehrgrabens vor wenigen Tagen, also am 17. März, waren viele Gemeinderäte, die in meiner Nähe gegangen sind, über den vernachlässigten Wehrgraben, über den Verfall der Bausubstanz, sehr erstaunt. Das heißt, daß sie offenbar in der letzten Zeit sehr wenig dort unten zu tun hatten bzw. eine Besichtigung durchgeführt haben. Seit vielen Jahrzehnten wird von einem der größten Hausbesitzer, der Steyr-Daimler-Puch AG, so gut wie nichts investiert. Dasselbe, mit wenigen Ausnahmen, die ich angeführt habe, gilt für die Privathausbesitzer und für die Stadtgemeinde Steyr selbst, die ihre Häuser äußerst vernachlässigt, wie wir bei diesem Rundgang ja sehen konnten. Allerdings zeigten sich viele Gemeinderäte erstaunt, daß man zum Beispiel bei diesem Rundgang hören konnte, was willst Du mit diesen Häusern anfangen, die sind alle feucht, solange das Gerinne besteht bringt man die Feuchtigkeit nicht heraus, das gehört alles zugeschüttet. Oder die Ansicht "wer will schon in diesem Bereich wohnen?". Selbstverständlich, wenn man jahrzehntelang in diesem Bereich keine Sanierung, keine Investitionen durchführt, dann wird dieses Gebiet oder werden diese Häuser so ausschauen.

Aber, meine Damen und Herren, ein weiteres Argument dafür, daß man auch bei Offenlassen des Gerinnes gleichzeitig dort sanieren kann. Es wäre sicher aufschlußreich für alle Gemeinderäte gewesen, wenn wir die Begehung des Altstadtbereiches Wehrgraben etwas ausgedehnt hätten, und zwar in Richtung Himmlitzer-Wehrgraben in Unterhimmel. Dort gibt es einiges an Althausanierung an den Ufern des Himmlitzer-Wehrgrabens zu sehen. Ich glaube, daß alle Gemeinderäte zumindestens wissen, wovon ich jetzt spreche. Sicher, die, die dort aufgewachsen sind, wissen das. Es handelt sich um das Gebiet Unterhimmel - Rosenegg, das bekanntlich sehr vernachlässigt wurde von Werndl's Nachfolgern. Ob es sich nun um die Häuser in der Urterhimmler Straße, Rosenegger Straße oder Pufferweg handelt, wer diese Häuser gekannt hat, das waren Häuser mit Lehm Boden, feucht und für viele eben nicht mehr erhaltungs- oder sanierungswürdig. Meine Damen und Herren, ich habe

mir das genau angesehen. Das Haus Unterhimmler Straße 7 wurde von der Firma Wintermayr saniert, es gibt dort 17 neue Wohnungen. Dieses Haus befindet sich unmittelbar beim Himmlitzer-Wehrgraben. Oder das Einfamilienhaus Nr. 6, das Haus Nr. 3 wird renoviert, Nr. 5 ist bereits saniert. Oder Rosenegger Straße 1 neben der Kanalbrücke, dort ist ein wunderbares Haus entstanden mit zwei herrlichen Wohnungen, genauso die Nr. 5. Trotz allem möchte ich hier offen sagen, die Lösung des Wehrgrabenproblems ist nicht leicht, da sich meiner Meinung nach dem gesamten Vorhaben zahlreiche private Interessen entgegen stellen, wie auch finanzielle Probleme hier eine besondere Rolle spielen. Für diese notwendige Sanierung, glaube ich, sind bestimmte Schranken auferlegt auf Grund der angeführten Besitzverhältnisse.

Meine Damen und Herren, so wie bei der letzten Gemeinderatsitzung vertrete ich auch heute wieder die Auffassung, die betroffene Bevölkerung des Wehrgrabens, aber darüber hinaus auch die Stadtbevölkerung, sind in der Frage Lösung des Wehrgrabenproblems in einem Informationsnotstand. Der Bevölkerung muß eine Mitsprachemöglichkeit gegeben werden, bevor weitere Maßnahmen vom Gemeinderat und auch von der Mehrheit gesetzt werden. Ich habe das in der letzten Gemeinderatsitzung verlangt und es wurde auch von Herrn Bürgermeister Weiss positiv aufgenommen und er erklärte und versprach, er werde mit den Bewohnern der Altstadt und den Anrainern des Wehrgrabens Informationsgespräche führen. Aber, meine Damen und Herren, nach den bisherigen überraschenden Anträgen, die nun gekommen sind, oder Lösungsvorschlägen, die wiederum nur in einer Fraktion im kleinen Kämmerlein beraten, beschlossen und in langen Gesprächen beschlossen wurden, wieder ohne Beiziehen der dort wohnenden Bevölkerung. Hier möchte ich ganz deutlich aussprechen, das ist eine bestimmte Taktik, die heute eingeschlagen wird, um dem einen oder anderen das Bummerl zuzuspielen. Mir ist diese Frage Wehrgraben, Sanierung und Lösung dieses Problems für die Bevölkerung zu ernst, um daraus ein Politikum zu machen. Dieses Politikum, das kann man sagen, haben wir heute präsentiert bekommen.

Erlauben Sie mir doch noch zu einem Problem Stellung zu nehmen, da bis vor wenigen Monaten keine Partei, einschließlich meiner Partei, sich um die Bewohner dort unten gekümmert hat. Es waren wirklich einige beherzte Männer und ich unterstreiche noch einmal, es waren keine Nichtstuer oder Menschen, die nur vom Malerwinkel aus dieses Problem sehen, sondern viele haben dort zusammengewirkt, ohne daß sie eine finanzielle Zuwendung bekommen, kämpfen sie bzw. wollen Sie uns Lösungsvorschläge näherbringen. Meine Damen und Herren, es ist erfreulich, daß heute Kollegen der ÖVP oder andere, die diese Initiative besonders unterstreichen. Ich kenne Aussagen über jene Menschen im Gemeinderat, die ich heute nicht wiederholen möchte.

Nun, meine Damen und Herren, darf ich auch zur Frage Meineid einiges sagen. Allerdings habe ich mich nicht so betroffen gefühlt wie die ÖVP, was Meineid bedeutet, daß man jetzt einen Antrag stellt, um den Beschluß von 1972 zu revidieren. In einer Debatte in der Gemeinde wird manches gesagt in der Hitze des Gefechtes, das muß man nicht so nehmen. Ich habe es auch nicht so ernst genommen in dieser Richtung, sondern es war für mich der Hinweis, daß auch der Bürgermeister das Recht hat, zu erinnern, daß eigentlich alle Gemeinderatsfraktionen im Jahr 1972 eine andere Meinung gehabt haben. Bürgermeister Weiss, das muß ich hier objektiv feststellen, hat damals keine Meinung bezogen, da er bekanntlich im Krankenhaus war.

Nun, meine Damen und Herren, zu dieser Frage möchte ich folgendes in Erinnerung rufen. In der jüngeren Geschichte von Steyr waren bereits einige Denkmäler, alte Bauten einer bestimmten Gefährdung ausgesetzt. Zum Beispiel der 1572 erbaute Wasserturm war 1909 baufällig und damals wollte Ludwig Werndl die Abtragung und nicht die Restaurierung bezahlen. Auch hier war es eine Kostenfrage. Man begann im Oktober 1909 mit der Abtragung, aber nach Intervention bei der Zentralkommission der Denkmalpfleger in Wien wurde er nur um acht Meter abgetragen. Auch hier war es nur einer, den man dem bürgerlichen Lager zuzählen konnte, der hier die Initiative ergriffen hat, das war Michael Blümelhuber, der meiner Meinung nach die Triebfeder der Rettung dieses Wassertrumes war, daß er heute noch vorhanden ist.

Meine Damen und Herren, im Jahre 1960 drohte dem gesamten Ensemble Zwischenbrücken eine neue Gefahr. Laut Beschluß des Gemeinderates vom 29. März 1960 sollten im Hinblick auf die geplante Neugestaltung die Häuser Nr. 1 und 3 abgebrochen werden.

1964 kam es zu weiteren Zwischenbrückenvorschlägen, man überlegte zeitweilig die Entfernung des Ensembles, um großzügige Brückenbauten errichten zu können. Daraus, meine Damen und Herren, das wissen Sie genau, wurde nichts. Dieser Beschluß vom Jahre 1960 wurde nicht durchgeführt. Wir haben unter Bürgermeister Weiss diesen historischen Objekte Nr. 1 und 3, das sogenannte "Fischergschirr" renoviert, und dazu noch zwei schlanke, passende Brücken neu gebaut. Ich wollte mit diesem Beispiel, das eigentlich nicht zu diesem Problem gehört, zeigen, daß es auch in der Mehrheitsfraktion zu bestimmten Zeiten ein Umdenken gibt. Hier möchte ich anknüpfen, daß wir wegkommen sollten von diesem parteipolitischen Hader, der in dieser sehr entscheidenden Frage eingetreten ist. Ich glaube, daß wir in Ruhe überdenken sollten die Lösungsmöglichkeiten, daß wir das, was Bürgermeister Weiss versprochen hat, durchführen sollten, daß wir zu dieser Studie von Semsroth/Sackmauer jene Vorschläge, die heute ad hoc, zumindest für uns als Minderheitsfraktion, gemacht wurden, daß wir diese mit verpacken und mit der Bevölkerung im Wehrgraben bzw. der Stadtbevölkerung darüber diskutieren bzw. sie bekannt machen. Es hätte auch keinen Sinn, heute diese Anträge, wie sie eingebracht wurden, durchzupetschen. Sicherlich wird die eine oder andere Fraktion für Ihren Antrag stimmen, die SPÖ, die das ausgerichtet hat, daß man für diese Vorschläge, die teilweise positiv sind und sich mit meiner Auffassung decken, aber doch immer wieder das Damoklesschwert hängen bleibt, das Gerinne zuzuschütten, weil man sicher diese Projekte der OKA nicht so ernst nimmt. Das ist zumindest aus den Reden für mich ersichtlich.

Daher, meine Damen und Herren, möchte ich abschließend folgende Vorschläge hier unterbreiten und ersuchen, daß wir, bevor wir eine Beschlußfassung oder eine Änderung des bestehenden Beschlusses treffen, folgende Maßnahmen setzen:

1. Ich habe das schon angeführt, mit der Bevölkerung reden, Ortsgespräche durchführen. Wir haben heute schon einen Tagesordnungspunkt hinter uns, wo sich auch gezeigt hat, trotz alledem, daß auch wir nicht ganz unschuldig waren bei der Umfahrung Märzenkeller, auch wir hätten schon eine Änderung zeitgerecht beim Land und Bund durchführen können, aber es war sehr positiv, daß man dort ein Gespräch geführt hat unter Führung von Bürgermeister Weiss. Hier wurden Änderungen sicherlich durchgesetzt, wenn die Bevölkerung einschließlich der Gemeindeväter dahinter steht. So ähnlich könnte ich mir die Vorgangsweise auch im Bezug des Wehrgrabens vorstellen.

Weiters glaube, daß es auch eine Entscheidungshilfe sein könnte, daß man der Bevölkerung diesen schönen Fernsehfilm, der vor ca. 4 Jahren hier gedreht wurde, neuerdings vorführt. Ich glaube, daß es auch notwendig ist, daß nicht nur die Gemeinderäte in einer Informationssitzung Kenntnis erhielten von der umfangreichen Studie der Wissenschaftler Semsroth/Sackmauer, sondern ich glaube, daß man, so wie man es bei uns Funktionären gemacht hat, daß man auch hier die Verfasser sprechen lassen soll, um von ihrer Warte aus – ähnlich wie im Gemeinderat – fachkundig den Stadterneuerungsplan Wehrgraben zu erläutern. Der historische Stadtteil Wehrgraben soll mit dem Kanal erhalten bleiben, daher ist es meiner Meinung nach auch notwendig, zu überlegen und einzubinden – ich stelle auch keinen Antrag in dieser Richtung – ob nicht auch der Gemeinderat den Antrag an die OÖ. Landesregierung stellt, auf Erklärungen des Wehrgrabens zum Assanierungsgebiet. Wir wissen doch, daß auf Grund der Besitzverhältnisse, trotz allen guten Willens der öffentlichen Hand, Schranken auferlegt sind. Die können – die gesetzliche Handhabe gibt es dafür – durch das Assanierungsgesetz gesetzt werden.

Außerdem glaube ich, soll sich der Gemeinderat mit dem Sanierungskonzept, das uns heute vorgelegt wurde von der Mehrheit – nicht, daß sich die SP alleine in einer Fraktionsbesprechung darüber unterhält, sondern daß sich hier der gesamte Gemeinderat noch einmal zusammensetzt, um dieses Sanierungskonzept auszuarbeiten und wiederum mit der Bevölkerung diskutieren soll. Es würden bestimmt auch von dieser Seite gute Vorschläge eingebracht werden. Weiters glaube ich auch, daß diese ad hoc-Vorschläge von Seiten der Mehrheit, der SP-Fraktion, sehr verlockend sind. Wenn man sagt, die Stadtgemeinde zahlt zum Beispiel ein Drittel der Instandhaltungs- und Sanierungskosten für ein Privathaus. Man ist also sehr großzügig, aber darüber müßte man auch reden, denn es gibt andere Stadtteile, wo man bis jetzt nicht einmal hunderttausend Schilling ausgegeben hat. Ich meine im Münichholz, dort führt man nicht einmal die Enttarnung durch. Hier führen wir

schon lange einen Kampf und die Mieter setzen sich zur Wehr. Ich bin nicht dagegen, glaube aber, man müßte auch andere Geldgeber im Zusammenhang der Althausanierung, der Lösung des gesamten Wehrgrabens, der Neuplanung suchen. Es kann nicht nur Aufgabe der Stadt Steyr alleine sein, sondern es müßten vor allem auch die reichen Steyr-Werke seindie dort 50 % des Hausbesitzer haben. Darüber hinaus glaube ich, wenn wir sagen, es ist ein historisch wertvolles Gebiet für unsere Stadt, aber auch ein wertvolles Denkmal und Gut unserer Republik, dann müssen wir auch an Bund und Land herantreten, um hier gemeinsam die Finanzierungsprobleme, die sich stellen, lösen zu können. Danke.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Tremml. Nächster Debattenredner ist Kollege Fritsch.

VICEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ganz kurz nur, meine Damen und Herren, aber die Ausführungen des Kollegen Tremml veranlassen mich, noch einmal auf unseren Antrag, die Volksbefragung betreffend, zurückzukommen. Er hat den breiten Konsens der Bevölkerung herzustellen aufgezeigt und ich muß feststellen, daß nach unserer Sicht durch Koll. Schwarz als Vorsitzenden die Zurückweisung des Antrages zu Unrecht erfolgt ist, deswegen, weil nicht die Verordnung abgefragt wurde, sondern die Meinung der Bevölkerung. Der Text der Befragung lautet: Soll die unbedingt notwendige Kanalisierung des Wehrgrabengerinnes unter Erhaltung des derzeitigen Gerinnes erfolgen?. Es ist also keineswegs die Verordnung damit in Zusammenhang stehend, sondern einzig und alleine die Meinung der Bevölkerung zur Erhaltung des Gerinnes zum Ausdruck zu bringen. Er besteht aus unserer Sicht als zurecht und als zu Unrecht zurückgewiesen. Ich würde bitten, den Antrag als gestellt in die weitere Beschlußfassung des Gemeinderates aufzunehmen. Bei Meinungsverschiedenheiten wären die Aussagen der Rechtsbehörden sicherlich da - ich beziehe mich in erster Linie auf die Bestimmungen des § 64 Abs. 1 unseres Statutes.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Weiss zur Geschäftsordnung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren zur Geschäftsordnung. Auch hier, was diesen Antrag betrifft, den Herr Kollege Fritsch vorgebracht hat, muß ich darauf verweisen, daß hier der Gemeinderat nicht über etwas beschließen kann, was durch die Wasserrechtsbehörde entschieden wurde. Kollege Fritsch, es dürfte in den Unterlagen, die mit der Einladung zugegangen sind, ist es eindeutig erwiesen, ich bin aber gerne bereit, mit vom rechtskundigen Maigstratdirektor mich belehren zu lassen, daß der Landeshauptmann von OÖ. als oberster Chef der Wasserrechtsbehörde die Löschung der Wasserrechte im Wehrgraben verfügt hat. Nachdem papiermäßig und aktenkundig der Wehrgraben gar nicht mehr existieren könnte, kann man hier nicht darüber diskutieren, ob zuschütten oder aufrechterhalten. Es muß der Herr Landeshauptmann von Oberösterreich entweder seinen Bescheid widerrufen, oder einen anderen treffen. Aus diesem Grund scheint mir zeitlich, in dieser Situation eine Behandlung gemäß § 63 a der Volksbefragung in diesem Sinne nicht möglich zu sein. Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam auf die Rechtsstände.

VICEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Darf ich etwas dazu sagen? Nachdem rechtliche Differenzen bestehen, wird von meiner Fraktion die Aufklärung durch die übergeordnete Stelle diesbezüglich in die Wege geleitet werden.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt als Vorsitzender, aus den angeführten Gründen, daß der Antrag nicht behandelt werden kann. Es obliegt mir als Vorsitzender, dies zu beurteilen. Wenn andere Vorstellungen hier sind, bitte ich, das später zu klären. Nächster Debattenredner ist Kollege Zagler, ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

GEMEINDERAT Dkfm. HELMUT ZAGLER:
Sehr geehrte Damen und Herren!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Ein Zwischenruf sei mir vorher noch gestattet, das Ganze nennt sich demokratisch. Habe ich das richtig verstanden?

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Die Auslegung der Geschäftsordnung ist ausschließlich Angelegenheit des Vorsitzenden. Ich verwahre mich dagegen, daß meine Vorsitzführung gerügt wird. Ich erteile den Ruf zur Ordnung, Herr Kollege Holub.

GEMEINDERAT Dkfm. HELMUT ZAGLER:
Werte Damen und Herren, zum zweiten Mal darf ich mich heute zu Wort melden. Hätte die letzte Gemeinderatsitzung diese öffentliche Aufmerksamkeit gehabt, hätten Sie auch dort schon bei meiner Wortmeldung gehört, daß ich betont habe, daß die Exaktheit der von Semsroth/Sackmayer vorgelegten Erhebungen nie in Zweifel gezogen wurde. Leider aber, auch das habe ich hervorgehoben, wurden verschiedene Objekte gar nicht untersucht, es wurde also gar nicht erhoben. So z. B. die Frage des Kleinklimas, so die Frage nach Alternativen zum Gerinne oder die Frage nach den städtebaulichen Wertvorstellungen über das historisch sehr bedeutsame Eysnfeld. Semsroth/Sackmayer umschreiben ihren Auftrag selbst damit, indem sie die Sanierungsprobleme des Wehrgrabens in Steyr zu untersuchen hatten und generelle Lösungsvorschläge zu erstellen waren. Sie selbst sind nicht so arrogant zu behaupten, daß nur sie alleine das Rezept gepachtet hätten, im Wehrgraben das Richtige getroffen zu haben. Es kann keinen Zweifel geben, daß die Arbeit trotzdem wertvoll ist. Die Grundlagenerhebungen wurden in einer akademischen Genauigkeit vorgenommen, die es wirklich leicht erscheinen lassen, weitere Beschlüsse zu fassen. Diese Beschlüsse aber haben uns Sackmayer/Semsroth nicht abgenommen, die müssen wir hier im Gemeinderat treffen, und zwar unter voller Verantwortung aller Komponenten, die hier maßgebend sind.
Der Gemeinderat hätte auf Grund der Studie und aller anderen Informationen, die er zur Verfügung hatte, heute grünes Licht dafür geben können, daß ein Teil des Gerinnes durch Grün ersetzt worden wäre, ja daß selbst ein Teil des bestehenden Grau der Straßen im Ausmaß von 900 m² in Grün verwandelt worden wäre.
Daß die Kanalisierungsprojekte ohne Verzug und unter Verwendung der Fondsmittel, wie wir es auch schon aus den Ausführungen unseres Herrn Bürgermeisters hörten, die nur mit 1 % per anno verzinst werden, verwirklicht worden wären, ist den umweltbewußten Mitbürgern ein Anliegen. Daß eine Sanierung und Revitalisierung dieses Stadtteiles in wenigen Jahren abgeschlossen worden wäre, ist auch das berechtigte Verlangen des überwiegenden Teiles der dort ansässigen Wohnbevölkerung, aber auch der übrigen Steyrer. Sie haben ja aus den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters und auch aus den Ausführungen von Gemeinderat Pimpl erkannt, daß ein Positivkatalog zur Lösung dieser Probleme vorgeschlagen wurde und erstellt worden wäre. Gegen diese hier aufgezeigten Möglichkeiten wendet sich nun die Bürgerinitiative der FPÖ. Sie stützt sich nur auf das eingangs zitierte Gutachten und will – wer will das verübeln – die emotionsgeladene Stimmung ausnützen, um für ihre parteipolitischen Zwecke Publicity zu machen. Dabei ist dem unterzeichneten Mitglied Mausz jedes Mittel recht, die Bevölkerung irre zu führen. Denn wörtlich schreibst Du, lieber Winfried: "An alle Bürger von Steyr. Liebe Mitbürger! Im Jahre 1972 beschloß der Steyrer Gemeinderat, ein Kanalisationsprojekt für den Wehrgraben durchzuführen und in diesem Zusammenhang den Wehrgrabenkanal zuzuschütten." Diese Darstellung ist aber vom Anfang bis zum Ende falsch. Der Steyrer Gemeinderat, das habe ich aus den Akten herausgefunden und ich habe mich auch bei rechtskundigen Leuten informiert, hat 1972 bestimmt nicht beschlossen, den Wehrgraben zuzuschütten, und ein Kanalisationsprojekt durchzuführen. Die Wehrgrabenkommune war es, die jahrhundertlang mit ihren Mitgliedern das Wehrwasser nützte und die 1965 plötzlich beschloß, weil das Wehrwasser nutzlos geworden ist und damit die Wasserrechte nutzlos

geworden sind, ihre Wasserrechte zurückzulegen, den Wehrgraben zuzuschütten, um den Grund und Boden, wie Sie sich aus den Beilagen zu dieser Sitzung überzeugen konnten, zu nützen. Anders ausgedrückt heißt das, um Grund und Boden zu verkaufen, um die nötigen Mittel zu erzielen. So sieht die Wahrheit aus. Nicht der Steyrer Gemeinderat, Herr Gemeinderat Mausz, dem Du – wie Du selbst ausgeführt hast – seit knapp einem Jahr angehörst, hat diesen Beschluß jemals gefaßt. Er wurde dann nur vom Amt der OÖ. Landesregierung als Wasserrechtsbehörde bescheidmäßig verfügt. Auch dazu sind die Beilagen ergangen. Es wurde dabei notwendig, um die an sich schon schlechten Abwasserhältnisse nicht zu einer Katastrophe werden zu lassen, sich zu entschließen, in den Wehrgraben einen Kanal zu verlegen. Auch das wurde nicht vom Gemeinderat beschlossen, sondern von der Wasserrechtsbehörde vorgeschrieben. Ich glaube, es war notwendig, diese Reihenfolge einmal festzulegen, denn so einfach, wie es sich die Bürgerinitiative hier gemacht hat, kann ich das von dieser Stelle aus nicht akzeptieren. Eine weitere Falschmeldung besteht darin, daß das Projekt nicht auf Grund der massiven Proteste durch kultur- und umweltbewußte Gruppen der Steyrer Bevölkerung bisher nicht verwirklicht wurde, sondern – auch das geht aus den Akten eindeutig hervor – allein deshalb, weil erst im November 1980 – Sie haben das in den Beilagen dabei – der Wasserwirtschaftsfonds die entsprechenden finanziellen Mittel dazu zur Verfügung gestellt hat. Es ist eine Fehlmeinung zu glauben, daß diese vorgebrachten Ansinnen die Ursache waren, diese Vorgangsweise zu unterlaufen.

Diese amtsbekannten Unterlagen hätten Sie von der Freiheitlichen Fraktion ebenfalls einsehen können. Es wäre wirklich Deine Sache gewesen, daß Du Dich vorher eingehend informierst, bevor Du dieses Flugblatt an die Öffentlichkeit bringst. Seit dem Jahre 1972 hat es nämlich viele Beschlüsse – auch das ist schon angedeutet worden – im Gemeinderat und auch im Stadtsenat gegeben, die die Zuschüttung des Wehrgrabens unter anderem als letztmalige Löschungsvorkehrung, vorsehen. Daß darauf aufgebaut wurde. Ich möchte an das Provisorium Wiesenbergbrücke, das auch deswegen noch nicht fix errichtet wurde, weil man eben zu diesem Zeitpunkt gesagt hat, wie lange wird es dauern, der Wasserwirtschaftsfonds wird seine Mittel hergeben und dann können wir endlich diese Zuschüttung beginnen. Auch von Ihrer Fraktion ist das so mitbestimmt worden. Daß bei dieser Rechts- und Sachlage aber die Aussage besagen soll, daß der Bürgermeister für das Zuschütten der Kanäle ist, das kann man auch nur als demagogisch bewerten. Auf Grund der vorangegangenen Aussagen hoffe ich, dafür den Beweis geliefert zu haben

Die Rechts- und Sachlage – das möchte ich nochmals wiederholen – ist, so wie es jeder verantwortungsbewußte Gemeinderat wissen muß oder wenigstens sollte, für die Zuschüttung des Gerinnes. Es muß erst diese Rechts- und Sachlage geändert werden, um das Zuschütten des Gerinnes nicht mehr durchführen zu können. Daß das nicht so einfach ist, wie hier immer behauptet wird, auch darüber habe ich mich bei rechtskundigen Leuten erkundigt. Nicht der Steyrer Gemeinderat ist hier entscheidend, sondern hier ist einzig und allein die Wasserrechtsbehörde entscheidend. Hier ist das Amt der OÖ. Landesregierung die Instanz, die das zu verfügen hat und in der Eigenschaft als Bundesverwaltung natürlich der Landeshauptmann. Bei diesen Oberflächlichkeiten, wie ich das hier sehe, nimmt es mich nicht wunder, daß in der gesamten Aussendung der Bürgerinitiative kein Wort über Kosten und Finanzen steht, das verschweigen Sie. Wer so wenig Verantwortung zeigt bei seiner öffentlichen Aussage, von dem ist nicht zu erwarten, daß er sich über Kosten und Budgetmittel überhaupt Gedanken macht. Sie tun es aber trotzdem von der Freiheitlichen Partei. Gemeinderat Mausz zum Budget, er spricht hier gerne von Sparsamkeit, Zurückhaltung der Ausgaben und ähnlichem. In diesem Fall aber, wo finanzielle Mittel aus dem außerordentlichen Haushalt notwendig werden, um hier diese Abgänge zu bedecken, dort geben Sie keine Erklärung ab. Viel ehrlicher und objektiver dabei ist da die ÖVP-Fraktion. Sie hat sich zum Alternativvorschlag zumindestens über die Kosten Gedanken gemacht. Sie hat zumindest über die Kosten gesagt, daß hier 16 Mill. Schilling für Brückenbauten und andere Investitionen notwendig wären, vorausgesetzt das Gerinne würde erhalten bleiben. Diese Aussagen haben mehr Gewicht als die, wo von den Kosten keine Rede ist. Sie müßten den Beweis antreten, wo Sie das Geld herbekommen und wem in der Bevölkerung Sie das wegnehmen wollen. So, wie Sie jetzt den Eindruck erweckt haben, daß alle plötzlich nur mehr für das Offenlassen wären, und es gar keine sogenannten Zuschütter mehr gäbe, das bitte wage ich zu bezweifeln, denn auch wir kommen aus

der Ratsstube hinaus und haben Kontakt mit Leuten, die hier nicht unbedingt Deine Meinung teilen.

Wir haben am Dienstag im Rundfunk ein Telefoninterview gehört. Wenn ich sage wir möchte ich bezweifeln, ob wir das alle gehört haben und möchte das auch bedauern, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß man das wiedergeben könnte. Ich weiß nicht, ob beim Rundfunk ein Archiv vorhanden ist. Es wäre aber interessant für alle zu hören, was der Stadtparteiobmann der ÖVP hier über dieses Kind, das er nun elegant weggelegt hat, ausgesagt hat. Er ist dort als Messias aufgetreten, er hat verkündet, was er für die Steyrer zu tun in der Lage ist, daß er für Steyr dieses OKA-Kraftwerk bringt, daß er den Wehrgraben rettet. Der Retter des Wehrgrabens sitzt rechts neben mir ...

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Das nicht, aber er bezieht Stellung dazu.

GEMEINDERAT Dkfm. HELMUT ZAGLER:

Ich habe dieses Telefoninterview gehört, das in der Einleitung schon sehr sinnig begonnen hat. In diesem Telefoninterview werden nun plötzlich Alternativen aufgezeigt, die es möglich machen, einen Wehrgrabenkanal zu erhalten, und zwar – auch das war eine Aussage in diesem Interview – ohne daß der Stadt dadurch finanzielle Mehrkosten entstehen würden. Das wäre genau das, was unsere Fraktion seit eh und haben wollte, daß uns jemand anderer die Kanalisierung finanziert, daß jemand anderer die Kosten übernimmt und daß dieses Gerinne offen bleibt. Dann brauchten wir nicht in die anderen Stadtteile hinausgehen und sagen, liebe Leute, für euch in Münichholz können wir nichts machen, eure Fassaden bleiben, für euch im Eysnfeld können wir nichts machen, eure schlechte Wohnqualität wird bleiben, wir brauchen das Geld für das Offenhalten des Gerinnes. Das wäre eine Lösung, die uns allen sehr gelegen käme. Nicht nur uns allen, sondern, das sehe ich aus dem Nicken, auch jenen Leuten, die aus Idealismus und – das gebe ich zu – Kunstverständnis, aus irrationalen Gefühlen heraus für die Erhaltung dieses Gerinnes eintreten. Daß der Gefühlswert hier sehr hoch ist, das glaube ich allemal. Eine andere Variante, die von der OKA ebenfalls genannt worden wäre, spricht davon, daß hier zwar der Wehrgrabenkanal zwar erhalten bleibt, aber – wir haben das heute schon gehört – mit einer Durchflußmenge, mit einer Fließgeschwindigkeit, die von uns nicht akzeptiert werden können, und ich glaube auch nicht von den Befürwortern des Offenhaltens des Gerinnes. Es wird aus einem Gerinne, aus einer Flußlandschaft plötzlich eine Tümpel- und Weiherlandschaft, Teiche und ähnliches. Das, bitte, wollen wir im Wehrgraben nicht unbedingt haben. Das ist eine Sache, wo wir von der OKA sicherlich Pläne erwarten können, so hat es jedenfalls hat es unser Vizebürgermeister Fritsch im Rundfunk angekündigt.

Abschließend muß ich noch einmal auf die Bürgerinitiative eingehen. Wir alle begrüßen Bürgerinitiativen, sie sind ein Instrumentarium der Demokratie, deswegen steht das auch im Statut unserer Stadt drinnen. Wenn man aber Bürgerinitiativen in Gang setzt, ohne selbst eingehend informiert zu sein, ohne sich eingehend informiert zu haben, dann liegt hier meiner Meinung nach der Verdacht nahe, Mißbrauch mit demokratischen Einrichtungen zu treiben. Mangelnde Sachkenntnisse, Ideenlosigkeit, vielleicht auch politisches zweifelhaftes Vermögen, daß es vielleicht momentan gut ankommt. Das sollte durch mehr Sachlichkeit ersetzt werden.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Das ist der neue politische Stil!

GEMEINDERAT Dkfm. HELMUT ZAGLER:

Man sollte selbst Initiativen setzen, selbst Initiativen bekannt geben und nicht Allgemeinplätze, die aufliegen, kopieren oder vervielfältigen und an die Allgemeinheit verschicken. Ich glaube, es wird eine kurzfristige Publicity sein, die sich die FPÖ damit eingehandelt hat. Wenn die FPÖ in ihrer Aussendung folgendes verlangt – auch wieder ein Zitat mit Beginn: "Die Erhaltung des Gerinnes ist eine unbedingte – also ohne jede Bedingung – Voraussetzung" für diese Maßnahmen – meine eigenen Worte, um zu erklären, was davor gestanden ist, damit ist die Sanierung des Wehrgrabens gemeint – dann

gibt hier jeder Unterzeichner der Bürgerinitiative, im Falle jeder anderen Lösung, im Falle jeder Alternativlösung, gibt jeder Unterschreiber dieses Viertel dem Verfall preis, es wird der Verfall dieses Viertels prolongiert. Weil hier keine Erhaltungsmaßnahmen gesetzt werden können, wenn das so zentrale Gerinne nicht mehr vorhanden ist, das verlangen Sie in Ihrer Bürgerinitiative auf der letzten Seite, da herunter. Kollege Mausz, Du wirst das ja wissen.

Meine Frage, ob das die Unterzeichner wirklich wollten, ob sie wirklich wollten, diese zentrale Bedeutung des Wassers im Vordergrund zu sehen und ob sie nicht sagen, wenn schon das Wasser nicht erhalten werden kann, dann wollen wir zumindest alles revitalisieren. Das habe ich aus den Ausführungen von Gemeinderat Treml entnommen, daß er sagt, er kämpft zwar für das Wasser, aber sollte das nicht möglich sein, dann auf jeden Fall für die Revitalisierung.

Diese kurze Publicity – das habe ich schon erwähnt – könnte umkippen, und aus einem "stoppt Strauß" vielleicht ein "stoppt Mausz" werden.

Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Sablik für seinen Beitrag. Kollege Sablik ist der Nächste.

GEMEINDERAT ERICH SABLİK:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir, daß ich etwas in der historischen Entwicklung des Wehrgrabens zurückgehe. Aber nicht so wie meine Vorredner gemeint haben, seht her, 500 Jahre lang war des Gerinne jetzt offen, sondern ich möchte von den Menschen reden. Und zwar spreche ich von den letzten 50 Jahren, von der Zeit, die ich selbst dort erlebt habe. Hier sitzt Kollege Schwarz Herbert, der im Nebenhaus gewohnt hat und sicherlich jetzt genau aufpaßt, ob ich keinen Blödsinn rede. An diesem historischen Symboltag, oder wie immer dieser Dienstag in Zukunft genannt wird, wo wir den Wehrgraben besichtigt haben, da habe ich auch mit einer gewissen Wehmut diesen Wehrgrabenkanal betrachtet. Ich habe mit einer gewissen Wehmut meiner Jugend nachgetrauert. Wenn man 50 Jahre alt ist, kann man doch die ersten zwei Jahrzehnte des Lebens als verlorene Jugend betrachten. Sie war einerseits verloren durch die Notzeit vor dem Krieg, durch die Kriegs- und durch die Nachkriegszeit. Ein Schicksal, das sehr viele von Ihnen hier auch erlebt haben. Ich habe den Wehrgraben erlebt und an der Stelle unter dem Zeughaus II sehe ich mich heute noch mit dem Waschtrog hinunterfahren mit meinen Freunden, verfolgt vom Wächter der Wehrgrabenkommune, der immer auf der falschen Straßenseite gelaufen ist. Es war nämlich verboten, dieses Wasser zu nützen, darauf zu fahren oder darin zu baden.

Zurück zu den Verhältnissen, die vom Zeughaus II hinunter geherrscht haben und zum Teil heute noch vorzufinden sind. Sie wissen, wer dort gewohnt hat. Es war die ärmste proletarische Schicht von Steyr.

GEMEINDERAT HERBERT SCHWARZ:

Das stimmt nicht!

GEMEINDERAT ERICH SABLİK:

Gemeinderat Herbert Schwarz sagt, das stimmt nicht, und zwar stimmt es deswegen nicht, weil Du im sogenannten Beamtenhaus gewohnt hast. Du hast das Glück gehabt, in besseren Verhältnissen aufzuwachsen wie wir. Du hast das Glück gehabt

GEMEINDERAT HERBERT SCHWARZ:

Du genau so!

GEMEINDERAT ERICH SABLİK:

Unsere Väter waren arbeitslos und konnten sich gewisse Grundbedürfnisse nicht so leisten. Heute spricht kein Mensch vom Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten, damals war im Wehrgraben schon dieser Unterschied spürbar. Wir Buben sind überall als die Buben aus dem "Glasscherbenviertel" bezeichnet worden und als die Buben aus der "Ratz- und Mausgend".

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Darf ich kurz unterbrechen. Der Beitrag bezieht sich sicherlich auf den Wehrgraben, nur bitte ich um eines, Zwischenrufe sind sehr belebend, sie sollen allerdings nicht in einen Dialog ausarten. Ich bitte dafür um Verständnis.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Er soll zur Sache sprechen!

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Zu welcher Sache? Er spricht ja zur Sache.

GEMEINDERAT ERICH SABLIK:

Ich spreche zu den Lebens- und Gesundheitsverhältnissen im Wehrgraben, die zum Teil heute noch bestehen. Über die Gründe können wir diskutieren. Wir können nicht immer nur von Wasserrechtsbescheiden sprechen. Es ist endlich einmal an der Zeit, über die Menschen zu sprechen, die dort unten gewohnt haben und heute noch wohnen. Wenn sich jeder bei bester Gelegenheit aus dem Wehrgraben davongemacht hat in die neugebauten Wohnungen der Gemeinde, der GWG, zur Ennsleite, in den Resthof usw., dann hat das doch seine Bedeutung. Die Bedeutung, daß dort Lebensverhältnisse geherrscht haben, die ihn einfach dazu gezwungen haben, dieses Viertel zu verlassen, obwohl man natürlich rückblickend die Wohngegend, die engere Heimat seiner Jugend als die Heimat betrachtet. Manche sind weggezogen, weil sie das so hochgeschätzte feuchte Klima nicht vertragen haben. Wenn Sie die Akten im Wohnungsreferat anschauen und auch zu Dir, Kollege Fritsch, werden Leute gekommen sein, die Dir amtsärztliche Bescheinigungen vorgelegt haben mit der Bitte um Unterstützung zur Zuerkennung einer anderen Wohnung, weg vom Wehrgraben, weil sie oder ihre Familienangehörigen dieses Rheuma und Bronchitis hervorrufende Luftgemisch nicht vertragen. Jeder wird mir das bestätigen können

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Das Luftgemisch?

GEMEINDERAT ERICH SABLIK:

Ja, Du sprichst ein schönes Deutsch, das ist Dein Beruf, ein anderer macht ein schönes Werkstück, weil das sein Beruf ist.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Aber da ist doch die Wortkonstruktion falsch!

GEMEINDERAT ERICH SABLIK:

Das macht nichts, Du bist Deutschlehrer

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte Sie, die Zwiesgespräche zu unterlassen.

GEMEINDERAT ERICH SABLIK:

Ich spreche so, wie man im Wehrgraben spricht. Dort werden die Worte nicht auf die Waagschale gelegt, sondern dort wird geschaut, was dahinter steht. Jedenfalls waren die Wohnungen, wo ich und andere aufgewachsen sind, klein. Sie bestanden aus einer kleinen Küche, die heizbar war, und einem großen Wohnzimmer, um eine zahlreiche Familie aufnehmen zu können. Solche Wohnungen gibt es heute noch im Wehrgraben und im Eysnfeld, sie sind eben 100 Jahre alt oder noch älter. In dieser kleinen Küche war die ganze Familie versammelt. Im Schlafzimmer hat sich selbst im ersten Stock die Feuchtigkeit der Luft in Eiskristalle kondensiert und da hat man darauf schreiben können. Hier sitzen Zeugen, der hat dort gewohnt, er und auch er. Ich habe nur auf Mitglieder meine Fraktion gewählt, um keiner Fraktion weh zu tun, daß sie vielleicht Mitglieder aus dem Wehrgraben in ihren Reihen haben. Wir hatten keine Sonne, weil die meisten Wohnungen nach Norden gerichtet waren. Die zwei- bis dreimal jährlichen Überschwemmun-

gen haben die Leute dort sehr belastet und das ganze Jahr über für zusätzliche Feuchtigkeit gesorgt. Wenn man von den sanitären Zuständen spricht, wie waren denn die Toiletanlagen? Es waren die heute vornehm umschriebenen "Plumpsklos", die in einer Senkgrube oder im offenen Kanal geendet haben. Diese Zustände finden sie dort unten auch heute noch vor. Wir haben in der Wehrgrabenschule das erste sogenannte "englische" oder Wasserklosett benützen dürfen. So waren die Zustände und wenn Sie heute die Erhebungen von Semsroth/Sackmauer anschauen – sie liegen dort am Fensterbrett – so brauchen sie nur nachschauen, Sie werden dort sehen, daß in den Häusern, von denen ich spreche, auch heute noch diese sanitären Zustände bestehen. Unsere Fraktion hat dazu nicht geschwiegen und sie vergessen, sondern Kollege Feuerhuber, der bald 25 Jahre im Gemeinderat tätig ist, hat sehr vehement bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen, daß es Zeit wird, dort endlich sanitäre Zustände herzustellen, die dem heutigen Erfordernis entsprechen. Was ist geschehen? Es wurde uns von den Baubehörden natürlicherweise immer wieder gesagt, ohne Kanalisierung, das muß man einsehen, ist es nicht möglich, diese alten Häuser, die teilweise unter dem Niveau der Straße liegen, zu kanalisieren, ist es nicht möglich, diese Senkgruben wegzubringen. Aus diesem Grund hat Stadtrat Fürst als Gesundheitsreferent gar nichts machen können, er hätte doch die Sperre der Häuser, die Delogierung der Bewohner veranlassen müssen, die diese Anlagen benützt haben.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Aber jetzt, derzeit kann man delogieren!

GEMEINDERAT ERICH SABLİK:

Wir können nicht delogieren, aber wir können einen Maßnahmenkatalog vorlegen, aus dem hervorgeht, welche Maßnahmen wir uns vorstellen, um in Kürze diesen Menschen menschliche Zustände bieten zu können. Heute sind die meisten Häuser an die städtische Wasserversorgung angeschlossen, früher hat man Brunnen gehabt. Brunnen, die nicht weit von der Senkgrube entfernt situiert waren. Warum wir das ausgehalten haben, weiß ich nicht. Heute würden wahrscheinlich Typhus und andere Seuchen in diesem Gebiet ausbrechen. Das gleiche gilt für die anderen Erfordernisse des Haushaltes, das Wäschewaschen zum Beispiel. Wir haben uns immer gespielt am Schwemfloß, das gegenüber dem Kellerer-Feuerwehrhaus situiert war. Dort haben unsere Mütter die Wäsche geschwemmt. Die mit Liebe fotografierten "Schwoab-Brückenl" – so wurden diese bezeichnet – die von Herrn Gradisnik dargestellt wurden, er hat auch mancher dieser Klos dargestellt, auf denen sind die Frauen gekniet – natürlicherweise auch im Winter – und haben die Wäsche im damals noch wesentlich reineren Wehrgrabenkanal geschwemmt. Wir Jungen mußten im Winter von zu Hause immer hin- und herlaufen mit einem Kübel mit heißem Wasser, damit sie sich die Fingern wieder wärmen konnten. Das ist nichts Erfundenes, sondern manche wissen das selbst noch. Heute sieht es sehr romantisch aus, wenn diese Schwemmbrücken romantische Schatten werfen und so manchen Fotografen verführen, daraus ein stimmungsvolles Bild zu machen. Die Folgeerscheinung davon war, daß diese Frauen sehr wohl Gelenksrheuma bekamen und daß manche alten Frau, die heute noch im Wehrgraben wohnt, verkrümmte Hände hat. Manche wollen nicht hinaus aus ihren Wohnungen, obwohl ihnen seitens der Stadt im Pensionistenheim Plätze angeboten wurden. Und wenn ich heute etwas verkrümmt dastehe, dann wahrscheinlich auch deswegen, weil ich mir den Rheumatismus im Wehrgraben geholt habe und nicht in der Christkindl- bzw. Schlüßlmayrsiedlung. Wenn Sie die Frauen heute erzählen hören, sie sprechen davon, daß sie beim Waschen von den Bisamratten angesprungen wurden. Ob das wahr oder unwahr ist, es war eine gefürchtete Erscheinung. Die Ratten gehörten zum Erscheinungsbild damals und gehören heute noch dazu. Wir haben als Kinder mit der Steinschleuder darauf Jagd gemacht. Das sind natürlich Zustände, die niemand gerne hört.

Sprechen wir über die Revitalisierung und sprechen wir, lieber Karl, über die Inhalte des Kataloges. Du sagst, Dir wird schlecht, wir aber haben dort wohnen müssen. Darum unsere Sorgen, darum unser Katalog, um bessere Lebensverhältnisse zu schaffen. Heute ist die Frage der Revitalisierung angeschnitten worden. Ich kann gewiß behaupten, mich seit 15 Jahren mit der Revitalisierung des Stadtbildes zu befassen.

sen und habe mit viel Interesse die Studie der beiden Wissenschaftler gelesen, nicht studiert, aber gelesen.

Kollege Treml hat verschiedene Häuser angeführt, die schon, zumindest innen oder außen, einer Revitalisierung zugeführt wurden. Wenn Sie bei der Aufzählung der Hausnummern aufgepaßt haben, werden Sie gemerkt haben, daß alle diese Häuser auf der Seite des Südhanges sitzen, und manche dieser Häuser auf Konglomeratfelsen sitzen, also von der Feuchtigkeit des Bodens nicht so sehr in Mitleidenschaft gezogen wurden. Als Beispiel wurde auch das Haus des Baumeisters Wintermayr angeführt, und zwar steht das in der Drahtzieherstraße. Dieses Haus steht auch neben einem Kanal und wurde hervorragend revitalisiert und saniert. Du hast aber eines vergessen, daß dieses Haus früher eine Werkstätte war, dann als Büro gedient hat und daß die Parterrewohnungen 3,5 - 4 m hoch waren, weil sie einmal Lager- oder Werkshallen waren. Es war daher für einen guten Baumeister keine Kunst, einen Sockel einzuziehen und darauf das bestehende Mauerwerk zu situieren, und zwar trocken zu situieren. Du kannst aber in der Wehrgrabengasse, vom Josefslazarett abwärts, die Häuser auf diese Weise nicht sanieren oder reaktivieren, zumindestens nicht im Erdgeschoß. Die Wohnungen dort sind durchschnittlich 2,20 - 2,30 m hoch und liegen mit dem Fußboden meistens 30 - 50 cm unter dem Niveau, unter dem jetzigen Straßenniveau. Das Haus kann man nicht heben. Man kann dort auch Blechplatten nach der neuesten Methode einschlagen, es wird doch immer wieder feucht sein. Semsroth/Sackmayer haben in ihrer Studie den Abriß von 16 Häusern vorgesehen, und zwar die Häuser vom Josefslazarett hinunter, und haben auf meine Frage hin offen gelassen, ob auch das Josefslazarett, das im Besitz der Stadt Steyr ist, ein Abbruchhaus ist.

Wir als Sozialistische Fraktion stehen voll hinter der Reaktivierung und Revitalisierung von Althäusern, von ganzen Ensembles, denn mit der Fassadenaktion allein ist nichts getan, es ist nur schön, sonst nichts. Ich glaube, für die Seite, die Semsroth angeführt hat, für die bleibt nichts anderes übrig als der Abbruch und ein Neubau mit entsprechenden Häusern. Keine Häuser mit Flachdächern, keine Betonschalen oder sonstiges, sondern Häuser ähnlich der in der Kollergasse, die der Bauausschuß nach langem Wenn und Aber bewilligt hat und die heute sogar in zwei europäischen Führern als Beispiele für die Revitalisierung einer alten Gasse gelten. Damals hat zwar unsere Lokalzeitung geschrieben, wir sollen unsere Namen im Bauausschuß in Erz gießen und vergraben lassen, damit spätere Jahrhunderte wissen, welche Trottel hier am Werk waren.

Hoffen wir eines, daß sich so wie bei den hervorragend restaurierten Häusern terhimmel, ein Mäzen findet. Ich spreche vom Antiquitätenhändler Alber, der seine Liebe zu alten Häusern in deren stilgerechten Revitalisierung zeigt. Er hat auch die sogenannte "Törggelen-Stube" so hergerichtet, daß sie sicher ein Aushängeschild für die Stadtbesucher ist. Wir müssen schauen, daß wir einen solchen Mann für die Fabrikstraße und die Wehrgrabengasse finden.

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich Sie vielleicht gelangweilt habe, bitte Sie aber trotzdem, unserem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Du brauchst Dich nicht entschuldigen, es gibt keine Beschränkung der Redezeit für die Diskussionsredner. Nächster Sprecher ist Kollege Wallner.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr verehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach den Jugenderinnerungen unseres Kollegen Sablik und dem fast vollständigen Lebenslauf, der uns hier dargeboten wurde, darf ich mir erlauben, aus meiner Sicht die Probleme des Wehrgrabens bzw. meine Ansichten zur Kenntnis zu bringen.

Die Probleme des Wehrgrabens fasse ich sicher – das können Sie mir glauben – sehr ernst auf. Trotzdem lassen Sie mich mit einem nicht so ernsten Zitat aus einer Zeitung beginnen. Vor nicht allzu langer Zeit, es war genau am 21. Jänner dieses Jahres, schrieb ein bekanntes öö. Nachrichtenblatt – den Namen darf ich aus werblichen Gründen verständlicherweise nicht nennen – daß Bürgermeister Weiss auf die Frage, ob er bei politischen Entscheidungen auch direkt ins Volk höre, folgendermaßen antwortete, und damit ein Geheimnis preisgab – ich zitiere noch immer die Zeitung: "Verkleidet wie Nick Knatterton mit kariertem, sportiver" – sportiv ist von mir – "Kappe und Lederjacke wandere er in regelmäßigen Abständen durch die alte Eisenstadt, um sich einen Eindruck zu verschaffen, wie Weiland Harun al Raschid, der Kalif von Bagdad." So schrieb damals die Zeitung. Dem Förderer von Kunst und Wissenschaft, und als gerechter Weise – Letzteres habe ich heute mittag dem Lexikon entnommen – hat bisher noch niemand dem Bürgermeister bei seinen Exkursionen erkannt. Selbst wenn er sich in den Wehrgraben begeben hätte, dann war er aber sehr gut verkleidet, denn niemand hat ihn dort gesehen, um sich – jetzt zitiere ich das letzte Mal die Zeitung – um sich dort einen Eindruck zu verschaffen. Erst am vergangenen Dienstag war er mit uns gemeinsam im Wehrgraben. Meine Fraktion hat aber weit vorher mit den Bewohnern dieses Stadtteiles gesprochen und diskutiert. Wenn der Herr Bürgermeister so wie wir dort gewesen wäre und mit den Leuten in ihren Wohnungen, also in ihrem unmittelbaren Lebensbereich, Gespräche geführt hätte, dann hätte er die echte Sorge dieser Leute herausgehört, die sie um den Weiterbestand des Wehrgrabengerinnes haben. Die oft mit einfachen Mitteln hergestellten Transparente, die wir bei unserem Rundgang unter den Fenstern und an den Fassaden gesehen haben und die alle für die Erhaltung des Wehrgrabengerinnes gesprochen haben, kann man nicht einfach als gelenkte Aktion abtun. Sie gaben die ehrliche Meinung der Bewohner dieses Stadtteiles wieder. Die Menschen wurden dort nicht gezwungen, ein solches Transparent beim Fenster ihrer Wohnung hinauszuhängen, sie taten es – das ist meine volle Überzeugung – auch mit voller Überzeugung, der Sache zu dienen. Die überwiegende Mehrheit der dort wohnhaften Menschen ist eben der Meinung, daß die seit Jahrhunderten bestehende untrennbare Einheit, Wasser und Bausubstanz, nicht angetastet werden darf.

Neben den unmittelbar betroffenen Bewohnern und den politischen Parteien im Gemeinderat, haben sich auch Einzelpersonen, im besonderen Serviceclubs, Gedanken über den Wehrgraben gemacht, weil sie nicht einfach einsehen wollten, daß es keinen anderen Weg als das Zuschütten gibt. Hiezu muß festgestellt werden, daß auch gar keine andere Lösung vorerst von Seiten der Gemeinde oder der Sozialisten untersucht wurde. Der Wehrgraben mit seiner Flußlandschaft und den dazugehörigen Baulichkeiten hat große Teile der Bevölkerung beeindruckt. Man wird sich mit dem Beschluß, den Wehrgraben zuzuschütten, nicht einverstanden erklären. Durch Bürgerinitiativen wurde der Anstoß zu städtebaulichen Aktivitäten gegeben, sodaß es zur Herausgabe des Werkes, das heute schon genannt wurde, über die Grundlagen zur Stadterneuerung unter der Leitung von Hierzegger gekommen ist. Es folgten Vorträge im Wissenschaftsministerium und Bundesdenkmalamt sowie bei Universitätsprofessoren, Städteplanern und Architekten. Durch verschiedene Aktionen, verbreitet in Presse, Rundfunk und Fernsehen, ist der Wehrgraben aus der Vergessenheit herausgetreten. Die Publikumsreaktionen haben gezeigt, daß der Wehrgraben als sanierungswürdig aufgefaßt wird. Mit der Veröffentlichung der Grundlagen zur Stadterneuerung, worin auch die Bevölkerung aufgerufen wurde, nicht nur das Werk zu lesen, sondern auch mitzudenken und Vorschläge zu bringen, sowie auch mitzuarbeiten, ist das Interesse am gesamten Projekt noch größer geworden. Bauten und Landschaften bilden zusammen das erhaltenswürdigste Gut der Stadt. Wenn man das Bild der Stadt und ihre Eigenart erhalten will, muß dieser gesamte Stadtteil als Ortsbild geschützt werden. Die ÖVP-Fraktion ist mit einem Großteil der Steyrer Stadtbevölkerung der Meinung, daß der Steyrer Wehrgraben in seiner gewachsenen Art, mit den Flüssen erhalten bleiben muß und begründet dies wie folgt:

1. Erhaltung der gegenwärtigen Wassersituation, denn ohne Wehrgrabengerinne geht das Charakteristische am Stadtteil Wehrgraben verloren. Der Wehrgrabenkanal mit seiner ganzen wassertechnischen Anlage, die über 500 – das sage ich bewußt nochmals – Jahre alt ist, stellt ein Denkmal der Arbeit dar. Auch Prof. Hierzegger spricht in seinem Gutachten von Zeugnissen für Leistung und Wohlstand, sowie vom Fleiß und der Tüchtigkeit der Menschen, die hier gearbeitet haben. In allen Sachverständigenausagen heißt es, daß Wasserläufe und Grünanlagen in hohem Maße das Kleinklima und die Luftqualität verbessern und dadurch ein hoher Freizeitwert einer Stadt entsteht. Eine Zuschüttung des Gerinnes, aus welchen Gründen immer, würde die Zerstörung eines historischen Gebietes bedeuten.

In diesem Zusammenhang darf ich hier an dieser Stelle fragen, nennen Sie mir einen Sachverständigen, der sich bisher für das Zuschütten des Wehrgrabengerinnes ausgesprochen hat?

2. Erhaltung, Sanierung und Revitalisierung ...

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Unverständlicher Zwischenruf (wurde vom Mikrofon nicht aufgenommen)

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Ich bitte Sie, Herr Bürgermeister, da müßte man heute in der Lage sein, wörtlich zu zitieren, wann der Herr Landeshauptmann eine solche Äußerung getan hat.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Unverständlicher Zwischenruf (wurde vom Mikrofon nicht aufgenommen)

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Es ist Hartl unterschrieben. Ich kenne den Unterschied zwischen Landeshauptmann Dr. Ratzenböck und Hartl sehr genau.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Im Auftrag des Landeshauptmannes!

STADTRAT MANFRED WALLNER:

2. Erhaltung, Sanierung und Revitalisierung der alten Bausubstanz. In Steyr haben wir bereits viele alte Bauten saniert und dafür glaube ich, sagen zu dürfen, alle miteinander großes Lob geerntet. Man empfindet selbst Freude an der Schönheit der Bauwerke. Es ist daher für mich undenkbar, daß gerade dieser Stadtteil in seiner Eigenart zerstört werden sollte. Bei unseren Besichtigungen, wie ich vorhin schon erwähnt habe, konnten wir, wie gesagt, feststellen, daß viele Bewohner dieses Stadtteiles dort gerne und zufrieden leben, und keine Veränderung – mit Ausnahme der Sanierung der Bauwerke selbstverständlich – wünschen. Die Gegend des Wehrgrabens ist eine ideale Wohngegend, ausgezeichnet durch a) Südlage, gute Durchgrünung, kein Lärm, kein Durchzugsverkehr, gute Luft, zentrale Lage – wie Sie wissen ca. 10 Minuten zum Zentrum – und fließendes Wasser. Das Wohngebiet im Wehrgraben stellt eine Alternative zu den fragwürdigen Wohnghettos – das sage ich mit voller Überzeugung – mit den Hochhäusern der meisten Stadtrandsiedlungen dar. Im Wehrgraben könnte man zukunftsorientierte Wohnqualität erreichen und damit für die Bürger dieser Stadt bessere Lebensbedingungen schaffen. Den derzeitigen Bauzustand können wir nur feststellen, dürfen uns aber nicht beeindrucken lassen und diesen Eindruck für eine Entscheidung heranziehen. Denken wir nur zurück an die alten und teilweise desolaten Häuser am Stadtplatz und im Stadtkern, die in den vergangenen Jahren so hübsch renoviert und mit pulsierendem Leben erfüllt wurden.

Im Namen der ÖVP-Fraktion darf ich Sie nochmals ersuchen, sowohl die Wasserläufe als auch das Ensemble mit der teilweise wertvollen Bausubstanz, laut dem Gutachten Sackmayer/Semsroth, zu erhalten und die Sanierung sowie Revitalisierung umgehend in Angriff zu nehmen. Wie wir dies auch finanziell schaffen könnten, wurde Ihnen heute von unserem Fraktionsführer Vizebürgermeister Fritsch bereits vorgeschlagen. Auch ich persönlich und ich bin sicher, auch die übrigen Verkehrsteilnehmer, werden gerne weiterhin auf Jahre über den Leitnerberg, so wie jetzt, hinauf- und hinunterfahren, wenn dafür mit

den zunächst für das neue Projekt des Teufelsbach-Abstieges vorgesehenen finanziellen Mittel der Wehrgraben erhalten und saniert werden kann.

Nun noch zu zwei Äußerungen des Herrn Bürgermeisters anlässlich seiner Stellungnahme. Wenn der Herr Bürgermeister gleich zu Beginn seiner Ausführungen die 11 Gemeinderäte, die seinerzeit im Februar bzw. im Juni 1972 den zitierten Beschluß gefaßt haben, namentlich genannt hat, so doch – so sehe ich es jedenfalls – nur deshalb, um jene Gemeinderäte, die heute anderer Auffassung sind, bloß zu stellen. Viel sanfter wird dies im Amtsblatt der Stadt Steyr, in der Folge 3 des heurigen Jahres, ausgedrückt. Dort steht: "seit 1972 haben sich im Vertretungskörper der Stadt große personelle Veränderungen ergeben." Als eines der damaligen Mitglieder des beschlußfassenden Gemeinderates stehe ich nicht an zu erklären, daß man eben durch geänderte Umstände andere Verkehrsverhältnisse, andere Lebensgewohnheiten, geänderte Maßstäbe usw. auch zu einer Revision der seinerzeitigen Ansichten kommen kann. Damit hoffe ich, kein Geheimnis zu verraten, auch bei manchen Mitgliedern der Sozialistischen Fraktion ist eine Wandlung ihrer Ansichten eingetreten. Den Beweis dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann ich nur dann antreten, wenn unser Antrag auf geheime Abstimmung angenommen wird.

Nun zur zweiten Bemerkung des Herrn Bürgermeisters, im Zusammenhang mit den Hack-Werken. Mit der Bemerkung, Herr Bürgermeister, vorhin, die Hack-Werke seien wegen ihrer Lage im Wehrgraben in finanzielle Schwierigkeiten gekommen – so ähnlich wurde das gesagt – haben Sie es sich etwas zu leicht gemacht. Mit dieser Bemerkung rückt Bürgermeister Weiss deutlich von der sonst in den letzten Tagen von Bundeskanzler Kreisky gebräuchlichen Verunglimpfung der Unternehmer im allgemeinen ab. Kreisky sagt, Sie hören das fast täglich in den verschiedensten Publikationen, die Unternehmungen kämen deshalb in letzter Zeit in so große Schwierigkeiten bzw. es käme zu Insolvenzen, weil es am Management mangelt und weil die Unternehmer zu viele Privatentnahmen tätigen würden. Gerade der Herr Bürgermeister als Kenner, ich kenne ihn schon viele Jahre, der wirtschaftlichen Zusammenhänge in Österreich, weiß ganz genau, daß seine Argumentation im Zusammenhang mit der Fa. Hack falsch und ich gestatte mir auch zu sagen, in der Situation, in der sich dieses Werk jetzt befindet, unpassend war. Auch die Bemerkungen des Bundeskanzlers sind als unqualifizierbar zu bezeichnen.

Es ist die verfehlte Politik der Sozialisten und die nicht mehr tragbare Belastung der Wirtschaft in diesem Land schuld an der katastrophalen Situation der Wirtschaft, Herr Bürgermeister.

Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Wallner. Nächster Sprecher ist Kollege Feuerhuber.

Zur Information. Die Rednerliste schaut wie folgt aus, nach Gemeinderat Feuerhuber sprechen Gemeinderat Eichhübl, Holub, Leithenmayr, Mausz zum zweiten Mal und Stadtrat Wippersberger.

GEMEINDERAT KARL FEUERHUBER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren!

Es wurde schon sehr viel gesprochen über die Erhaltungssubstanzen des Wehrgrabens. Verzeihen Sie mir, wenn ich jetzt die Aussage von Sackmayer /Semsroth, die Sie alle kennen, zur Hand nehme, um einige Auszüge daraus vorzutragen.

Die Professoren Sackmayer und Semsroth bezeichnen ihre Arbeit selbst nur als einen Versuch, sich mit der Problematik der Sanierung von Stadtteilen auseinanderzusetzen, die durch Veränderung der Wirtschaftsstruktur an Bedeutung verloren haben, deren städtebaulich architektonische Auswirkungen auf die Gesamtstadt jedoch noch so groß sind, daß eine Einhaltung von der Bevölkerung immer wieder zur Diskussion gestellt wird. Der Forschungsauftrag beinhaltete, die Sanierungsprobleme des Wehrgrabens zu untersuchen und generelle Lösungsvorschläge zu erstellen. Im Schlußwort führen sie aus, daß es ein wichtiger Schritt zur Sicherung des städtebaulichen Rahmenplanes für den Wehrgraben wäre, wenn man ihre Arbeit wenigstens bei allen Planungsentscheidungen befragen würde. Dies bedeutet aber auch nach den eigenen Worten der beiden Professoren, daß unter geänderten Zielvorstellungen Korrekturen am Rahmenplan möglich sind.

Sackmauer und Semsroth sind sich also selbst ihrer Grenzen bewußt, vertreten natürlich ihre Feststellungen und Vorschläge, die in erster Linie städtebaulicher Natur sind. Sie wollen und können auch gar nicht dem Steyrer Gemeinderat die Entscheidung abnehmen, der natürlich noch viele andere Gesichtspunkte beachten muß. Alle, die sich somit ausschließlich auf Sackmauer/Semsroth berufen, übersehen daher, daß diese ganz bewußt einige Entscheidungskomponente nicht durchstudiert haben. Wie bereits gesagt, ihre Untersuchung ist städtebaulicher Natur. Kommunalpolitische Probleme wie Finanzierung, Mehrkosten, Folgekosten, zweckmäßige Abwasserbeseitigung, Eigentumsverhältnisse, Hochwasser, künftige Wasserführung der Steyr, werden höchstens gestreift, aber nicht endgültig verhandelt.

Hier nur einige Bemerkungen. So kamen sie aus städtebaulichen Gründen zum Schluß, 16 Objekte einschließlich der Hack-Werke und unseres Gaswerkes im ältesten Teil des Wehrgrabengebietes abzureißen und neu aufzubauen. Dazu zählen auch die Gaswerksgasse 2 und 4, Wehrgrabengasse 1, 3, 5, 7, Wehrgrabengasse 9, Wehrgrabengasse 15 – dort ist derzeit der Verein Baüskultur untergebracht –, Wehrgrabengasse 25, Fabrikstraße 11, Fabrikstraße 20, 22 und 44.

Sie verwerten Grundstücke, die im Privatbesitz sind, sie verbauen den unteren Teil der buckligen Wiese. Dieses Gebiet kennen fast alle, es ist ein wunderbares Gebiet für Kleingärtner und zur Naherholung. Außerdem ist das ein Rutschgelände. Man kann hier sagen, es könnte dort pilotiert werden, damit hat es eine Festigung.

Sie siedelten allein im unteren Bereich des Wehrgrabens vom Direktionsberg bis zur Badgasse drei Gemischtwarenhandlungen bzw. Geschäfte des täglichen Bedarfes, eine Konditorei, acht Handwerksbetriebe, eine Pension, ein Café, zwei Gasthäuser, eine Trafik und ein Vergnügungslokal – das ist ja das allerschönste – an. Geschätzte Damen und Herren, ich weiß, wir in diesem Gebiet sind gesegnet mit drei Etablissements.

Sie bauen einen Kindergarten, und zwar dort, wo heute noch so schön 'Gasthaus' darauf steht –, obwohl wir im Landeskrankenhaus eine Einrichtung dieser Art haben, im Wehrgraben ein städtischer Kindergarten etabliert ist und im Wieserfeld ein privater Kindergarten seine Pforten geöffnet hat. Vertraglich bauen wir – wir hoffen, daß die Verhandlungen diesbezüglich demnächst abgeschlossen sein werden – gemeinsam mit dem Bund im Bereiche der ehemaligen Handelsakademie einen Besuchskindergarten für die Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen.

Sie erhalten in der Fabrikstraße Häuser, die die Architektengruppe Hierzegger der technischen Universität Graz kurzerhand wegrissen, um Platz für eine moderne Terrassensiedlung zu haben. Die Architektengruppe Hierzegger wurde schon einige Male zitiert. Diese Terrassensiedlung würde nach den Aussagen dieser Architektengruppe im Bereich Fabrikstraße 5, 7, 9, 11, 12, 13, 14, 16, 18 und 20 entstehen, also beginnend beim Gschaidenberg bis ungefähr zur Frauenstiege.

Sie behandeln nicht die Abwasserbeseitigung und die Verlegung des großen Verbandssammlers von Sierning bis zum Ortskai.

Sie kümmern sich nicht um bestehende wasserrechtliche Vorschriften und Zusicherungen des Wasserwirtschaftsfonds.

Für sie hört der Wehrgraben mit dem Mitterwasser bzw. mit der Wehrgrabengasse auf, als ob nicht das Eysnfeld genauso ein Problemgebiet wäre.

Es ist bedauerlich, daß sie in ihrem Studium – ich weiß nicht, ob sie den Auftrag gehabt haben oder nicht – dieses große Gebiet des Eysnfeldes nicht einbezogen haben. Auch das wurde schon einige Male zitiert, es ist das gleiche Problemgebiet wie der Wehrgraben selbst. Ich darf annehmen, daß doch vielleicht die Erkenntnis gewonnen wird, daß mit den Steyr-Werken das große Arrangement getroffen wird, um auch der Bevölkerung des Eysnfeldes endlich Wohnungen geben zu können, wie wir sie heute alle haben möchten. Die nach wissenschaftlichen Methoden erarbeiteten Grundlagen sind hervorragend. Wir kennen nun die Bevölkerungsstruktur, den Häuserzustand, die Dringlichkeit von Maßnahmen. Sackmauer/Semsroth gaben uns Entscheidungshilfen auf städtebaulichem Sektor. Den Gesamtkomplex aber müssen wir selbst beurteilen; dazu reicht diese Arbeit nicht aus. Mit ihr kann man nicht die rechtskräftigen letztmaligen Lösungsversuche für den Wehrgrabenkanal abändern, noch einen neuen Kanal verlegen, noch finanzielle Maßnahmen lösen.

Es in Verlangen daher, nur nach dieser Arbeit vorzugehen, würde zu neuerlichen Verzö-

gerungen der Assanierung und damit zu einem Weiterbestand der tristen Wohn- und Lebensverhältnisse unserer Mitbürger im ältesten Teil des Wehrgrabens für die nächsten Jahre führen, denn die Arbeit Sackmauer/Semsroth müßte noch in sehr, sehr vielen Bereichen umfassend ergänzt werden.

Nur in einer umfassenden Zusammenschau aller Probleme wird der Gemeinderat entscheiden können, Probleme aber, bei denen er bei Sackmauer/Semsroth keine Lösungen findet; er wird sich selber darüber ein Bild machen müssen.

Ich möchte aber nochmals betonen, daß es auch gar nicht die Absicht von Sackmauer/Semsroth war, uns die Entscheidung abzunehmen und eine Patentlösung anzubieten. Sie wollten uns nur Grundlagen zur Verfügung stellen und das haben sie zweifellos getan. Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Feuerhuber für seinen Beitrag.

Meine Damen und Herren, es ist neuerlich der Wunsch herangetragen worden, ein zweites Mal die Sitzung zu unterbrechen. Ich komme diesem Wunsch gerne nach und schließe die Sitzung für ca. 15 Minuten.

Pause von 20.15 – 20.35 Uhr

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Darf ich jetzt um Aufmerksamkeit für den nächsten Debattenredner bitten, es ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Bedauerlicherweise wurde die von Herrn Vizebürgermeister Schwarz angekündigte Fairneß und Sachlichkeit von Herrn Bürgermeister Weiss und auch von Gemeinderat Zagler nicht eingehalten. Nachdem mir meine vielen Vorredner bereits sehr viel weggenommen haben, möchte ich trotzdem aus der Sicht der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion und aus meiner persönlichen Sicht einiges zum Problem Wehrgraben und dessen Sanierung sagen. Sie gestatten mir daher, daß auch ich etwas weiter zurückgreife.

Im Jahre 1972 wurde vom Gemeinderat der Stadt Steyr ein Beschluß gefaßt, dem ein Kanalisierungsprojekt und Plan über den Wehrgraben zugrunde lag. Zweifelsohne hätte dessen Realisierung eine Zuschüttung des gesamten Wehrgrabengerinnes zur Folge gehabt. Als dieses Vorhaben nun in der Bevölkerung der Stadt Steyr bekannt wurde, wurden Gegenstimmen laut, man hörte aus verschiedenen Teilen die Meinung, man soll doch dieses Gerinne erhalten, die Charakteristik dieses Wehrgrabens soll bestehen bleiben. Von verantwortlicher Seite der Rathausverwaltung aber war man nicht bereit, diesen Argumentationen Gehör zu schenken. Man wischte diese Einwendungen aber mit den Worten vom Tisch, hier wären doch nur einige Schöngeister und Träumer am Werk. Nach einer relativ kurzen Zeit der Diskussion mit jenen, die sich für das Erhalten des charakteristischen Stadtteiles Wehrgraben einsetzten, erfolgten nun die Jahre der Ruhe. Man informierte die Bevölkerung nicht weiter, was denn nun eigentlich in diesem Wehrgraben geschehen soll und wie vor allen Dingen in Zukunft dieser Wehrgraben aussehen soll. Hat man nicht gerade deshalb so lange nicht darüber gesprochen, um heute jenen Argumentierern den Rücken zu stärken und jenen das Wort zu reden, die da meinen, bitte was soll denn mit dem Wehrgraben geschehen, es ist alles kaputt und es wäre das Beste, diesen zuzuschütten, um einen neuen Stadtteil aufzubauen. Man geht also bei dieser Argumentation von völlig falschen Grundlagen aus: Warum ist dieser Stadtteil heute in einem derart desolaten Zustand? Weil eben jahrzehntelang dort nichts geschehen ist. Man kann doch nicht immer vom Ist-Zustand ausgehen, sondern sollte sehr wohl den Soll-Zustand berücksichtigen. Die Wogen schienen sich geglättet zu haben, man konnte nun auf die 23 Mill. Schilling, die man vom Wasserwirtschaftsfonds erhalten hätte sollen – Entschuldigung, es sind 25 Mill. S – zurückgreifen und man war nun bereit, diesen Beschluß das Jahres 1972 zu realisieren. Man brauchte aber für dieses Vorhaben sozusagen eine Bestätigung, weil man sich nicht so sicher fühlte. Eine Bestätigung in der Form, daß auf Bestreben und Betreiben von Bürgermeister Weiss eine Studie vom Wissenschaftsministerium in Auftrag

gegeben wurde, hier Grundlagen zu erarbeiten, was sich die Wissenschaftler vorstellen, wie man einen Stadtteil sanieren kann. Selbstverständlich war man davon überzeugt, daß auch Wissenschaftler und Fachleute nicht anders denken können, so wie es sich eine Person offensichtlich vorgestellt hat. Doch siehe da, es kam anders. In einer einjährigen Arbeit der Professoren Sackmauer und Semsroth stellte sich eindeutig heraus, es kristallisierte sich immer mehr heraus und bestätigte sich endlich bei einer nicht öffentlichen Gemeinderatsitzung, wo beide Professoren anwesend waren, daß dieses Gerinne unter allen Umständen zu erhalten wäre. Natürlich sollten dabei auch die sanierungswürdigen Häuser hergerichtet werden, um den charakteristischen Stadtteil Wehrgraben zu erhalten. Man war aber noch immer nicht bereit, von verantwortlicher Stelle zu erkennen, daß im Bereich derjenigen, die mit Städteplanung, mit Revitalisierung und Stadterneuerung zu tun haben, ein Umdenken stattgefunden hat. Ein Umdenken auch bei den Verantwortlichen. Man hat eigentlich bis zu diesem Zeitpunkt noch nie von Kosten gesprochen. Man war also nicht nur dazu angetan, diesem Gutachten Gehör zu schenken, sondern Herr Bürgermeister Weiss ging sogar so weit, mit dem Zaunpfahl zu winken und bei der letzten öffentlichen Gemeinderatsitzung zu erklären, daß alle Gemeinderatsmitglieder, die heute anders darüber denken, einen Meineid geleistet haben. Das, meine Damen und Herren, hat uns zum Nachdenken angeregt. Zum Nachdenken darüber, warum man hier einerseits einen Beschluß mit aller Härte durchziehen möchte, andererseits aber davon sprach, daß das Problem des Wehrgrabens und wie es in Zukunft in diesem Wehrgraben aussehen soll, ein Anliegen der gesamten Bevölkerung sein soll. Wir haben daher die Voraussetzungen in der Form geschaffen, daß die Bürger bei einer Bürgerinitiative die Möglichkeit hatten, ihre Meinung zu äußern.

Es ist inzwischen ersichtlich geworden, daß an die 3.000 Bürger der Stadt Steyr sehr wohl dazu Stellung genommen haben, daß sie den Wehrgraben erhalten wollen.

Ich habe bereits vorhin erwähnt, man hat bis jetzt noch nicht von Kosten gesprochen, erst dann, als ersichtlich war, daß hier nicht nur einzelne Träumer und Schöngeister am Werk waren, begann man plötzlich zu arbeiten, um eine Kostenaufstellung hervorzu bringen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß das in dieser Geschwindigkeit nicht möglich ist, daß man über ein derart umfangreiches Problem und Projekt nicht in der Kürze Zahlen hervorbringen kann und dieses Projekt mit Zahlen belegen kann.

Es wurde auch im Amtsbericht immer wieder erwähnt, daß das nur Schätzungen sind.

Ich habe so den Eindruck, diese Schätzungen sollten eigentlich jene Gemeinderatsmitglieder im Bereich der Mehrheitsfraktion, die sehr wohl in nicht geringem Maße für die Erhaltung des Gerinnes vor nicht allzu langer Zeit, eingetreten sind, davor abschrecken, jetzt ihre Meinung zu revidieren.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es ist sehr erfreulich, daß heute ein Antrag der Sozialistischen Mehrheitsfraktion gestellt wurde, der in einem sehr umfangreichen Programm ein Punktesystem aufzeigt, wie man hier der Bevölkerung helfen kann. Dieser Antrag ist für uns deswegen nicht annehmbar, weil das an Bedingungen geknüpft ist, die wir uns außerstande sehen, anzuerkennen und dem zuzustimmen. Wir wissen sehr wohl, daß das Projekt Wehrgraben sehr viel Geld kosten wird, darüber sind wir uns im klaren. Es ist doch eigenartig, daß man einerseits von einem Projekt Leitnerberg spricht, dessen Tunellanlage an die 80 Mill. kosten soll, daß man aber andererseits nicht bereit ist, einen derart kulturhistorischen Stadtteil, den Wehrgraben, zu erhalten, aus dem zweifelsohne die geschichtliche Weiterentwicklung der Eisenverarbeitung abzulesen ist. Wir wollen, daß im Wehrgraben rasch etwas geschieht, wir wollen, daß eine Kanalisierungsanlage durchgeführt wird. Wir wollen aber im Sinne vieler tausender Steyrer Bürger vermeiden, daß der Resthof eine Etage tiefer gesetzt wird.

Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Beitrag. Der nächste Debattenredner ist Kollege Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich wußte nicht, daß es so eilig ist. Mir ist schon einmal gesagt worden, daß ich es zu eilig hätte. Der Anfrager ist leider Gottes schon verstorben, das tut mir persönlich leid.

Die Situation, in der ich jetzt da stehe, ist für mich durchaus nicht einfach. Ich möchte ohne Emotion über ein Thema reden, das die ganze Stadt angeht, das es wert wäre, daß man es außerhalb des Parteienstreites stellt und daß es eigentlich viel zu schade ist, daß es der Profilierungsmöglichkeit einzelner Mandatäre dienen sollte. Offensichtlich ist dieses doch so schwerwiegende Problem zur rhetorischen Gymnastikstunde ausgeartet. Wollen wir versuchen, das hintanzustellen, ich werde mich jedenfalls bemühen, sachlich zu sein. Sie, meine Damen und Herren insbesondere von der Mehrheitsfraktion, glaube ich, haben sich schon davon überzeugt, daß der Holub nicht ganz auf den Mund gefallen ist

Mehrere Zwischenrufe.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Es wäre schön, wenn jetzt im Protokoll stünde, Holub grinst.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Allgemeines Gelächter wird im Protokoll eingetragen!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Darf ich versuchen, weiter zu reden, ohne Sie im Gelächter zu stören.

Es tut mir wahnsinnig leid, daß es Mißverständnisse gegeben hat um den einen Antrag, den wir vorgelegt haben, hinsichtlich der Volksbefragung. Die Formulierung war: "Als Gegenstand der Volksbefragung wird gemäß § 63 a Abs. 4 des Stadtstatutes festgelegt, soll die unbedingt notwendige Sanierung des Wehrgrabengebietes unter Erhaltung des derzeitigen Gerinnes erfolgen." Das könnte man andersrum auch lesen: Die Kanalisierung des Wehrgrabengebietes ist unbestritten unbedingt notwendig. Ich nehme an, da sind wir einer Meinung. Die Frage an die Bevölkerung wäre korrekterweise da herauszulesen, soll dabei das Gerinne erhalten bleiben, ja oder nein? Es ist aber nicht ersichtlich, was bei dieser Tendenz der Anfrage gegen eine Verordnung gezielt sein soll, vielleicht kann man das in diesem Lichte noch einmal überprüfen, Herr Vorsitzender.

Über die Situation im Wehrgraben wurde schon durch einige Vorredner aus berufenem Munde, weil dort aufgewachsen, berichtet. Ich kann zum Wehrgrabengebiet nur sagen, ich finde es schön. Es wurde schon einmal in Frage gestellt, von einem sehr nüchternen Menschen offensichtlich, daß man den Begriff Schönheit nicht definieren könnte. Aber, wenn jemand bei einem Anblick Wohlbehagen empfindet, so kann des nichts Verkehrtes sein. Ich glaube, das ist aus dem natürlichen Empfinden des Menschen ohne weiteres ableitbar. Ich sehe gar nicht ein, daß man Kulturgüter - auch dieses Gerinne ist Kulturgut - fahrlässig zugrunderichtet, ohne dabei die anderen Alternativen abzuprüfen. Ich appelliere nochmals, insbesondere an Sie von der Mehrheitsfraktion, bitte machen Sie es sich nicht noch schwerer, als es ohnehin schon ist, machen Sie es sich und der Bevölkerung nicht noch schwerer, als es ohnehin schon ist. Es wäre halt schön gewesen, wenn es gelungen wäre, die ursprünglichen Absichten durchzusetzen, das Wehrgrabengebiet frei zu diskutieren. Das wäre so schön gewesen. Sie können allerdings eines, meiner Partei und dem von Ihnen heute so oft zitierten Spitzenmandatar, Vizebürgermeister Fritsch, sicherlich nicht das Recht abnehmen, Meinungen zu äußern. Sie können uns aber nicht das Recht absprechen, uns verantwortlich Gedanken zu machen für diese Stadt. Wir wissen, daß Sie die "mehrten" sind, aber bitte lassen Sie uns wenigstens mitdenken, ohne dabei quasi eine kriminelle Handlung dahinter zu sehen, die soweit zu inkriminieren wäre, daß man den Gemeinderat mit Anträgen befassen muß, daß diese, oh so schlimme Österreichische Volkspartei, diese ihre Haltung nicht nur begründen, sondern auch fortwährend in angemessener Zeit detailliert untermauern muß. Das geht doch etwas weit, das wissen Sie selbst. Leider Gottes kann der Anschein nicht mehr zerstreut werden, daß es überhaupt um die Sache nur mehr sekundär geht, sondern daß es einfach darum geht, irgendwo muß ein Sieger sein. In demokratischen Verhältnissen ist halt der Sieger in der Regel die Mehrheit. Wer geht dabei darauf? Der Bürger und ein Stadtteil. Das müssen wir uns doch auch verantwortungsbewußt vor Augen halten. Ich wäre nach wie vor der Ansicht, bei Konsensbereitschaft mit der Mehrheitspartei müßte man auch über den vorlie-

genden Antrag reden können, der für uns völlig inakzeptabel sein muß in der derzeitigen Fassung. Sie werden uns doch nicht zubilligen, daß wir abqualifizierende Worte über Vizebürgermeister Fritsch womöglich noch gutheißen, nur weil da mit verkoppelt – das ist ja das Raffinierte an dem Vorgehen, taktisch außerordentlich gut gemacht, nur leider Gottes sollte das kein Spielzeug für Taktiker sein, sondern für verantwortlich Denkende. Die Dinge wären so gelagert, daß wir doch alle miteinander der Auffassung sind und das „Ja“ alle Fraktionssprecher schon geäußert haben, daß wir als Politiker die Verpflichtung hätten – beinahe hätte ich gesagt, verdammt noch mal, aber das würde wahrscheinlich wieder einen Ordnungsruf nach sich ziehen – einen Bebauungsplan herbeizuführen. Sie formulieren das in Ihrem Antrag, Sie können in den Protokollen nachlesen – ich will jetzt keine Vaterschaftsprozesse führen – daß das meine Fraktion genau so gefordert hat und wahrscheinlich noch öfter als Ihre. Aber ich will mir jetzt nicht ein Federl an den Hut stecken, ich will nur haben, daß der Stadtteil Wehrgraben wertfrei und parteistreitfrei diskutiert wird. Kann denn das so schwierig sein? Ich weiß jetzt nicht, wieviel Prozent Fläche unseres Stadtgebietes das ist. Vielleicht werden Sie mir sagen, ich hätte mich besser vorbereiten sollen

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Genau 26,8 km².

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Wieviel Porzent der Stadtfläche das sind, das müßte man jetzt ausrechnen. Nachdem die Wasserfläche schon abgezogen wurde, wäre das ein sinnvoller Vergleich, denn die Stadt besteht nicht nur aus Wasser, sondern aus mehr. Sie besteht auch aus Häusern und Bürgern, auch das wissen wir alle. Letzten Endes geht es dem Kommunalpolitiker um den Bürger und nicht um die Partei. Das muß doch klar sein und bitte versuchen wir doch – glauben Sie mir, der Appell ist ehrlich – nicht nur zu gewinnen, denn dabei verliert die Stadt, das wissen Sie, das wissen wir, nur sagen traut sich das niemand.

Es tut mir wahnsinnig leid, daß es so schön begonnen hat heute mit den Eröffnungsworten des derzeitigen Vorsitzenden Vizebürgermeister Schwarz, der das alles gesagt hat.

Es ist kein Problem einer Partei alleine, sondern Du hast wörtlich gesagt, es ist das Problem der Stadtteile und der Stadt. Alle Parteien haben sich ihre Gedanken dazu nicht nur gemacht, sondern bitte sehr auch zu machen. Das ist nicht nur das Recht einer politischen Partei, sondern auch die Pflicht. Wenn man sich dazu Gedanken macht, dann kann das auch nichts Böses sein.

Ich würde Sie sehr ersuchen, doch über Ihren eigenen Antrag noch einmal nachzudenken. Daß Sie gewinnen werden, daß Sie gewinnen können, das ist uns von der Österreichischen Volkspartei klar. Ich weiß nur nicht, ob Sie als strahlender Sieger aus der möglicherweise Abstimmung herausgehen. Ob der Bürger tatsächlich sagt, jawohl, da haben jetzt die Besseren gewonnen, oder ob er nur sagt, da haben jetzt die "Mehran" gewonnen, die durchaus ihren Willen durchsetzen wollen. Ihre Gedanken rund um die Haussanierung in diesem Papier sind ganz ausgezeichnet, es sind vorzügliche Gedanken dabei, das will niemand abstreiten. Man müßte zwar sicher das eine oder andere noch im Detail diskutieren, gerade weil da so gute Gedanken drinnen sind, wäre es schade, wenn das mit "Ho-ruck" über die Bühne geht und vielleicht der eine oder andere ergänzende Gedanke nicht dazu kommen kann, nur weil er von den bösen "Schwarzen" oder "Blauen" kommt. Ich verstehe auch unter Demokratie, das Miteinanderreden nicht verlernen. Wir sind, das bemerke ich mit großer Sorge, am besten Weg dazu, dieses Miteinanderreden zu verlernen, daß wir uns nur mehr selbst provozieren mit verbalen Stellungnahmen, die sicherlich weitgehend aus des einen oder anderen Sicht Hand und Fuß haben mögen, die aber der Sache durchaus nicht dienlich sein können.

Bedenken Sie bitte noch einmal, daß es darum geht, altes historisches Gut in der Stadt zu schützen. Ich habe schon mehrmals gesagt, es geht auch hier um Kultur. Und ich habe schon mehrmals – nicht in diesem Raum, sondern nebenan – gesagt, daß Kultur zweifellos die Summe aller bewußten Lebensäußerungen ist. Wenn es eine bewußte Lebensäußerung einer Bevölkerung ist, mit diesen Dingen einfach zerstörend umzugehen, dann nenne ich

das nicht Kultur, sondern Unkultur, und der wollen wir uns – so hoffe ich – von der Öffentlichkeit nicht schimpfen lassen.

Wenn Sie Ihr Papier nehmen und durchschauen und dabei die – meiner Meinung nach nicht begründeten, aber Sie werden sich schon etwas dabei gedacht haben – Angriffe auf meine Partei und deren Spitzenmandatäre weggeben und nur die vernünftigen Sachaussagen heranziehen, dann wäre das ein Papier, über das zu diskutieren es quer durch die Parteien sehr wohl wert wäre. Aber bitte nicht in der heutigen Beschlusssitzung, das ist meine private bescheidene Meinung, nicht in einer emotionalisierten Beschlusssitzung, sondern in einem – ich könnte mir persönlich vorstellen – Arbeitskreis oder ähnlichem. Das wäre doch eine wunderschöne Maßnahme, wo man auch der Bevölkerung klarmachen könnte, daß es Politikern um mehr geht als um Show-Effekte. Für den Anfang, so denke ich, war es genug.

VI ZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Holub. Als Nächsten bitte ich Kollegen Leithenmayr.

GEMEINDERAT LEITHENMAYR:

Meine Herren Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Irgendwo haben wir heute eine neue Situation im Wehrgraben in dieser Angelegenheit, und zwar deswegen, weil die ÖVP eine Alternativlösung präsentiert hat mit diesem OKA-Projekt, die das Gerinne retten kann. Sie sieht darin eine große Chance, eine Lösung herbeizuführen. Die Frage, ob es tatsächlich die Chance ist, ist eigentlich für mein Gefühl noch nicht beantwortet worden. Sie ist deshalb nicht beantwortet worden, weil dazu viel zu wenig Aussagen vorliegen. Die Fragen, die Kollege Pimsl vorgetragen hat, und die den Inhalt gehabt haben, wie soll es nachher aussehen, sind leider von der ÖVP nicht beantwortet worden. Ich kann mir auch vorstellen, daß das äußerst schwierig sein wird und daß das kaum jemand kann in der gegenwärtigen Phase der Überlegungen. Alle jene, die das Gerinne erhalten wollen, die also sehr betont auf den Schutz der Landschaft eingehen, die müssen sich auch fragen, wie wird denn diese Landschaft am Gerinne aussehen, wenn wir dort einen Kraftwerksbau haben? Die müssen sich doch fragen, wie wird denn die Dotierung des Gerinnes mit Wasser aussehen, wenn man Energie erzeugen will? Die werden sich die Frage stellen müssen, wie wird das ausschauen, wenn man mitten im Stadtgebiet Kraftwerksbauten errichtet? Wir haben doch in aller Welt ständig erlebt, daß gegen Kraftwerksbauten, ganz egal ob das Wasser-, Kohle- oder Atomenergiekraftwerke betrifft, Bürgerinitiativen sofort Sturm laufen. Ich kann mir also kaum vorstellen, daß durch Kraftwerksbauten in diesem Gebiet nachher ein Zustand der großen Beglückung gegeben erscheint. Diese Fragen müssen natürlich auch beantwortet werden, mit denen werden wir uns trotz des Projektes der OKA, sollte es zur Durchführung gelangen, beschäftigen müssen, und zwar auch wieder im Gemeinderat. Es wird wahrscheinlich auch dazu sehr verschiedene Auffassungen geben. Darüber bin ich mir im klaren.

Der einstimmige Beschluß aus 1972 war daher der Ausgangspunkt, alle Planungen waren genehmigt, von allen Stellen. Die Realisierung ist nicht deswegen nicht erfolgt, weil man im Rathaus vor Furcht gezittert hat 1972 – ich war noch nicht da, kann es mir aber nicht vorstellen bei den noch vorhandenen Kollegen – sondern weil die finanziellen Möglichkeiten in diesem Ausmaß nicht gegeben waren, die eben erst jetzt, seit Dezember 1980, zur Verfügung stehen. Daher ist man an die Realisierung gegangen. Ein Bescheid, der von der politischen Verantwortung her – wenn man das Wort gebrauchen darf – hinter dem die oberste Wasserrechtsbehörde steht, meines Wissens sind das Landesrat Winetzhammer, Landeshauptmann Ratenböck – sagt rechtskräftig, daß das so gemacht wird, wie die Sozialistische Fraktion das beschließen wollte. Es ist sehr problematisch und schwierig, nicht nur für die Bevölkerung sondern auch für den Gemeinderat, wenn der gleiche Landesrat – allerdings in einer anderen Funktion – den Brief an den Bürgermeister schreibt – ich entnehme das der Steyrer Zeitung – : Der Wehrgraben in Steyr ist, wie Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister bekannt ist, in seiner Eigenart für ganz Österreich ein einmaliges, industriearchäologisches Denkmal, dessen Zerstörung einen unersetzlichen Verlust, nicht nur für die Stadt Steyr, sondern für ganz Österreich, darstellen würde. Er schreibt das in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des österr. Nationalkomitees der europäischen Kampagne für Stadterneuerung. Schwierig deswegen, hat jetzt Landesrat Winetzhammer die Verantwortung für den Bescheid, und hat das der andere Herr Winetzhammer in dem Brief geschrieben, was meint er denn da eigentlich?

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Dieses Schreiben hat Dr. Hartl unterzeichnet

GEMEINDERAT LEITHENMAYR:
Ja im Auftrag des Landeshauptmannes.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Was kann Landesrat Winetzhammer dafür?

GEMEINDERAT LEITHENMAYR:

Er ist derzeit der politisch Verantwortliche, wenn ich richtig informiert bin. Der muß das ausführen, was bescheidmäßig seine Vorgänger erlassen haben, das nehme ich an. Er hat die politische Verantwortung dafür zu tragen und schreibt gleichzeitig einen schönen Brief. So wird es halt in der Politik gemacht, die Orientierung ist damit für uns äußerst schwer und es ist schwierig für jeden, sich darauf einen Reim zu machen. Es ist glaube ich bekannt, daß ich nicht und auch nicht die Mitglieder der Sozialistischen GR-Fraktion fanatische Wehrgrabenzuschütter sind, das ist auch angedeutet worden. Man kann nicht einfach unterstellen, es soll Gewinner oder Verlierer geben. Ich behaupte noch immer, trotz verschiedener Auffassungen, daß alle das Beste wollen, wenngleich verschiedene Wege begangen werden sollen. So kann man das auch sehen. Die Frage der Umwelt ist natürlich auch ein relativer Begriff. Kollege Holub hat gesagt, er hat Wohlbehagen, wenn er den Wehrgraben sieht. Ich will ihm gerne zustimmen, das ist ein schönes Gefühl, ich habe auch Wohlbehagen, wenn ich in einem geheizten Raum bin und in den Regen hinaussehe. Nur wenn ich dann im Regen stehe, ist das wieder etwas anders. Wasser in einem Fluß, das ist eine herrliche Angelegenheit, Wasser in der Mauer ist eine schlechte Sache. Das sind die Gründe, die wir dort in diesem Bereich vorfinden. Natürlich sagt Kollege Tremel, man könnte die Sanierung des Gerinnes von der Sanierung der Bauten trennen, natürlich könnte man das. Man muß sich aber der Tatsache bewußt sein, daß der Beschlußfassung und den Bescheiden entsprechende Unterlagen und Planungen zugrunde liegen. Es gibt keine Planung, die aussagt, wie das Kraftwerk aussehen wird, so wird unter Umständen ein Druckrohr verlegt sein, wie werden die Kanalsammler verlegt werden, wie sieht die Planung und Genehmigung für die Kraftwerksbauten aus? Wie schaut es mit der wasserrechtlichen Genehmigung aus? Das sind alles Fragen, die erst geklärt werden müssen und die zwangsläufig wieder sehr viel Zeit erfordern. Zeit, in der man hätte Positives in diesem Bereich machen können.

Es ist halt so, weil mir gerade das Amtsblatt einfällt, dort ist die Rede von dem morbiden Zauber der alten Häuser. Es ist heute schon von freiheitlicher Seite der Ausdruck gefallen, die weisungsgebundenen Beamten sind nicht in der Lage, sich zu artikulieren, weil sie unter Knute der Mehrheitsfraktion stehen. Im Amtsblatt kommt sehr deutlich zum Ausdruck, daß auch eine andere Meinung zum Zuge kommen kann, denn hier steht geschrieben, daß die alten Häuser einen Zauber ausstrahlen. Allerdings in erster Linie für den Betrachter und der verflüchtigt sich rasch, wenn er drinnen wohnen müßte. Es ist daher dringend notwendig, in diesem Bereich Maßnahmen zu setzen, und zwar schnelle Maßnahmen. Das war eigentlich der Beweggrund unserer Fraktion in der Weise, wie wir das ursprünglich vorgetragen haben. Diese Chance ist wahrscheinlich im historischen Teil des Wehrgrabens wieder für einige Zeit dahin. Es werden also weiterhin, wenn wir den heutigen Beschluß fassen, der von der Sozialistischen Fraktion vorgetragen wurde, weiterhin Weiß- und Flußfische – das gibt es laut Steyrer-Zeitung – Rotfedern, Flußkrebse und anderes sich dort tummeln, einträchtig im Kanal Wehrgraben, der immer weiter rinnt und wahrscheinlich noch mehr verunreinigt wird. Ohne Planung und Ausführung des Baues von Kraftwerken wird es halt nicht möglich sein, daß man dort rasant darangeht und in einem Sinn vorgeht, der uns allen vorschwebt.

Die Sozialistische Fraktion kann in dieser Situation; wo alles wieder offen ist durch diese Alternative, nur ihre Mobilität beweisen, die Herr Vizebürgermeister Fritsch gefordert hat, indem wir uns auch auf diese überraschend gekommene Alternative einstellen. Mir persönlich wäre es lieber, wenn wir unsere gesamte Tatkraft einsetzen könnten, um dort wirklich etwas zu tun. Es bleibt aber trotzdem der Wunsch offen, und es besteht auf Grund unseres Antrages die Chance, zumindest im übriggebliebenen Bereich Sofortmaßnahmen zu setzen.

In diesem Sinne würde ich alle Mitglieder des Gemeinderates bitten, doch diesen Antrag zu unterstützen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Leithenmayr. Nächster Sprecher ist Kollege Mausz zum zweiten Mal.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Geschätzte Damen und Herren, ich möchte nur Kollegen Zagler – den ich zwar nicht sehe, weil er durch die Säule verdeckt ist – der versucht hat, unsere Bürgerinitiative ins schiefe Licht zu setzen, und uns sogar unterstellt hat, daß hier Mißbrauch mit demokratischen Einrichtungen gemacht würde, antworten. Den Vorwurf des Mißbrauchs weise ich ganz entschieden zurück, denn man stellt eigentlich hier den Bürger als den Dummen her, der bis jetzt unsere Vorlagen unterschrieben hat. Kollege Zagler hat hier etwas ganz anderes herausgelesen, als drinnen steht. Ich bin gerne bereit Dir, lieber Helmut, das zu erklären, wenn Du mir die Karte unterschreibst. Nur dann ist das sinnvoll, sonst ja zwecklos.

Ich möchte nicht mehr auf die einzelnen Details eingehen, ich habe unsere Meinung ganz offen dargelegt und möchte nochmals darum bitten, daß man unsere Initiative, die wirklich im Sinne der Bürger und nicht aus parteipolitischer Taktik – soviel Realisten sind wir, daß vier Jahre vor einer Wahl solche Taktiken absolut nichts bringen, wenn man das so deutlich aussprechen muß – unterstützt. Uns geht es hier wirklich um die Bevölkerung, die das Gerinne erhalten will. Wir haben uns das nicht aus den Fingern gesaugt und gesagt, wir Freiheitlichen müssen jetzt etwas unternehmen, daß wir in der Zeitung stehen und daß sich etwas tut. Das wäre genau so, wenn heute einer einen Betrieb eröffnet und etwas erzeugt, wonach kein Bedarf besteht. Der Bedarf war da und wir haben uns darum gekümmert.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Mausz. Ich darf jetzt den Vorsitz an Kollegen Fritsch abgeben, denn ich hätte mich auch gerne an der Diskussion beteiligt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Kollegen Schwarz um seinen Beitrag.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich glaube, in der heutigen Diskussion ist aus allen Beiträgen zu entnehmen, daß niemand daran denkt, etwas Schlechtes im Wehrgraben zu wollen. Das, glaube ich, kann man allen unterstellen, die sich heute bisher zu Wort gemeldet haben. Ich nehme das auch allen ab. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß in der Öffentlichkeit – daß das heute nicht zugegeben wird, ist erschreckend – es immer wieder so dargestellt wird, als ob die Sozialistische Fraktion die Zuschüttung des Wehrgrabengerinnes befürwortet. Das ist nicht richtig, das möchte ich ausdrücklich betonen. Die Meinung der Sozialistischen Fraktion geht dahin, eine machbare Lösung im Wehrgraben zu finden, nur darum geht es und um sonst nichts. Ich glaube aber, daß man eingangs auch darauf hinweisen sollte, weshalb und warum die Zustände in diesem Gebiet so sind. Die Sanierungsbedürftigkeit und – würdigkeit wird von niemandem bestritten, von allen anerkannt. Es scheint mir aber notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Zustände, die dort herrschen, nicht so, wie sie vielfach hier dargestellt werden, auf Versäumnisse der öffentlichen Hand zurückzuführen sind, dies ist keinesfalls so. Dieses Gerinne, das mehr als 500 Jahre besteht, wurde zum Zwecke der gewerblichen Nutzung errichtet und die Anlagen haben in der Zwischenzeit vollkommen ihre Aufgabenstellung verloren. Die Betriebe, die Interessenten, die Wehrgrabenkommune also – die seinerzeitigen Besitzer – haben, so lange diese Wasserkraft bestanden hat, auch dafür gesorgt, daß die Gerinne entsprechend instand gehalten werden, daß die Einrichtungen, die dafür nötig sind, auch die nötige Wartung erfahren. In dem Augenblick aber – das muß man hier auch zum Ausdruck bringen – als diese Notwendigkeit für die Wirtschaft nicht mehr gegeben war, hat man sich abgeputzt. Man hat versucht, das Gerinne abzustößen. Was ist übrig geblieben? Wir haben gezwungenermaßen auch hier wieder zugreifen müssen. Ich darf daran erinnern und glaube, daß sich die damaligen Besitzer, die damaligen Wasserberechtigten, bei ihren Überlegungen bei der Abgabe des Gerinnes in keiner

Weise Gedanken darüber gemacht haben, daß es sich bei diesem Gerinne um ein Kultur-
gut handelt oder daß es historische Werte sind. Nur wirtschaftliche Überlegungen sind
im Vordergrund gestanden und nichts anderes. Meine Damen und Herren, das muß auch
einmal gesagt sein. Hier wird dann immer die öffentliche Hand zur Kasse gebeten. Die
Gemeinschaft, die Steyrer in diesem Fall, werden gezwungen, und die Vertreter dieser
Stadt werden in der Öffentlichkeit schlecht gemacht, weil sie sich für die Interessen der
Gesamtheit der Steyrer einsetzen, und weil sie nicht einfach Dinge übernehmen, die uns
andere übertragen und überlassen haben und sich nicht mehr darum gekümmert haben, was
damit überhaupt passiert. Es gäbe viele Beispiele in diesen Bereichen, ich möchte aber
keine anführen, weil sie bekannt sind. Man muß beachten, daß die Maßnahmen, die wir
zu setzen haben, solche sein müssen, die im Sinne aller Interessenten vorgenommen wer-
den. Sie müssen aber auch – das muß man auch sehr deutlich darstellen – technisch durch-
führbar sein und sie müssen auch finanzierbar sein. Man kann nicht einfach sagen – das
ist ein Schlagwort – dort wo die Kunst anfängt, hört das mit dem Geld auf, so ähnlich hat
es Kollege Mausz hier dargestellt. Da braucht man nicht über Finanzierungen reden, Kunst
ist ein eigenes Gebiet. Aber, meine Damen und Herren, die Realität zeigt, daß es doch et-
was kostet. Ich kann nicht sagen, das gibt es nicht, das Problem gibt es nicht. Es muß doch
jeder einsehen, daß es vorhanden ist und daß es die Sorgen sind, die uns alle veranlas-
sen, diese Mittel entsprechend aufzubringen.

Meine Damen und Herren, auf eines möchte ich ganz besonders eingehen. Kollege Sablik
hat in seinen Ausführungen – die mir übrigens sehr gefallen haben – das Problem im Kern
getroffen, denn es geht in erster Linie um den Menschen im Wehrgraben. Er hat geschil-
dert, wie die Menschen im Wehrgraben derzeit leben. Um diese Menschen müssen wir uns
kümmern. Alle Entscheidungen, die wir zu treffen haben, sind nur im Sinne dieser Men-
schen zu treffen.

Wir haben in der Liegenschaftsverwaltung derzeit 150 Wohnungsansuchen aus dem Wehr-
graben liegen. Das ist weit über dem Durchschnitt der Wohnungsansuchen, verglichen mit
anderen Stadtteilen. Diese 150 Menschen suchen andere Wohnungen und es ist unsere Ver-
pflichtung, Ihre genau so wie meine und die eines jeden hier herinnen, daß diese Wünsche
dieser Menschen, die andere Verhältnisse suchen, erfüllt werden. Die Menschen im Wehr-
graben sind gleich denen, die in anderen Stadtteilen wohnen. Über diese Dinge wird in
der Öffentlichkeit nicht ein Wort verloren und überhaupt nichts gesagt. Schlagworte helfen
diesen sorgenbeladenen Bürgern unserer Stadt in keiner Weise, das muß ich hier ganz
deutlich zum Ausdruck bringen.

Ich möchte noch auf etwas hinweisen, weil die öffentliche Hand immer wieder die ist, die
überall eingreifen muß. Wie schauen denn die Besitzverhältnisse aus? Auch davon wurde
heute schon einige Male gesprochen. Auf Seite 18 des Berichtes von Semsroth/Sackmayer –
ich schätze übrigens diese Unterlagen sehr, zwar nicht in allen Bereichen, aber in vie-
len, denn sie dienen wirklich als echte Entscheidungshilfe – ist angeführt, daß die Steyr-
Werke 50,9 % des Grundes besitzen und 30 % übrige private Besitzer, 9,8 % sind im Be-
sitz privatrechtlicher Körperschaften und nur 9,8 % des gesamten Wehrgrabengebietes sind
im Besitz der Stadt. Hier tut man so, als ob die Stadt in diesem Bereich die Hauptverant-
wortung trägt? Das muß ich ganz entschieden zurückweisen, weil ich glaube, daß eine Sa-
nierung in diesen Bereichen nur möglich ist, wenn alle betroffenen Stellen, alle privaten
Besitzer und die Steyr-Werke gemeinsam mit uns Lösungen suchen und wir gemeinsam diese
Lösungen treffen. Die Steyr-Werke sind dazu bereit, das darf ich hier ganz deutlich sa-
gen. Ich habe ein Projekt hier, das bereits am 17. 1. 1980 von einem Steyrer Architekten
ausgearbeitet wurde und im wesentlichen das Projekt Eysnfeld umfaßt. Ich glaube, wir soll-
ten im Bereich Eysnfeld besonders einsetzen, weil dort ein sehr großer Haus- und Besitz-
stand herrscht. Nur glaube ich, wir müssen bei allen Dingen, die wir dort wohnungsmäßig
verbessern, diese so durchführen, daß sie auch von den Menschen angenommen werden.
Utopische Vorstellungen haben keinen Sinn, wenn jemand sagt, das ist so, die Leute gehen
gerne hinunter usw. Das stimmt nicht! Es muß die Wohnung zunächst entsprechend her-
gerichtet sein und muß die Umwelt passen. Wir haben nichts davon, wenn wir dort etwas
machen, wenn wir das nur für fünf oder sechs Leute tun in Steyr. Wir wollen, daß der
Wehrgraben Leben erhält, und dieses Leben ist nur dann möglich, wenn die Voraussetzungen
dort so sind, nicht, wie es wenige Idealisten sich vorstellen, sondern wie es die große
Masse der Wohnbevölkerung in Steyr wünscht. Das ist das Entscheidende. Die Gemeinde

Steyr ist die einzige Einrichtung in der letzten Zeit gewesen, die im Wehrgraben etwas getan hat. Es wären keine Neubauwohnungen unten, wenn nicht die GWG der Stadt Steyr 100 Wohnungen dort errichtet hätte, und das Gebiet wäre noch viel menschenleerer, als es heute der Fall ist.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir – der Antrag der Sozialistischen Fraktion beweist es ja – alle Möglichkeiten aufgreifen, die geboten werden. Sie können mir glauben, daß das gar nicht so einfach ist. Es wird hier etwas in den Raum gestellt, und ich glaube, es sind Werte, die dort vorhanden sind, und wir wollen diese nicht zerstören, wenn es möglich ist. Und das ist ein Beweis, daß wir jeden Hinweis aufgreifen, der zur Diskussion gestellt wird. Eines muß ich auch sagen, wenn das nur so in den Raum geworfen wird und ohne Hintergrund ist, dann sollen sich die Leute heute noch davon distanzieren, wenn es aber einen Hintergrund hat und wenn wirklich etwas daran ist an diesen Projekten, dann wird auch das beweisbar sein, was hier vorgeschlagen wird. Es wird ohne weiteres möglich sein, daß wir uns finden und daß wir diese Lösung dort gemeinsam treffen. Aber einfach etwas hinausposaunen und nicht dazu zu stehen, das geht auch nicht. So einfach kann man sich die Dinge auch nicht machen.

Wir Sozialisten nehmen diese Vorschläge – das sage ich mit allem Ernst, sehr ernst, und wir hoffen, daß wir diese Projekte, die hier zur Diskussion gestellt wurden, auch verwirklichen können im Sinne einer positiven Entscheidung im Wehrgraben.

Applaus!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke Kollegen Schwarz für seinen Beitrag. Nächste Wortmeldung ist von Kollegen Wippersberger. Gleichzeitig darf ich den Vorsitz wieder übergeben.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich kann mich sehr kurz fassen, möchte aber doch auf einige Dinge, die in der heutigen Diskussion zum Ausdruck gekommen sind, eingehen.

Als Verkehrsreferent unserer Stadt kann ich mich der Meinung des Herrn Vizebürgermeisters Fritsch und meines Kollegen Wallner, den weiteren Ausbau des innerstädtischen Verkehrsringes, gemeint ist der Straßenabstieg von der Tomitzstraße in den Wehrgraben, diese Zurückstellung für die nächsten Jahre, nicht so einfach anschließen. Das ständig zunehmende Verkehrsaufkommen, allein im vergangenen Jahr hat die Zahl der Kraftfahrzeuge sich in Steyr um 900 erhöht, zwingt uns, ständig größere Mittel für den Straßenverkehr einzusetzen.

Als Referent des städtischen Wirtschaftshofes verwahre ich mich auch dagegen, daß wir in der Sperrmüllabfuhr, wie Kollege Fritsch es gesagt hat, säumig sind. Ich möchte dazu feststellen, daß der städtische Wirtschaftshof alljährlich im gesamten Stadtgebiet lückenlos, auch im Wehrgraben, diese Sperrmüllabfuhr durchführt.

Die Ausführungen des Kollegen Sablik hinsichtlich der Wohnqualität im Wehrgraben kann ich nur unterstreichen. Ich habe selbst 6 1/2 Jahre lang – und zwar vom August 1948 bis Dezember 1954 im Wehrgraben gewohnt, und zwar direkt am Wehrgrabenkanal, und ich weiß sehr wohl über die sehr sehr schlechten Wohnverhältnisse und über die überaus schlechte Wohnqualität in diesem Gebiet Bescheid. Ich kann also die Ausführungen meines Freundes Sablik in dieser Richtung nur unterstreichen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir, daß ich als eines der dienstältesten Gemeinderatsmitglieder – ich gehöre immerhin seit mehr als einem Vierteljahrhundert dem Steyrer Gemeinderat an – zu den Vorgängen doch noch etwas sage. Ich bedaure es, daß ein so wichtiges Problem außerhalb des Gemeinderates von den im Gemeinderat vertretenen Parteien, den Minderheitsparteien, parteipolitisch so verdreht wird. Ich empfinde es im höchsten Ausmaß befremdend und als Verdrehung der Tatsachen, wenn seitens der Minderheitsfraktionen im Steyrer Gemeinderat, unterstützt durch nahestehende Zeitungen und Presseorgane, in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird und werden soll, daß die bösen Sozialisten, allen voran Bürgermeister Weiss,

Steyrer Kulturgut zerstören wollen, und Sie, die Minderheitsfraktionen, sind angetreten, dieses zu retten. Tatsache ist doch, daß die Minderheitsfraktionen nunmehr gegen ihren eigenen, freiwillig gefaßten Entschluß, zu Felde ziehen. Ganz besonders bedauerlich aber, daß sie erst heute hier im Gemeinderat das tun und daß sie es in den letzten Wochen und Monaten außerhalb des Gemeinderates getan haben.

Der Beschluß, den Wehrgrabenkanal als offenes Gerinne aufzulassen, darin einen Abwasserkanal zu verlegen und dann zuzuschütten, wurde nach zehnjährigen Verhandlungen – 1962 haben diese Verhandlungen bereits begonnen – einvernehmlich mit den damaligen Wasserrechtsbesitzern am 17. Februar 1972 im Gemeinderat gefaßt. Es muß dabei immer wieder betont werden, daß dieser Beschluß einstimmig, also auch mit den Stimmen der Minderheitsfraktionen, gefaßt wurde. Diese Einstimmigkeit aller vier im Gemeinderat vertretenen Parteien, also der SPÖ, der ÖVP, der FPÖ und KPÖ, ist aus dem Sitzungsprotokoll ersichtlich. Übrigens – auch das ist heute schon erwähnt worden – unser Bürgermeister, den man so angreift in dieser Sache, war bei der bewußten Sitzung nicht anwesend, weil er krank war. Er hat erst zu einem späteren Zeitpunkt von diesem einstimmigen Beschluß des Steyrer Gemeinderates Bescheid erhalten. Wenn also Bürgermeister Weiss und mit ihm die Sozialistische Fraktion bis zuletzt für die Kanalisierung und Zuschüttung des offenen Gerinnes eingetreten sind, dann getreu dem seinerzeit einstimmig gefaßten Gemeinderatsbeschluß.

Bürgermeister Weiss und die Sozialistische Fraktion stehen zu ihrem Wort und daraus wird uns ein Vorwurf gemacht. Das ist doch mehr als grotesk, noch dazu wo seither neuerlich einstimmig gefaßte Beschlüsse des Gemeinderates in Anlehnung daran erfolgt sind. So ist die sehr kostspielige Projektierung der Abwasserbeseitigung und dessen Einreichung bei der Wasserrechtsbehörde der OÖ. Landesregierung, die dann das Projekt auch genehmigte und an den Bund weiterleitete, erfolgt. Wenn also jetzt die Minderheitsparteien versuchen, sich als Retter des Wehrgrabens aufzuspielen und versuchen, politisches Kapital daraus zu schlagen, so ist das eine Verdrehung der Tatsachen, denn es gab bis zuletzt, bis vor wenigen Monaten, hier im Steyrer Gemeinderat nie eine Meinungsverschiedenheit in dieser Frage.

Aber als noch verwerflicher finde ich, wenn man nicht vor persönlichen Verunglimpfungen zurückschreckt und versucht, – die Begehung des Wehrgrabens diese Woche hat das sehr deutlich gezeigt – gezielte Aktionen gegen unser Stadtoberhaupt und gegen die Mehrheitsfraktion zu starten. Als langjähriger und im politischen Leben stehender, verantwortungsbewußter Mandatar, kann ich vor solchen Dingen nur warnen und hoffen, daß Ähnliches in Zukunft nicht mehr passiert. Diese Dinge vergiften das politische Klima und fügen der Demokratie großen Schaden zu und nützen nur jenen, die außerhalb von Gesetz und Ordnung stehen. Ich glaube, das kann nicht in unserem Sinne, nicht in unserem Interesse, liegen.

Eine Sache wie der Wehrgraben muß sachlich behandelt werden, muß sachlich erledigt werden. Es kann keine parteipolitische Angelegenheit sein.

VI ZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Wippersberger. Nächster ist Kollege Schwarz.

GEMEINDERAT HERBERT SCHWARZ:

Werte Damen und Herren!

Ich möchte gleich von vornherein auch das Bekenntnis ablegen, weil ich heute schon angesprochen wurde von Kollegen Sablik, daß ich im Wehrgraben geboren bin und bis 1960 dort gelebt habe. Ich habe den Wehrgraben wirklich kennen gelernt und es ist heute bedauerlich, daß man gar nichts Schönes über den Wehrgraben sagen kann. Kollege Sablik, Du hast schon erwähnt, wir haben nebeneinander gewohnt und uns hat eine Freundschaft verbunden. Wir haben so manches mitsammen erlebt und ich muß sagen, ich bin heute stolz darauf, daß ich im Wehrgraben aufgewachsen bin, dort Freunde gefunden habe und mit diesen meine Freizeit dort verbringen konnte.

Der Wehrgraben war zu jener Zeit, bis 1960, ein absolut vergleichbares Wohngebiet mit dem Ennsdorf. Wenn Du gesagt hast, offene Klosetts, Ratten usw., das hat es auch am Stadtplatz gegeben. Auch am Stadtplatz und im Ennsdorf gab es offene Klosetts. Es waren also die gleichen Wohnverhältnisse. Richtig verfallen ist der Wehrgraben erst in

den letzten 20 Jahren.

Vielleicht einige Worte zu dem Haus, in dem Du gewohnt hast. Es hat der Gemeinde gehört und es hat auch mich schockiert, wie es jetzt aussieht. Ich bin glücklich, daß es von der Gemeinde verkauft wurde und ein Privater dieses Haus wieder instandsetzt und zum Leben erweckt. Wenn man sich heute Kollege Leithenmayr und Zagler angehört hat, so ist eigentlich nur der Landeshauptmann für das Zuschütten verantwortlich, und nur der will es. Offensichtlich möchte die Sozialistische Mehrheitsfraktion das gar nicht mehr, sie ist gezwungen. Ich glaube, es wird hier nur eines Antrages bedürfen, wenn der gute Wille vorhanden ist, daß man dem Abhilfe schafft. Eines ist klar, die Wasserrechte sind zurückgelegt, aber Grund und Boden gehört der Gemeinde. Wenn die Gemeinde das Wasser drüberfließen lassen will, so kann sie das machen. Es bedarf dazu nur eines Ansuchens an die Wasserrechtsbehörde.

Wenn über die schlechte Zeit von damals gesprochen wurde und das alles auf den Wehrgraben bezogen war, so glaube ich, das war damals die Kriegszeit und das kann man nicht verallgemeinern. Man kann auch die Zeit nicht von 1940 auf 1980 transferieren. Es wurde gesprochen von einer Wohnstraße, für eine Wohnstraße müßte mehr Asphalt sein und nicht wie ich gehört habe, Kollege Zagler, daß man durch dieses Projekt mehr Grün bekommt.

Umweltschutz, Ensembleschutz und Denkmalschutz, auf diesem Gebiet war in den letzten 20 Jahren Gott sei Dank ein gewaltiges Umdenken. Die Verhandlungen über das Zuschütten des Wehrgrabens – auch das wurde schon gesagt – haben nicht 1972 begonnen, sondern schon 1962, wo eben die Wehrgrabenkommune nicht mehr in der Lage war, die Erhaltung wirtschaftlich zu verkraften. Ich würde mir als Beispiel wünschen, z. B. hat der Landeshauptmann von Südtirol gesagt bezüglich der Trassierung der Autobahn: Es tut mir leid, daß ich vor Jahren mit diesem Projekt hausieren gegangen bin, aber ich sehe es ein, der Naturschutz hat Vorrang und wir werden z. B. die Straße, die Autobahn, durch den Vintschgau umtrassieren und wir nehmen Kosten auf uns und auch die Verzögerung des Baubeginnes. Man muß bereit sein, einmal gefaßte Entscheidungen, wenn man eine bessere Entscheidung hat, auch zurückzunehmen oder zu revidieren.

Die Jahrhunderte alte Bausubstanz erfordert verantwortungsbewußte Behandlung durch den Architekten und Bauherrn. Für die Neubauten gehört großes Einfühlungsvermögen dazu, denn es soll maßstabeserhaltend gebaut werden. Dies ist auch eine Forderung in der Studie von Hierzegger. Bei großen Flächen, die zur Bebauung vorgesehen sind, soll ein Wettbewerb ausgeschrieben werden, damit neue Ideen hervorkommen. Die Architektur soll für den Menschen sein, damit sich der Bewohner mit seinem Wohngebiet identifiziert. Es entsteht dadurch ein höherer Lebenswert und damit Glück und Zufriedenheit. Laut Aussage von Prof. Radler, der heute schon zitiert wurde vom Institut für Wasserwirtschaft von der Universität für Bodenkultur in Wien sind Bauten, die an einem Wasser stehen, oder im Wasser stehen, gefährdet, wenn man plötzlich das Wasser ausleitet. Das kann niemand mit Sicherheit garantieren, wie die Bauten in 10 oder 20 Jahren ausschauen, ob Bauschäden auftreten, wenn eben das Grundwasser zurückgeht. Man hat wohl Versuche gemacht, aber tatsächlich garantieren kann niemand.

Ich nehme den guten Willen der Mehrheitsfraktion in der Wehrgrabenangelegenheit an. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß eine Zuschüttung gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung wäre. Eine Wehrgrabensanierung ohne Wasser käme einer Zwangsbeglückung gleich und auf die wollen wir verzichten. Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Schwarz. Zu Wort gemeldet haben sich noch Kollege Pimsl und als Letzter, so wie es dem Alphabet entspricht, Kollege Zöchling. Eine weitere Wortmeldung habe ich zunächst nicht vorliegen. Ich bitte nun Kollegen Pimsl.

GEMEINDERAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geschätzte Besucher.
Zum Verhandlungsgegenstand 5) Wehrgraben hat heute als einzige Fraktion die Sozialistische Fraktion einen Antrag eingebracht, der sich um die Sanierung des gesamten Wehrgrabengebietes bemüht, der auch in seinem Inhalt auf konkrete Vorstellungen der Soz. Fraktion eingeht. In der anschließenden Diskussion wurde zum Teil sehr lange und auch sehr ausführlich auf die von uns vorgebrachten Vorschläge eingegangen. Es hat dabei sicher eine Wiederholung mancher bekannter Tatsachen gegeben, es war aber auch sichtbar, daß viele neue Anregungen zu den von uns vorgeschlagenen hinzu gekommen sind. Es war eines bei allen Diskussionsrednern gemeinsam sichtbar, daß der Gemeinderat der Stadt Steyr gemeinsam um eine Lösung des Wehrgrabens ringt. Diese Lösung fällt uns auch nach vielen Stunden der Diskussion nicht leicht. Aber es muß anerkannt werden, daß alle Beiträge doch sehr positiv zu unserem Antrag Stellung bezogen haben. Sicher mit dem einen oder anderen Abstrich, aber Sie selbst, meine Damen und Herren, Sie Herr Gemeinderat Holub und auch Gemeinderat Eichhübl haben in ihren Ausführungen betont, daß man doch die Zusammenarbeit bei der Lösung dieser Frage suchen sollte und müßte, haben es sich aber dabei nicht verkneifen können, – Kollege Holub, es scheint eine Eigenart von Ihnen zu sein, vorerst einige Seitenhiebe auszuteilen und nachher mit treuherzigem Augenaufschlag auf den Ernst der Situation einzugehen. Ich glaube nicht, daß solche Einleitungen dazu angetan sind, die Ernsthaftigkeit Ihrer Aussagen zu unterstreichen. Ich will es trotzdem dabei versuchen, weil ich glaube, daß das wirklich eine Ihrer Eigenheiten darstellt, die halt jeder von uns hat, Sie können es halt nicht lassen. Sie haben auch erwähnt, daß wir bei unserem Vorschlag eine herabsetzende Form für Ihren Fraktionsführer gefunden haben. Ich sehe darin keine herabsetzende Form, sondern wir Sozialisten sind auf den Alternativvorschlag der ÖVP eingegangen, den Sie uns mittels Zeitung eigentlich erst zur Kenntnis gebracht haben. Sie von der ÖVP waren es, die eine Alternativlösung für den Wehrgraben durch die offizielle Bekanntgabe – so steht es in den Zeitungen – der OKA, zwei Kleinkraftwerke zu errichten, eine völlig andere Situation in diesem Bereich erst sichtbar machen. Und Sie bemängeln andererseits, daß wir in einem Teil unseres Antrages eine Lösung des engeren Bereiches des Wehrgrabens momentan zurückstellen, weil wir erst durch Sie über diese Alternative in Kenntnis gesetzt wurden und damit genau jene Möglichkeit bieten, die Sie zitiert haben, miteinander reden zu können, um eine gemeinsame Lösung zu suchen und letztlich auch zu beschließen. Das war auch bei Kollegen Eichhübl der Fall in seltener Einmütigkeit, man kommt fast auf den Gedanken, man hätte eine vereinigte Rechte vor sich – FPÖ und ÖVP, – mit der Aussage, daß hier die Stimmungen in unserem Antrag beinhaltet sind, die für seine Fraktion nicht annehmbar seien. Ich sehe keine, aber vielleicht wissen Sie welche oder identifizieren Sie sich mit jenen Aussagen, die Kollege Holub bei seinem Beitrag gemacht hat? Ich weiß es nicht, es ist aber durchaus möglich.
Meine Damen und Herren, ich glaube, daß Sie hier und wir alle, eine echte Chance haben, eine gemeinsame Wehrgrabenlösung zu erreichen und nicht nur darüber zu reden. Daher empfehle ich Ihnen nochmals, unseren Antrag anzunehmen.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl für seinen Beitrag. Als nächster Sprecher ist nun Kollege Holub an der Reihe.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Seitenhiebe auszuteilen, meine Damen und Herren, ist offenbar nicht nur meine Spezialität. Sollten Sie die Brillen abnehmen, so würden alle jetzt auch Ihren treuen Blick erkennen, Herr Kollege Pimsl. Es tut mir aufrichtig leid, daß ausgerechnet Sie, den ich für einen aufrechten, geradlinigen Menschen halte, – das ist meine ehrliche Überzeugung –

Gelächter

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Offensichtlich, meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, haben Sie nicht diese Anschauung, das finde ich bestürzend.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Bei uns hat er schon immer als korrekt gegolten!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Es tut mir leid, daß ausgerechnet Sie es sein mußten, Herr Pimsl, der meinen Appell zur Zusammenarbeit, ich will nicht sagen ins Lächerliche gezogen, aber doch sehr angezweifelt hat. Das tut mir aufrichtig leid, denn entweder habe ich falsch formuliert oder Sie haben es falsch verstanden.

Die Dinge rund um den Antrag der Sozialistischen Fraktion, so niedlich ist das auch wieder nicht, daß man sagen kann, gut man wird doch noch sagen dürfen und so weiter und so fort. Wenn der Bericht ein Brief an die Österr. Volkspartei wäre, wo Sie von der Sozialistischen Partei Aufklärung der Tatsachen anfordern – ich will nicht sagen ersuchen – was Ihr gutes Recht ist, dann bitte ja. Aber was soll das in einem Antrag "der Gemeinderat wolle beschließen"? Ich glaube, es ist nicht notwendig, daß ich Ihnen Ihren eigenen Text vorlese, die meisten werden ihn ja kennen....

Allgemeine Unruhe!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich räume ein, es werden ihn alle kennen, glaube aber nicht, daß es notwendig ist, in einen Gemeinderatsbeschluß hineinzuformulieren, sogar beschlußmäßig mit der Rute zu drohen, daß die ÖVP-Fraktion daran erinnert werden muß, daß sie zur Erledigung von Alternativvorschlägen stets die Mitwirkung anderer Fraktionen, insbesondere der Sozialistischen Gemeinderatsfraktion, benötigt. Zählen, meine Damen und Herren, können wir! Ich finde es einfach nicht für würdig der Angelegenheit Wehrgraben, daß solche Formulierungen drinnen sind. Bitte, verstehen Sie das! Es ist jammerschade, daß solche Ausdrücke da Eingang finden. Die Dinge rund um die OKA-Idee, wie Sie das genannt haben, Herr Pimsl, wenn ich mir das schlagwortartig richtig aufgeschrieben habe. Ich bin nicht im Bilde, auf welche Art und Weise Sie, Herr Pimsl, informiert wurden. Aus der Steyrer Zeitung? Das ist erfreulich für die Steyrer Zeitung, wenn Sie diese lesen. Aus dem Rundfunk? Ja das ist der Nachteil von Presseinformationen, daß mitunter darüber geschrieben und gesprochen wird. Das ist völlig klar. Warum aber sollte man nicht die Öffentlichkeit informieren, wenn man für ein schwerwiegendes Problem einen gangbaren Lösungsvorschlag hat. Darin sehe ich doch wirklich keine schlimme Handlung. Ich bin nicht im Bilde, wie die Fraktion der Sozialistischen Partei von den Informationen, die der Vertreter der Energieversorgungsunternehmung im Rathaus gemacht hat, erfahren haben. Ich weiß das nicht und das können Sie mir auch nicht zutrauen, daß ich weiß, wie weit der Informationsfluß in Ihrer Fraktion vorgeht.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wir werden das dann ergänzen!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Sie werden das ergänzen? Ich danke, dann werden wir ziemlich viel erfahren.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nicht mehr als wir wissen!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Das Schöne am Wechselreden ist, daß man es fortsetzen kann oder auch nicht. Ich setze es jetzt nicht fort. Ich möchte noch hinweisen auf den Ausdruck, die vereinigten Rechte, der konstruiert wurde. Warum soll diese Vereinigung von Personen nicht möglicherweise auch die sind, die nicht ganz links stehen? Aber wenn jemand beschlossen hat, Kultur zu schützen, wenn jemand beschlossen hat, sich um die Sache anzunehmen, Kollege Pimsl,

dann ist das noch lange nicht ein Bürgerblock und eine Vereinigung der Linken, pardon der Rechten! Oder? Diese kleine rhetorische Verbeugung vor Kollegen Tremel sei mir gestattet. Es war überhaupt beachtenswert, daß Du, Otto, die Farbe von rot auf grün umgestellt hast. Ich danke Dir aber für diesen Beitrag, weil das beweist, daß Du doch nicht so nächst der SPÖ bist, wenn es um Sachfragen geht, die weiter gehen. Wollen wir aber bitte noch einmal Ihren Antrag von der Sozialistischen Partei hernehmen. Überlegen Sie sich bitte noch einmal, ob es sinnvoll ist, – ich habe jetzt wieder den treuen Dackelblick, ich weiß das – solche Dinge konsequent per Beschluß durchzuziehen. Ich glaube es nämlich nicht, es wäre sinnvoller, wenn wir gemeinsam ein Arbeitspapier entwerfen würden und ich bleibe noch einmal dabei, es darf nicht darum gehen, daß es hier Sieger oder Verlierer gibt, sondern es muß darum gehen, – da denke ich an die Leute im Wehrgraben – daß den Menschen dort geholfen wird. Darum geht es mir als Mandatar, darum geht es der Österr. Volkspartei. Wenn wir Ideen haben dazu, dann werden wir das sagen und werden uns das Recht dazu nicht nehmen lassen..

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Kollege Zöchling, jetzt bist Du daran.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Werter Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren!

Als letzter Diskussionsredner darf ich auf ein anderes Problem kommen, das aber, so glaube ich, genau so ernst ist wie das Problem Wehrgraben. Wir haben in der Diskussion, die viele Stunden gedauert hat, sehr viel über das Kulturelle, Historische im Wehrgraben gehört. Wissen Sie, daß bei uns Baufirmen sind, die mit ihren Belegschaftsmitgliedern im November mit Freude auf die Vergabe der 25 Mill. Schilling gewartet haben? Wissen Sie, daß vor einigen Wochen zwei Baufirmen Konkurs angemeldet haben? Wissen Sie auch, wie angespannt die Auftragslage gerade in der Bauwirtschaft, im besonderen hier in Steyr ist? Der Herr Bürgermeister bekommt fast jeden Tag einen Brief oder Anruf von Baufirmen, ob es nicht irgendeine Vergabe etwaiger Bauarbeiten gibt. Ich könnte Ihnen etliche Briefe vorlesen, das würde aber heute zu weit gehen. Sie können sich sicher erinnern, daß wir vor einem guten Jahr einen Bau eingestellt haben, das Großprojekt Sammler A, weil keine finanziellen Mittel vorhanden waren. Erst jetzt im Februar wurde wieder weiter gearbeitet. Wenn ich Ihnen sage, daß in den nächsten Tagen, Wochen oder Monaten uns einige aus dem Wehrgraben anklagen werden, wenn wir nicht wiederum versuchen, die Millionen dem Baugewerbe zu geben, dann werden uns auch arbeitslose Bauarbeiter anklagen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Zöchling. Letzter Diskussionsredner ist Kollege Fritsch.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine geehrten Damen und Herren. Erstens damit die Farbmischung von Kollegen Schwarz stimmt und zweitens nicht unbedingt Kollegen Zöchling als in die Zukunft-Blickender im Raume stehen zu lassen, wo er sich als letzter Redner angekündigt hat, noch einige Worte von mir.

Es kann das nur ein Aufzeigen verschiedener Diskussionsbeiträge bedeuten, die aus unserer Sicht einer Aufklärung bzw. Erwiderung bedürfen. Ich beziehe mich zum Beispiel – man muß ja die Geschichte von der Ursprungssituation aus sehen – auf diesen Beschluß aus dem Jahre 1972. Dazumals war der erste Satz dieses Beschlusses mit folgenden Inhalt: "Auf Grund des ausführlichen Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 25. 1. 1972, der Stellung vom 1. 2. 1972 und des Berichtes des Stadtbauamtes vom 3. 2. 1972." Und dann – ich darf mit der Zitierung enden –: erfolgen die entsprechenden Beschlüsse. Das heißt aber, meine Damen und Herren, im Klartext, daß der Amtsbericht ein Bestandteil und ein wesentlicher Inhalt des Beschlusses ist. Ich darf aus diesem Amtsbericht doch zitieren: Von den verschiedenen Lösungsvarianten, die in den letzten 10 Jahren zur Besprechung kamen, erscheint am günstigsten jene, die die Auffassung des Wehrgrabens als Gerinne, die Verlegung eines öffentlichen Kanals und die Zuschüttung des

alten Bettes zum Ziele hat. Auch für die Stadtgemeinde ist nur diese Lösung akzeptabel. Ein Weiterbestand des Wehrgrabens, zu welchem Zwecke immer, würde die städtebauliche Entwicklung und die daraus sehr notwendige Sanierung dieses Gebietes praktisch unmöglich machen. Dieser zitierte Satz des Amtsberichtes bedeutet zweierlei. Erstens einmal ist in diesem Gemeinderatsbeschluß die Zuschüttung beinhaltet. Zweitens könnte man in der Schlußfolgerung weiter denkend auf Ihren Antrag, meine Kolleginnen und Kollegen der Sozialistischen Fraktion, auch sagen, daß für die Stadt nur diese Lösung akzeptabel ist, weil ein Weiterbestand, zu welchem Zwecke immer – sprich auch zu diesem OKA-Projekt – die städtebauliche Entwicklung der Stadt Steyr nur hemmen würde. Man hätte sich also unter Umständen doch selbst widersprochen.

Ich darf aber auch noch auf die Informationssitzung aus dem Jahre 1972 zurückgreifen. Wir haben sie alle miteinander nur vage in Erinnerung. Es ist aber unrichtig, wenn heute von einem Diskussionsredner ausgeführt wurde, daß dazumals auch nur ein Projekt zur Verfügung stand. Ich weiß noch ganz genau, daß bei dieser Information auch erklärt wurde, die Verlegung des Kanales oder der Kanalstränge außerhalb des Gerinnes, mit entsprechenden technischen Schwierigkeiten, Stützmauern usw. Man weiß ja noch nicht genau, wie man das dort regeln kann. Es sind aber auch Kosten genannt worden. Ich habe sie wie viele aus dem Gemeinderat, die jetzt noch hier sitzen – das nehme ich an – vergessen. Aber die Information über ein Projekt zweiter Art ist erfolgt.

Ich glaube aber auch, meine Damen und Herren, aus dem Beitrag des Kollegen Schwarz noch einiges anführen zu müssen. Er geht richtig, wenn er sagt, es werden heute der Stadt, der öffentlichen Hand Dinge übereignet, die eigentlich nicht die ursächliche Aufgabe des Magistrates, wenn ich das so bezeichnen darf, darstellen. Ich kann mich auch sehr gut erinnern, daß auch die Steyr-Werke, die nicht nur 50 % Hausbesitz im Wehrgraben haben – ich habe eine runde Zahl genannt – sondern die auch die Schwimmschule in diesem Bereich besitzt, sie liebend gern der städtischen Hand und der Öffentlichkeit zur weiteren Betreuung, zum Ausbau nach dem Bädergesetz übereignen würde. Ich habe da eine Summe gehört von 15 Mill, ob sie stimmt, das kann ich jetzt nicht behaupten. Das heißt aber auch mit anderen Worten, daß eigentlich die Aufgaben der öffentlichen Hand immer mehr werden, um den Bürger dieses Bereiches, für den man verantwortlich ist, das Leben schöner, das Leben lebenswerter zu gestalten. Darunter fällt sicher auch das schon zig Mal zitierte Erhalten des Gerinnes. Heute sind eigentlich zwei voneinander konträre Dinge, wobei das eine mit dem anderen nicht um ursächlichen Zusammenhang steht, zur Debatte gekommen. Ausgehen muß man doch, meine Damen und Herren, von dem Faktum, daß die Kanalisation zu erfolgen hat. Die Geister scheiden sich durch einen Umdenkprozeß, der für die Stadt, glaube ich, nicht der schlechteste ist im Bezug auf Offenhalten oder Zuschütten. Kein Mensch hat etwas gesagt, daß die Kanalisation nicht vonstatten gehen müßte. Im Gegenteil, wir fordern sie, jeder und jede Fraktion. Aber die Revitalisierungsmaßnahmen, meine Damen und Herren, sind auch keine Novität insofern, daß sie erst von heute auf morgen akut geworden sind, daß sie erst von heute auf morgen sichtbar geworden sind, sondern das sind Dinge, die Jahre, die schon Jahrzehnte zurückliegen. Das sind Baulichkeiten, die in diesem Zeitraum immer mehr und mehr verfallen werden. Das heißt aber mit anderen Worten, eigentlich hätte man unabhängig von der Zuschüttung oder Offenhaltung – ich betone das noch einmal – die Sanierungsmaßnahmen nicht in allen, aber in verschiedenen Bereichen des Wehrgrabens, wo man genau gewußt hätte, daß sie von der Kanalisierung nicht direkt betroffen wären, schon einsetzen können. Das ist ein echter Fehler, ein echtes – möchte ich fast sagen – Übersehen.

Ich habe aber noch etwas dazu zu sagen. Wenn heute mehrmals zitiert wurde, Wasserrechtsbehörde, Bescheid unabänderbar, Bescheid rechtskräftig. Jawohl von der Seite des Juristen mag und wird das stimmen. Aber was ist, meine Damen und Herren, in der Welt unabdingbar? Was ist, meine Damen und Herren, unabänderbar? Es genügt, glaube ich, doch einmal der gemeinsam dokumentierte Wille des Gemeinderates, eine Änderung herbeizuführen. Und sind Sie mir nicht böse, wenn ich es sage, daß bei dem bewährten Verhandlungsgeschick unserer dafür vorgesehenen und betrauten Beamten, beim Durchsetzungsvermögen des Bürgermeisters in einer gemeinsamen Aktion nicht doch eine Änderung herbeigeführt werden könnte? Noch dazu vielleicht beschleunigt. Eines ist klar, im Gestrüpp der Paragraphen, im Gewirre der Gesetze, kennt sich nicht jeder von uns so gut aus wie jene, die es sich zum Beruf gemacht haben. Aber das Wesentliche daran wäre doch,

einmal zu überlegen, wollen wir oder wollen wir nicht eine Änderung herbeiführen? Ich bin überzeugt davon, daß es gelingen würde, so das Wollen ernsthaft dokumentiert wird. Es ist umgekehrt auch so, daß Kollege Schwarz gesagt hat, alle Vorschläge, die heute gekommen sind, werden ernst genommen. Ich freue mich über diese Feststellung, allerdings fürchten gebrannte Kinder das Feuer. Das ist eine Erklärung und Feststellung, die wir ungefähr Jahr für Jahr bei der Budgetsitzung in der Zusammenfassung eines Sprechers der Mehrheitsfraktion immer wieder hören. Nur bei der Realisierung hapert und scheitert es des öfteren.

Ein Beispiel auch dafür, das Kollege Schwarz heute angeführt hat, daß ein Projekt der Steyr-Werke aus der Zeit Jänner 1980 im Bezug auf den Bereich Eysfeld bei ihm vorliegt. Heute schreiben wir noch den 19. März 1981. Sehen Sie, meine Damen und Herren, so schaut die Information aus. Vom Jänner 1980 bis zum 19. März 1981 hat bis zum heutigen Sitzungstag zumindest niemand aus der Fraktion der Österr. Volkspartei davon etwas gewußt. Man kann nicht dauernd antichambrieren und fragen, gibt es etwas Neues. So schaut jedenfalls der Informationsfluß aus.

Gegen eines will ich mich – das sage ich mit aller Deutlichkeit, Entschuldigung das hört man so oft im Radio und im Fernsehen, ich sage es also mit aller Klarheit, das klingt vielleicht besser – verwehren. Es ist heute zum Ausdruck gekommen, daß jemand aus der Wehrgrabenangelegenheit politisches Kapital schlagen möchte. Es ist auch von einem vereinigten Block der Rechten gesprochen worden. Meine Damen und Herren, wenn bis zu den jetzigen Ausführungen von Kollegen Treml auch feststeht, daß sich die Fraktion der Kommunistischen Partei für die Erhaltung des Gerinnes einsetzt, dann glaube ich kaum mehr, ein politisches Kapitalschlagen können darin zu erblicken, sondern im Gegenteil, daraus ersehe ich in erster Linie ein gemeinsames Denken in einer Sache, die alle Steyrer berührt und letztlich angeht. Ich weise aber eines schärfstens zurück. Es ist gesagt worden, daß im Wehrgraben Aktionen gestartet und gelenkt wurden, die eine Diffamierung des Bürgermeisters beinhalten. Für die Fraktion der Österr. Volkspartei deponiere ich hier, das bitte in vollem Inhalt zu akzeptieren, daß von Seiten meiner Fraktion und ich bin nur befugt und berechtigt, dafür zu sprechen, in keinsten Weise Aktion, sei es durch Flugzettel, sei es durch Plakate oder durch sonstige visuelle Gegebenheiten, gestartet wurde. Das sind Initiativen, die auf privater Basis, aber keinesfalls auf der Basis meiner politischen Partei sich bewegt haben.

Zum Antrag der Sozialistischen Partei, der uns heute vorliegt, hat bereits Kollege Holub Stellung bezogen. Ich verweise aber auch darauf, daß in diesem Antrag, den Sie so formuliert haben, Ressorts berührt werden, Stadtreferatsressorts, die keinesfalls im Entscheidungsbereich der Österr. Volkspartei liegen. Daß man Verpflichtungen auferlegt bekommt, daß der drohende Zeigefinger da ist, meine Damen und Herren, das könnte ich fortsetzen, aber die Zeit ist zu weit fortgeschritten. So ist nicht unbedingt das gemeinsame Ringen und Wollen zu verstehen. Wenn Sie diesen Ihren Antrag überdenken, wenn Sie ihn in einer anderen Form formulieren, dann wäre er als Gesamtes akzeptabel. Jetzt, in der vorliegenden Fassung, ist es schwierig, dafür ein Placet von meiner Fraktion zu erhalten. Schauen Sie, die heutige Sitzung hat einiges bewiesen und einiges gezeigt. wobei der wesentlichste Kerninhalt doch der ist, daß sich endlich einmal, allerdings in sehr beschleunigter Form, durch verschiedene Dinge ausgelöst, der Gemeinderat mit dieser Problematik ernsthaft befaßt hat. Die Informationssitzung mit den dazumaligen Autoren Sackmayer/Semsroth war also kurzfristig, weil uns das andere auch noch zur Verfügung gestanden ist, was erledigt werden mußte. Aber die heutige Sitzung muß doch eigentlich auch beweisen, daß einmal gefaßte Überlegungen auch einmal unter ganz anderen Prämissen gefaßte Beschlüsse in Erkenntnis der neuesten Sachverhalte revidierbar sind. In dem Erkennen, auch im Eingestehen von eventuellen Fehlern zeigt sich die Größe eines Einzelnen oder einer Gemeinschaft. Nicht aber am Beharren an einem einmal Gefaßten.

Ich appelliere, meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, an dieses Erkennen und an diese menschliche handelnde Größe. Dann, glaube ich, wird ein Beschluß im Sinne aller zu fassen sein.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Fritsch für seine Ausführungen. Wünscht noch jemand zu sprechen zu diesem Problem? Ich sehe, dies ist nicht der Fall. Ich erteile daher dem Herrn Bürgermeister als Berichterstatter das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Besucher und Beamte! Mein Schlußwort wird notgedrungenermaßen auf verschiedene angeschnittene Fragen eingehen müssen. Es wird mir sicherlich nicht möglich sein, alle aufgeworfenen Fragen hier tatsächlich voll zu behandeln.

Zunächst einmal eine Bemerkung. Ich begrüße es sehr und bedanke mich persönlich für die Erklärung des Kollegen Fritsch, daß er sich von persönlichen Anwürfen, Diffamierungen, die meine Person in der letzten Zeit betroffen haben, ferne hält und dies auch für seine Fraktion ausspricht. Ich wäre sehr froh, wenn dieser Zustand weiterhin so beibehalten werden könnte. Ich sage das bewußt deswegen, weil hier bei allen Presseaussendungen in Zeitungen, die zweifelsohne nicht von der Sozialistischen Fraktion beeinflusbar sind, und dort müssen Informationen hingelangen, immer wieder Erklärungen aufscheinen, die ich nicht gemacht habe und die auch die Sozialistische Fraktion nie ausgesprochen hat. Ich zitiere hier die Nachrichten vom 28. 2.: "Überraschend kündigte Freitag der Steyrer Bürgermeister an, den Gemeinderat zu einer Sondersitzung einzuberufen." Weiter heißt es: "Offen soll bei dieser Sitzung am 17. März der Beschluß fallen, was mit dem Wehrgrabengerinne geschehen soll. Weil sich die SP-Fraktion bereits auf das Zuschütten des Flußlaufes festgelegt hat, besteht kein Zweifel, daß dieses Bestreben durch einen Beschluß zementiert werden muß." Ich zitiere weiter aus den ÖÖ. Nachrichten vom 13. 3.: "Zuschütten des Steyrer Wehrgrabens ist nicht billiger als das Erhalten". Dann heißt es auszugsweise: kommt die Erhaltung des Wehrgrabengerinnes nicht teurer als das von Bürgermeister Weiss so innig gewünschte Zuschütten des Wassers. Einen Tag darauf, nach Aufklärung der Verhältnisse durch die Magistratsdirektion, stand in der gleichen Zeitung, also am 14. 3.: "Wehrgrabenstraße kostet nur 4,5 und nicht 40 Mill. Schilling." In dieser Behandlung wurde von der Wehrgrabenstraße allein gar nicht gesprochen, sondern vom ganzen Projekt. Warum sage ich das? Weil auch ich schon mehrmals in Pressekonferenzen auf die rechtlichen, fachlichen, technologischen Umstände im Zusammenhang mit dem Reinhaltungsverband und mit der Revitalisierung des Wehrgrabens hingewiesen habe und stets falsch interpretiert wurde. Und zwar aus Gründen, die ich persönlich nicht kenne, die man ahnen kann. Wenn sich Eure Fraktion dafür verbürgt, daß dieser Grabenkampf andere Formen annimmt, wird es jeder nur begrüßen können, auch alle von der Mehrheitsfraktion.

Nun zur Zerstörung des Wehrgrabens. Landesrat Winetzhammer appelliert an Bürgermeister Weiss, die Zerstörung des Wehrgrabens wäre ein Verlust für ganz Österreich. Immer wieder heißt es, daß ich der Zerstörer des Wehrgrabens bin. Meine Damen und Herren, ich werde dafür bezahlt, daß ich auch die Vorwürfe, so weit sie sachlich begründet sind und die Kritiken, die mich in meiner Funktion als Bürgermeister treffen können, übernehme. Dagegen habe ich mich auch noch nie zur Wehr gesetzt, und bin auch nicht bereit, das von mir zu weisen. Denn wäre ich in dieser Richtung so sensibel, dann hätte ich von Beginn dieser Debatte an schon im Jahre 1972 und insbesondere jetzt, 1980 und 1981, mich darauf zurückbeziehen können, daß ich beim Erstbeschluß am 17. Februar gar nicht anwesend war und mitgewirkt habe, zum Unterschied von anderen, und daß ich weiters in dieser Zeit nicht Bürgermeister war, sondern mich distanzieren hätte können und alles auf meinen Vorgänger hätte abschieben können. Meine Damen und Herren eine Vorgangsweise, die ich mir persönlich niemals gestatten würde, das würde gegen meine ganze Haltung als Mensch und aus meiner menschlichen Erfahrung heraus nie geschehen. So habe ich das gemeint, als ich gesagt habe, wenn Beschlüsse getroffen sind, dann haben sie ihre Rechtsgültigkeit für mich als Bürgermeister und sind von mir als Vollzugsorgan des Gemeinderates über den Magistrat zu erledigen. Daß es zu diesen Erledigungen auf Grund der damaligen Beschlüsse nicht gekommen ist, liegt längst auf der Hand und hier muß ich die beiden Wissenschaftler Semsroth und Sackmayer doch widerlegen, denn sie behaupten, die Gründe für die Nichtdurchführung der damaligen Beschlüsse liegen in der

vehementen Abwehr durch die Bürger zu einem Zeitpunkt, da gab es noch keine Bürgerinitiative. Es gab nur eine kleine Gruppe, die immer für die Erhaltung des Gerinnes sprach. Dann beziehen sie sich auf die Fakten. Heute sind wir auf einem Standpunkt und hier bin ich voll einig mit der Auffassung der beiden genannten Wissenschaftler, die so quasi replizieren oder am Ende zusammenfassen, niemand investiert in einem Gebiet, in dem über die Planungsabsichten der Gemeinde keine Klarheit herrscht oder wo mit den aufgestellten Planungsabsichten keine Identifikation erzielt wird. Der Antrag der Sozialistischen Fraktion geht ausschließlich darauf hinaus, in einem nicht umstrittenen Gebiet jene Maßnahmen zu setzen, die dort nicht gemacht werden können, wo das Gebiet immer noch umstritten ist aus mehreren Gründen. Nicht deswegen etwa, weil die bösen Sozialisten Verbetonierer sind, weil der Bürgermeister der böse Mensch ist, der den Wehrgraben zerstören will, sondern weil es auch auf Grund der Wasserrechtsbescheide und so bedauerlich das ist, ich muß das sagen, für mich existieren sie als eine Rechtsgrundlage, die ich auch zu respektieren habe. Auf Grund der erlassenen Bescheide der Behörden – ich möchte es nicht wieder sagen, der Landeshauptmann Dr. Ratzenböck einerseits und bei der Wasserbaubehörde Herr Landesrat Winetzhammer, denn mit beiden Herren muß ich sagen, das wissen auch die Freunde in meiner Partei, verbindet mich persönlich ein ausgezeichnetes offenes Gesprächsverhältnis, das bis heute nicht getrübt wurde. Ich hoffe, und gerade das hat sich sehr zum Segen für die Stadt Steyr bei verschiedenen Fragen bisher ausgewirkt, daß dieses Verhältnis nicht durch die Behauptungen, die nicht bewiesen werden können, nunmehr eine Trübung erfahren werden. Nicht meiner Person wegen, denn ich würde das sicher aushalten, sondern im Interesse der Stadt und ihrer Bürger.

Nun erlauben Sie mir, daß ich auf einige Dinge eingehe, die heute zitiert wurden. Ich darf noch einmal sagen, meine einleitenden Aussagen deuten schon darauf hin, daß ich nicht zimperlich bin. Wäre ich das, Herr Gemeinderat Eichhübl, hätte ich schon viel früher in einer viel härteren Attacke Ihnen gegenüber treten müssen. Wenn ich heute gesagt habe – das möchte ich jetzt nicht im schlechten Sinn aufgefaßt wissen – Sie in Ihrer Bedeutungslosigkeit, dann erinnere ich daran, daß bei meiner Wahl zum Bürgermeister Ihre Fraktion, Sie mit im Auftrag Ihres Freundes Fuchs, nur deswegen gegen mich gestimmt haben – der Grund mag komisch klingen – weil sich der Herr Gemeinderat Fuchs schon gesehen hat als Obmann des Prüfungsausschusses des Gemeinderates. Eine Funktion, die heute Gemeinderat Herbert Schwarz als Wirtschaftsfachmann seitens der ÖVP inne hat. Das war der Grund. Sie waren dann so freundlich, und das ist auch etwas, was ich mit meinen ethischen Auffassungen wieder schwer in Einklang bringen kann, mir herzlich zu gratulieren zu meiner Wahl. Das nur so nebenbei, damit Sie die Hintergründe beleuchtet sehen. Ich erkläre gerne, daß ich immer bereit bin, mit allen Mitgliedern des Gemeinderates zu reden und zu verhandeln, daß dahinter weder ein Größenwahn steckt, noch eine Zerstörungswut unsererseits, wenn wir nicht immer das tun, was die Minderheitsparteien von uns verlangen.

Kollege Fritsch hat schon gesagt – ich darf nun auf Deine Ausführungen eingehen – daß, Du hast Dich auf die Wissenschaftler bezogen, daß ich vorgefaßte Meinungen habe. Meine Damen und Herren, ich habe keine vorgefaßte Meinung, ich habe etwas zu respektieren, was ich glaubte, daß es jeder Gemeinderat auch zu respektieren hat. Erst heute, 9 Jahre nach dem damaligen ersten Beschluß wird es dazu kommen, daß in der gleichen Sache, die so lange diskutiert wird, in verzerrter Form behandelt wurde, ein Beschluß getroffen werden muß, der in Abänderung des damaligen Beschlusses zumindest einen Teilbereich dieses Wehrgrabengebietes erfassen soll. Damit kommt wieder die gleiche Aussage, die heute mehrmals getroffen wurde. Unter Wehrgraben verstehe ich und alle meine Freunde mit mir, das gesamte Niederungsgebiet an der Steyr, sowohl entlang des Wehrgrabengrundes als auch im Karolinen- und Josefstal – sprich links und rechts der Schwimmschulstraße und auch im Bereich der gesamten Länge der Wehrgrabengasse. Als es um den Auftrag ging hat nicht die Stadt Steyr die beiden Wissenschaftler beauftragt, wir haben die Gruppe Hierzegger beauftragt seinerzeit auf Wunsch des Round-Table-Clubs Steyr. Hätten wir auf Grund von Vorschlägen unserer Baudirektion das gemacht, was bei Hierzegger vorgeschlagen wird, nämlich die gesamten alten Häuser, der gesamten Zeile entlang der Fabrikstraße niederzureißen und dort eine Terrassensiedlung aufzubauen, ich glaube da hätten uns nicht nur die Wehrgrabler gesteint, auch Sie alle und auch die Round-Tabler,

die Hierzegger beauftragt haben. Alle hätten uns gesteinigt, wenn dieser Vorschlag von uns käme. Wir haben ihn nicht realisiert. Wir haben auch nie gesagt, daß wir die Vorschläge Semsroth/Sackmauer überhaupt vollinhaltlich vertreten und durchziehen. Es ist eine wertvolle wissenschaftliche Grundlage für die Entscheidungen des Gemeinderates, die wir zweifelsohne in verschiedenen Punkten ernst nehmen und beachten müssen. Das kann uns nicht davon fernhalten, die Entscheidungen auch nach den Maßstäben der technologischen Möglichkeiten einerseits, nach den Bedürfnissen der Bewohner und der sozialen Umstände und letzten Endes auch nach den Möglichkeiten der Finanzen, die uns für solche Zwecke zur Hand gegeben sind. Hier sollte man alle Dinge mit in einem betrachten.

Was den Wunsch betrifft, die beiden Beschlüsse von damals – hier komme ich auf den Antrag der ÖVP zurück – aufzuheben – wird das deswegen nicht möglich sein, das sagte ich auch schon in meiner Einleitung, weil wir keinen Vertragspartner mehr haben, dem wir den Wasserrechtsvertrag zurückgeben könnten. Die Kommune hat sich ja bekanntlich aufgelöst. Wir könnten auch den zweiten Beschluß nicht revidieren, weil wir das Geld ausbezahlt haben und dieses Geld verbraucht ist. Jedenfalls ist dieses Geld für uns nicht mehr zur Verfügung. Ich möchte einen Satz zitieren, bei dem die denkmalpflegerischen Aussagen einen sehr wesentlichen, aber nicht einen ausschließlichen Rang besitzen, schreibt hier das Bundesdenkmalamt in einem Brief an mich bzw. an den Magistratsdirektor. Wir haben noch andere Dinge zu berücksichtigen. Die Informationspflicht wurde z. B. angeschnitten. Meine Damen und Herren, lesen Sie im Statut nach, es steht dort, die Informationspflicht besteht entweder durch Anschlag an der Amtstafel, durch Verlautbarung in der Presse, durch ein amtseigenes Nachrichtenblatt und ähnliches mehr. Sie können also nicht davon sprechen, daß nicht informiert wurde, sondern ich habe nach jahrelangem Schweigen auf dem Gebiet, niemand hat gesprochen davon, niemand hat sich um den Wehrgraben gekümmert, das Problem deshalb angeschnitten, weil die Wasserrechtsbewilligung mit Ende 1980 nach dem damaligen Bescheid ausgelaufen wäre. Ich habe darauf hingewiesen, daß nun der Gemeinderat in dieser Richtung Entscheidungen treffen muß. Es wurde um die Verlängerung angesucht, damit hier kein Verzug eintritt und der Gemeinderat nicht ad hoc zu einer neuen Entscheidung kommen muß. Wir haben also 5 Jahre Zeit, allein was das Wehrgrabengerinne betrifft. Nun sind es noch etwas mehr als 4 1/2 Jahre. Gerade das ist die Zeit, die es ermöglicht, Konsenslösungen anzustreben und hier die Möglichkeiten zu suchen, die alle anstreben. Ich meine die Möglichkeit, in einer gemeinsamen Linie den Wehrgraben zu retten, aber nicht allein als Gerinnestrecke, denn für mich ist, daß alleine das Wasser rinnt, in welcher Form immer, wie derzeit als Fäkalienträger – ein Betrag von 17 Mill. zu viel, wenn nicht ein Schilling für die Menschen und die Häuser aufgewendet wird. So ist das zu verstehen, damit das nicht in die falsche Kehle kommt.

Nun möchte ich zum OKA-Projekt einige Worte hinzufügen. Ich möchte den Antrag von Kollegen Fritsch noch einmal streifen. Die Wasserrechtsbehörde hat es in der Hand, nach Ablauf der Frist, also am 31. 12. 1985, keine Verlängerung dieses Wasserrechtsbescheides zu geben. Damit erlöschen alle bisher geltenden Vorschriften oder es wird früher durch die Wasserrechtsbehörde, vertreten durch den Herrn Landeshauptmann, eine andere Lösung getroffen. Eine sehr zweifelhafte Frage wird der dritte Punkt sein, nämlich alles aufzuheben, was den bisherigen Beschluß der Kanalstrecke betrifft, denn das bedeutet eine komplette Umplanung, Neukosten für diese Planung, das bedeutet, die übrigen sechs im Reinhaltungsverband Steyr befindlichen Gemeinden zu gewinnen, daß sie sich an dieser Neuplanung kostenmäßig beteiligen. Sie werden ja auch an den Mehrkosten zwangsweise nach einem ganz bestimmt festgelegten Bevölkerungsschlüssel herangezogen. Ich werde aber – abgesehen vom Ausgang der Abstimmungen – gerade diesen dritten Punkt zum Anlaß nehmen, in der nächsten Sitzung des Reinhaltungsverbandes, der meines Wissens am 31. März stattfinden wird, diesen Wunsch der ÖVP den Bürgermeistern, die dort vertreten sind, unterbreiten und werde Sie vom Ergebnis der Stellungnahme der einzelnen Gemeinden informieren.

Zum OKA-Projekt muß ich sagen, hier sind zwei Dinge passiert. Im Rundfunk-Interview, das Du gegeben hast, wurde ausdrücklich darauf Bezug genommen, daß die ÖVP mit der FPÖ bereits diese Frage besprochen hat, und daß Du als Obmann der ÖVP und Vizebürgermeister am Nachmittag bei der Sitzung der Sozialistischen Gemeinderatsfraktion

diese Alternativlösung ebenfalls unterbreiten wirst. Wir haben als Sozialisten in dieser Sitzung bis 5 Uhr nachmittags auf eine Nachricht gewartet, einer fragte den anderen, ob er etwas davon weiß. Ich muß hier ganz offen sagen, daß wir bis zum Schluß der Sitzung, die noch über diese Zeit hinaus gedauert hat, kein einziges Wort der Benachrichtigung erhalten haben. Wir mußten daher annehmen, daß kein Interesse besteht, mit uns über diese Frage zu reden.

Was die anderen Dinge betrifft, das Vertrauen stärken. Ich bin sicherlich, nachdem Du von den betreffenden Vertretern der OKA unterrichtet wurdest – scheinbar warst Du bei dem Gespräch nicht allein – ebenfalls davon unterrichtet worden. Ich habe mich an eines gehalten wie immer auch in diesem Fall, es wurde mir gesagt, ich möge diese Angelegenheit vertraulich behandeln. Ich habe diese Vertraulichkeit auch gegenüber meiner Fraktion gehalten, ebenso gegenüber der Presse und sonstigen öffentlichen Stellen gegenüber. Erst als die Rundfunksendung bekannt wurde und am nächsten Tag die Presseausendung erschien, war es für mich unvermeidlich, nun auch meine Fraktion über die Kenntnisse zu informieren, die ich in dieser Sache hatte. Diese Information geht nun etwas weiter hinaus als das, was im Rundfunk oder in den Zeitungen referiert wurde. Mir wurde bekannt, daß zwei Varianten bestehen. Die eine mit der Errichtung eines neuen Kanals von St. Anna hinter dem "Arbeiterheim" zur Reichen Steyr, mit der Errichtung eines Kraftwerkes. Zugleich eine zum größten Teil Absperrung des Wassers in den Wehrgraben hinein mit einer Dotierung von etwa 1/2 m³ Wasser/sek. um Ihnen das zu verdeutlichen. Als wir am Dienstag durch den Wehrgraben gingen, dürften ungefähr 12 – 13 m³ /sek. heruntergeflossen sein. Ich kann mich irren, es dürfte aber ungefähr stimmen. Die Normalwasserführung im Wehrgrabenkanal beträgt 10 m³, die maximale Aufnahme des Kanals, bevor er übergeht, beträgt 15 m³. Das ist das eine. Um hier mit dieser geringen Dotierung ist es klar, daß die gesamte Fischerei im Wehrgrabenkanal beendet ist. Ich möchte von dieser Variante reden, das ist kein Vorwurf, ich möchte das nur erklären. Um nur einigermaßen den Eindruck eines vorhandenen Wassers zu behalten, muß mit kurzen Stau- oder Sohlstufen, wie man sie nennt, dieser Zustand verweckt werden. Damit existiert der heutige Wehrgraben in seiner Gesamtheit nicht mehr. Das muß uns klar sein.

Die zweite Variante, die hier scheinbar in Erwägung steht – ich sage dabei ausdrücklich, es dürfte sich doch nur um ein Projekt handeln, das im Diskussionsstadium liegt, ein Entscheidungsstadium kann ich mir deswegen nicht denken, weil die Projekte ja zwischen 260 und 300 Mill. Schilling kosten würden. Das zweite Projekt sieht also eine Druckrohrverlegung im derzeitigen Wehrgrabenkanal-Gerinne vor mit einer gleichzeitigen Zuschüttung, mit der Errichtung eines Kraftwerkes am Ende des Wehrgrabens, also bei der Fa. Hack. Das wäre das sogenannte Flügelprojekt. In diesem Fall müßte der Wehrgraben zur Gänze aufgefüllt werden. Da wäre es natürlich – das gestehe ich offen ein – wenn schon aus solchen Gründen der Errichtung eines E-Werkes so etwas geschieht, unzweckmäßig, nicht auch gleichzeitig aus Kostengründen den Kanal hineinzulegen, denn der Wehrgraben wäre so und anders weg. Das nur so weit, so weit meine Kenntnisse reichen. Ich bin nicht befugt, den Informanten zu nennen und ich hätte auch nicht darüber gesprochen, hätte diese Vertraulichkeit auch heute noch bewahrt, wenn ich nicht genötigt gewesen wäre, hier aufklärend zu wirken.

Nun zu den übrigen Fragen. Die Informationsmängel, die bestanden haben, das bestreite ich nicht, denn die Informationen kamen ja aus dem Amtsblatt, und sie kamen gegenteilig aus der Tages- und Wochenpresse, haben nicht nur den Gemeinderat verunsichert, sondern auch die Bürger unserer Stadt. Aus diesen Gründen habe ich mich wirklich veranlaßt gesehen, den Gemeinderat zur heutigen Sitzung einzuladen, alle möglichen Unterlagen mit zu überreichen. Ich bin überzeugt, daß Sie sich diese Unterlagen sehr gut angesehen haben, und das ist auch ein Zeichen der Demokratisierung, wie sie in anderen Städten, meine Damen und Herren, nicht gegeben ist. Meine Damen und Herren, auch jene, die nicht dem Gemeinderat angehören, auch Sie sollen das wissen, es gibt keine Stadt in Österreich, wo jedes Mitglied des Gemeinderates sämtliche Unterlagen, Anträge und Amtsberichte, die nur im Stadtsenat beschlossen werden von nur 9 Personen, erhält. Es besteht dadurch ein voller gleichmäßiger Informationsstand. Auch das ist ein Teil einer demokratischen Entwicklung.

Ich möchte nicht mehr länger ausholen. Ich habe kürzlich – weil Sie mich heute als Nick Knatterton bezeichnet haben – zu meinen Enkelkindern sage ich immer Schnick Schnatterton –

auch das Gebiet Unterhimmel besucht und kann das, was Kollege Sablik vorher schon erwähnt hat, nur bestätigen. Die übrigen Fragen, was den Herrn Mausz betrifft, dazu kann ich sagen, ich habe einen Brief von Ihnen bekommen, wo Sie mir mehr oder weniger den Vorwurf machen, daß ich ad hoc den Gemeinderat einberufe und Sie mir dort androhen eine Protestaktion, weil ich sowieso die sozialistische Mehrheit mißbrauche, um hier einen Gewaltbeschluß herbeizuführen. Das ist nachzulesen in dem Brief, den ich von Ihnen erhalten habe. Zimmerlich sind Sie beileibe nicht. Es ist auch ein völliger Unsinn, den Sie und Ihr Kollege Fuchs, der einmal dem Gemeinderat angehört hat und ihn dann verlassen hat aus Gründen, die mir nicht geläufig sind, die ich nur ahnen kann, wenn er behauptet – auch in der Presse – der Wehrgraben soll eine grüne Lunge werden. Meine Damen und Herren, wenn die Flußlandschaft, die Aulandschaft des Wehrgrabengebietes generell nicht schon durch lange Zeit eine grüne Lunge wäre, dann würde es in Steyr ähnlich wie in Linz sein. Wenn nämlich die beiden Flüsse durch ihre tiefen Einschnitte an den Hängen nicht automatisch sorgen würden für eine Begrünung, die für Bauzwecke gar nicht wegzudenken ist, dann wäre Steyr vergleichbar mit allen übrigen Städten, die auf einer Ebene liegen und die Vorzüge dieser Wohnqualität, die wir sie besitzen hätten wir nie erreichen können. Mit solchen Aussagen kann man bestenfalls versuchen, Eindruck zu schinden. Wer sich aber bemüht, der Sache auf den Grund zu gehen, der muß zur Überzeugung kommen, daß das nur Phrasen sind, die hier gedroschen werden.

Die Aussagen der beiden Wissenschaftler wurden auch schon angeschnitten. Ich möchte noch einmal sagen, weil Sie, Herr Eichhübl, das so genannt haben, daß ich keine Fairneß kenne. Da frage ich Sie aber, warum Sie sagen: nur weil eine Person das will, soll der Wehrgraben zugeschüttet werden? Ich will es ja nicht, ich müßte es aber, so lange Sie nicht anders entscheiden, tun. Ich habe es als Vollzugsorgan dieses Gremiums bis heute nicht getan, nicht gekonnt und bis jetzt nicht vollzogen. Was wollen Sie also mit derlei Beschuldigungen? Ein Kostenvergleich, das muß ich Ihnen ganz ehrlich sagen, besteht schon seit 1974. Auch das liegt den Amtsberichten bei, die Sie alle zugesendet bekommen haben.

Gegen eines möchte ich mich namens der sehr loyalen und fachlich wirklich guten Beamten-schaft doch sehr zur Wehr setzen. Nämlich gegen die Herabsetzung, daß Sie der Beamten-schaft unterstellen, womöglich aus Gefälligkeit falsche Berechnungen angestellt zu haben, damit wir hier Unterlagen haben, um die Öffentlichkeit zu täuschen. So ähnlich haben Sie das herausgebracht. Hier muß ich Ihnen ehrlich sagen, solche Aussagen widerlegen gerade wiederum die Erklärung, daß Sie mit uns fair reden möchten. Wenn Sie schon gegen die Politiker und gegen mich bei jeder sich bietenden Gelegenheit auftreten, so lassen Sie bitte die Beamtenschaft aus dem Spiel, denn die bemüht sich in jeder Hinsicht, nicht nur mir als Bürgermeister die nötigen Informationen zu geben, sondern Sie aus dem Gemeinderat bekommen die gleichen Amtsberichte. Hier werde ich mich so verhalten.

Was die Fragen betrifft, die Gemeinderat Holub angeschnitten hat, daß es keine Sieger und keine Besiegten geben soll, so trete ich ihm insofern bei, als ich hoffe, daß gerade dieser Unsicherheitszustand, der in letzter Zeit so hochgeschwemmt wurde, beseitigt werden muß. Ich lege als Bürgermeister großen Wert auf eine klare Aussage in dieser Richtung, damit nicht das eintritt, was ein Reporter einmal erklärt hat, da haben wir jetzt wieder Munition für lange Zeit mit dem Wehrgraben. Das sollte nicht Aufgabe des Gemeinderates sein, Munition zu liefern, damit eine Zeitung leben kann.

Das zu diesen Dingen. Ich glaube, heute vergessen wir längst, daß im Ausgangspunkt aller Diskussionen zum Wehrgraben nie von den Bewohnern, nie von den Hauslandschaften, nie von den Entwicklungen die Rede war. Es war immer nur die Rede – blättern Sie in alten Zeitungen nach – vom rinnenden Wasser. Ich habe, auch das möchte ich der Klarheit halber sagen, das Angebot in einer Präsidialsitzung dem Kollegen Fritsch gemacht, er möge mit seiner Fraktion reden, ob es überhaupt eine gemeinsame Plattform geben kann, und wenn ja, bin ich bereit, mit der zweitgrößten Fraktion zunächst einmal einen Katalog vorzulegen, der als erste Rettungsaktion für den Wehrgraben gedacht wäre. In dieser Richtung sind wir in völliger Übereinstimmung, daß das ein Versuch wäre, gemeinsam vorzugehen, auseinander gegangen. Ich habe diesbezüglich nichts mehr gehört und mußte daher annehmen, daß die Mehrheit seiner Fraktion der Auffassung war, hier gibt es kein gemeinsames Vorgehen, egal unter welchen Voraussetzungen. Daher muß ich sagen,

mich dürfen Sie hier nicht beschuldigen, denn ich habe diesen Versuch gestartet. Auch die Bürgerinitiativen betrachte ich als durchaus gutes Instrumentarium zur Meinungsfindung, nur müssen diese, lieber Kollege Eichhübl, schon in Kenntnis der Sachlage gestartet werden. Nicht so wie bei Ihnen, daß Sie sich erst nachher informieren, was steht überhaupt im Protokoll von 1972. Sie haben sich erst nachher bei Kollegen Schwarz das Protokoll besorgt, um nachzulesen, was beschlossen wurde. Das ist es, was man als nicht fair betrachten muß. Sie können mir nicht die Schuld geben für Ihre Uninformiertheit, es muß jeder Gemeinderat von sich aus daran interessiert sein, sich all das Material zu sichern, das ihn befähigt, jedem Menschen, dem er gegenübertritt, sagen zu können, was hinter der Sache steht, nicht nur allgemein, sondern detailliert.

Ich glaube, eines kann ich mit Sicherheit sagen .die Beweise, daß der Gemeinderat als Gesamtheit – da möchte ich keine Fraktion ausschließen, und ich beziehe auch mich selbst und die Beamtenschaft mit ein – bisher eine ausgezeichnete und anerkannte Arbeit geleistet hat, die nicht nur vom Landeshauptmann, nicht nur vom Bundesdenkmalamt, von der Frau Wissenschaftsminister oder gar vom Herrn Bundeskanzler anerkannt wurde. Diese Anerkennungen reichen bis in die internationale Politik, sie sind von Menschen gekommen, die vom Städtebau, von Altstadterhaltung, von der Entwicklung neuer Strukturen, von der Nutzung gegebener Möglichkeiten wirklich viel verstehen, sicher in vielen Dingen mehr als wir selbst. Daher ist gerade die Wehrgrabendiskussion generell dazu angetan gewesen, das hohe Ansehen, das wir erreicht haben, leider Gottes sehr herabzumindern und es ist höchst an der Zeit, daß diese Verunglimpfungen – egal welcher Art – aufhören. Es ist in diesen Verunglimpfungen angeklungen, daß in Steyr nur das Schlechte geschieht, es wird nicht Rücksicht genommen auf die Bedürfnisse der Bewohner, in Steyr entscheidet nur eine kleine Mehrheit oder gar einer allein über das, was zu geschehen hat. Ich glaube, diese Dinge sind nicht passiert, sie passieren auch nicht und sie werden auch nicht passieren. Man muß sich dabei aber an den Wahrheitsgehalt der Informationen und Gegebenheiten halten. Beweise dafür sind: Die neuen Brücken wären vielleicht heute noch nicht, wenn wir dem Ratschlag des Kollegen Wallner gefolgt wären, zuerst muß ein generelles Verkehrskonzept bestehen, bevor wir überhaupt über einen Brückenbeschluß reden. Wir haben uns dann geeinigt darauf, daß die Verkehrskonzepte auch während der Bauzeit gemacht werden können. Das ist geschehen und ich nehme an, soweit ich das jetzt beurteilen kann, es war eine gute Entscheidung. In der Dukarstraße konnten wir uns nicht einigen, da war die ÖVP der Meinung, die Straße muß zum Bahnhof gerückt werden. Es bestünde heute noch keine Straße, denn die Enteignungen hätten sehr viel Geld und wir hätten schwierige Rechtsfragen lösen müssen. Trotzdem ist diese Lösung gut gelungen, die Steyrer und auch die Auswärtigen schätzen sie.

Das Schiffmeisterhaus, ein Protestgegenstand für Gymnasiasten, die froh waren, einmal von der Schule weg zu kommen, ist inzwischen vom Schiklub Steyr mit großer Unterstützung der Gemeinde restauriert und revitalisiert worden. Eine Frage darf ich hier auch anschneiden, ohne daß mir Bosheit unterstellt wird, aber ich muß das der Wahrheit halber hier sagen. Wo waren die Protestierer, als das Schiffmeisterhaus durch den Schiklub Steyr mit vieler Hände Arbeit, in freiwilligen Arbeitsstunden, mit vielen finanziellen Beiträgen so installiert und hergerichtet wurde, wie es sich heute zeigt. Von den Protestierern kann ich nur einen hervorheben, der eine Uhr gespendet hat. Die anderen – zum Teil sogar Mitglieder des Klubs – haben nicht einen Fingernagel gerührt und keinen Schilling gestiftet.

Der Werndlpark existiert längst nicht mehr in der Form, wie ihn seinerzeit die Kinderfreunde durch Jahrzehnte benützen konnten. Ich habe nie einen Protest gehört wegen der Schlägerung so vieler schöner Parkräume, die einfach unersetzlich sind. Wir haben gemeinsam mit den kirchlichen Behörden eine Erneuerung der sakralen Substanzen in Steyr erreicht. Das sind Substanzen, die zum Stadtbild so wie die Flüsse gehören. Ich glaube auch hier haben diese Kreise wenig dazu beigetragen.

Wir sollten also auch heute den Gedanken fallen lassen, jetzt so generell weittragende Lösungen zu finden, denn gerade daß wir heute darüber diskutieren beweist, daß sich in wenigen Jahren Meinungen ändern können. Es wäre verfehlt, jetzt, wo noch bis 1985 Zeit ist, grundlegende Entschlüsse über jenes diskutierte Gebiet zu treffen, wenn wir die Möglichkeit vor uns sehen, in einem gemeinsamen Beschluß die nicht diskutierten

Bereiche, aber genau so wichtigen Wohnteile des Wehrgrabens einer günstigen Lösung zuführen zu können. Diese Möglichkeiten richten sich nach den Mitteln und nach der Technologie. Mit Ührasen, Versprechungen und leerem Gerede werden wir keinen einzigen Schritt vorankommen.

So glaube ich, daß ich abschließend sagen kann, der erste Schritt unserer Maßnahme muß im Rahmen unseres bereits vor längerer Zeit beschlossenen generellen Flächenwidmungsplanes die Erstellung eines Teilbebauungsplanes sein, in dem vom Antrag der Sozialistischen Fraktion umrissenen Gebiet, mit allen in diesem Antrag enthaltenen Vorschlägen und Maßnahmen, die vom Bauamt dringendst zu bewältigen sein werden. Wenn sich die personelle Unmöglichkeit auf Grund einer zu geringen Besetzung ergeben sollte, dann wird eben ein privates Architekturbüro mit diesen Vorschlägen zu betrauen sein. An der Dringlichkeit darf das nichts ändern. Die Frage des Gerinnes selbst bleibt offen. Entweder wird 1985 der Bescheid auslaufen ersatzlos, oder es wird früher eine andere Bescheiderlassung ergehen oder es bleibt dabei, daß zum Schluß gar einmal die Bewohner selbst kommen und eine Lösung wünschen, die vielleicht schon 20 Jahre früher zu treffen gewesen wäre. Es wird aber nicht geschehen mit einer Gewaltlösung, mit der Hammermethode, daß sich alle dieser Entscheidung unterordnen müssen. Wir lassen sie offen mit unserem Antrag. Das ist eine sehr weitreichende Konzession an die Fraktionen, die sich an diesem Antrag nicht beteiligt haben, aber hier doch eine Möglichkeit sehen könnten, sich mit der Sozialistischen Fraktion gemeinsam in dieser Richtung zu entscheiden.

Meine Damen und Herren, die heutige Sitzung hat von Ihnen als Gemeinderatsmitglieder, vom Präsidium, von der Beamtenschaft, von der Presse, vom Rundfunk, vor allem aber auch von den Besuchern eine ziemliche Konsistenz verlangt, Kraft abverlangt, die wir Gemeinderäte schon einige Male in dieser Form erlebt haben und auch durchgestanden haben. So nehme ich an, daß Sie zumindest nach dieser Sitzung mit der Empfindung weggehen, daß sich der Gemeinderat von Steyr seine Entscheidungen, auch wenn sie nicht einhellig getroffen werden so wie früher, immerhin nicht leicht macht und daß sich dieser Gemeinderat gerade die Entwicklung dieser Stadt, die Bedürfnisse der Bürger und die Möglichkeiten der finanziellen Umverteilung, die alle Schichten der Bevölkerung Steyrs erfassen soll, sehr angelegen sein läßt.

In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Antrag der Sozialistischen Fraktion beitreten zu wollen.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke dem Herrn Bürgermeister herzlich für sein Schlußwort. Herr Kollege Fritsch bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Wie von Kollegen Wallner angekündigt, betrachte ich angesichts der Schwere der Entscheidung, den Antrag auf Durchführung einer geheimen Wahl für den Abänderungsantrag und für den der Sozialistischen Fraktion als gerechtfertigt. Ich beziehe mich auf § 18, Abs. 3, unseres Statutes. Der Antrag soll bewirken, daß jedes Mitglied des Gemeinderates nach seinem eigenen Gewissen und Wissen, frei von jedem Fraktionszwang, entscheiden kann. Ich bitte also, diesem Antrag beitreten zu wollen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Es liegt ein Antrag zur Geschäftsordnung vor auf geheime Abstimmung. Eine Diskussion über diesen Antrag ist nicht möglich.

Wer dem Antrag auf geheime Abstimmung die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Es liegen zwölf Stimmen vor, die den Antrag unterstützen (9 ÖVP, 2 FPÖ, 1 KPÖ). Gemäß § 18 des Gemeindestatutes für die Stadt Steyr ist, wenn ein Drittel der anwesenden Stimmberechtigten eine geheime Abstimmung verlangt, diese auch durchzuführen. Ich bitte, je einen Kollegen der Sozialistischen Fraktion und einen der ÖVP als Stimmzähler zu nominieren. Die Kollegen Wippersberger und Wallner sind bestimmt worden. Es werden über beide Anträge geheime Abstimmungen durchgeführt.

Die entsprechenden Vorbereitungen werden von der Beamtenschaft durchgeführt. Bis zur Abstimmung ist die Sitzung unterbrochen.

Kurze Unterbrechung der Sitzung.

Zuerst wird über den Abänderungsantrag abgestimmt. Es handelt sich dabei um den Antrag der ÖVP.

Im Anschluß wird über den Antrag der SPÖ abgestimmt.

Jeder erhält jetzt einen leeren Zettel und ein Kuvert. Wer dem Abänderungsantrag die Zustimmung gibt, schreibt auf diesen Zettel "ja", wer ihn ablehnt, schreibt "nein".

Geheime Abstimmung

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf Ihnen nun das Ergebnis der Abstimmung über den Abänderungsantrag der ÖVP bekanntgeben:

Es wurden 35 Stimmzettel ausgefolgt, auf "ja" lauten 12, auf "nein" 23 Stimmzettel. Damit ist dieser Abänderungsantrag abgelehnt.

Ich darf nochmals erwähnen, wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der SPÖ. Wer dafür ist, den bitte ich "ja" daraufzuschreiben, wer dagegen ist "nein".

Geheime Abstimmung

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Darf ich das Ergebnis der zweiten Abstimmung bekanntgeben:

Wiederum 35 verteilte Stimmzettel, davon 23 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen. Das heißt, daß der Antrag der Sozialistischen Partei angenommen ist.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende dieses sehr umfangreichen Tagesordnungspunktes angelangt. Ich danke allen für die sachlichen Beiträge, für die Sachlichkeit der Diskussion, trotz des besonderen Problems.

Ich ersuche nun Herrn Bürgermeister, wieder den Vorsitz zu übernehmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, gemäß unserer Geschäftsordnung ist nun die Zeit für die "Aktuelle Stunde" angebrochen. Nach einer Rundfrage während der Unterbrechung bei den Fraktionsvorsitzenden hat sich ergeben, daß allgemein auf eine Wortmeldung verzichtet wird, daß also kein Beitrag geleistet wird. Es wird sich jeder, der einen Vortrag vorbereitet gehabt hätte, bei der nächsten Gemeinderatsitzung am 2. April mit seinem Thema beschäftigen.

Ich danke für das Verständnis. Nachdem keine Wortmeldung vorliegt, entfällt die "Aktuelle Stunde". Wir kommen damit zum Schluß der heutigen Sitzung. Trotz aller Unterschiede in den Auffassungen, trotz aller Unterschiede bei den Abstimmungen, trotz aller Beiträge in dieser und jener Richtung, ob sie nun erfreulich oder weniger erfreulich gewesen sein mögen, hat sich eines herausgestellt. Was sich bei der heutigen Gemeinderatsitzung im Beisein der Öffentlichkeit abgespielt hat, ist ein typisches Zeichen einer Gott sei Dank lebendigen Demokratie in Österreich. Ich hoffe, daß der Gedanke der Lebendigkeit unserer demokratischen Bemühungen stets von diesem Geist getragen wird und daß gewisse Erklärungen auch weiterhin ihre Gültigkeit beibehalten.

In diesem Sinne darf ich darauf verweisen, daß die nächste Gemeinderatsitzung am 2. April stattfinden wird, die Einladung dazu wird Ihnen zeitgerecht zugeschickt.

Ich bedanke mich bei der Presse für das lange Ausharren, ich bedanke mich bei Ihnen für die Beteiligung an der Diskussion und den Beschlußfassungen, ich bedanke mich beim ORF und der Beamtenschaft.

Die heutige Sitzung ist damit geschlossen.

Ende der Sitzung: 23.15 Uhr

DER VORSITZENDE:

Franz Weiss e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser e. h.
VB Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Karl Hochrather e. h.
Johann Manetsgruber e. h.